



LAND
BRANDENBURG

Haushaltsplan 2004

Band VIII

Einzelplan 07

Ministerium

für Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Frauen

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zum Einzelplan 07	4
Epl 07 EU	8
Zusammenfassung der Stellenübersicht	9
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2004	10
Kapitel 07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen	12
Kapitel 07 020 Allgemeine Bewilligungen	29
Kapitel 07 030 Arbeitsmarkt	38
Kapitel 07 040 Gesundheit	54
Kapitel 07 050 Krankenhäuser und Krankenhausförderung	66
Kapitel 07 060 Kriegsopferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht	71
Kapitel 07 070 Förderung der Sozialstruktur	83
Kapitel 07 080 Frauenförderung, Gleichstellung, Familie	95
Kapitel 07 110 Arbeitsgerichtsbarkeit	101
Kapitel 07 120 Sozialgerichtsbarkeit	113
Kapitel 07 130 Arbeitsschutzbehörden u. -einrichtungen	125
Kapitel 07 135 Maßregelvollzug	141
Kapitel 07 150 Sozialversicherung	144
Kapitel 07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung	150
Kapitel 07 180 Landeskrankenhäuser	170
Kapitel 07 190 Landesinstitut für Rechtsmedizin	182
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2004	191
Stellenübersicht des Einzelplans 2004	192
Landeseigene und geleaste Dienstfahrzeuge des Einzelplanes	196

VORWORT

VERZEICHNIS

Verzeichnis der Behörden und Einrichtungen

A. Behörden

1. Landesamt für Soziales und Versorgung in Cottbus
2. Ämter für Soziales und Versorgung in Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam
3. Landesvertriebenen- und Aussiedleramt in Peitz
4. Ämter für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik in Cottbus, Eberswalde, Neuruppin und Potsdam

B. Einrichtungen

1. Landeskliniken für Psychiatrie in Brandenburg an der Havel, Eberswalde, Lübben und Teupitz
2. Landesinstitut für Rechtsmedizin in Potsdam mit Außenstelle in Frankfurt (Oder)
3. Landesinstitut für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin in Potsdam

C. Organe der Rechtspflege

1. Landesarbeitsgericht Brandenburg in Potsdam
2. Arbeitsgerichte in Brandenburg an der Havel, Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Neuruppin, Potsdam und Senftenberg
3. Landessozialgericht Brandenburg in Potsdam
4. Sozialgerichte in Cottbus, Frankfurt (Oder), Neuruppin und Potsdam

Aufgabenbereich und Aufbau der Verwaltung sowie sonstige Erläuterungen zum Einzelplan

Der Einzelplan 07 enthält im Einzelnen die Einnahmen und Ausgaben folgender Kapitel:

Kapitel 07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Kapitel 07 020 Allgemeine Bewilligungen

Kapitel 07 030 Arbeitsmarkt

Kapitel 07 040 Gesundheit

Kapitel 07 050 Krankenhäuser und Krankenhausförderung

Kapitel 07 060 Kriegsopferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Kapitel 07 070 Förderung der Sozialstruktur

Kapitel 07 080 Frauenförderung, Gleichstellung, Familie

Kapitel 07 110 Arbeitsgerichtsbarkeit

Kapitel 07 120 Sozialgerichtsbarkeit

Kapitel 07 130 Arbeitsschutzbehörden und -einrichtungen

Kapitel 07 135 Maßregelvollzug

Kapitel 07 150 Sozialversicherung

Kapitel 07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung

Kapitel 07 180 Landeskrankenhäuser

Kapitel 07 190 Landesinstitut für Rechtsmedizin

Kapitel 07 010: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Das Ministerium ist zuständig für die Angelegenheiten

- der Frauenpolitik und der Gleichstellungsfragen
- des Arbeitsmarktes, des Arbeitsrechts, des Lohn- und Tarifwesens, der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, der beruflichen Weiterbildung, der außerbetrieblichen und betrieblichen beruflichen Bildung, des technischen und des sozialen Arbeitsschutzes
- der Gesundheitspolitik, des Gesundheitsrechts einschließlich des Rechts der Heilberufe, des öffentlichen Gesundheitsdienstes und des Rettungswesens, der Gesundheitsfürsorge, des Krankenhauswesens und der Genehmigung von Krankenhauspflegesätzen, der Psychiatrie, des Apothekenwesens, der Arzneimittelüberwachung einschließlich der Aufsichts- und Kontrollaufgaben
- der Sozialpolitik, Sozialhilfe und Sozialversicherung, der Altenpolitik sowie der sozialen Berufe, der Behindertenpolitik, des sozialen Entschädigungsrechts, der Kriegsopfer- und Schwerbehindertenfürsorge, der sozialen Belange und der Integration von Ausländern, Aussiedlern, Flüchtlingen und Asylbewerbern, der Förderung der Familie sowie der Altenpolitik und Altenhilfe.

Für die unter den nachstehenden Kapiteln aufgeführten Behörden, Gerichte, Krankenanstalten und sonstigen Einrichtungen ist das Ministerium die oberste Dienstbehörde.

Kapitel 07 020: Allgemeine Bewilligungen

Dieses Kapitel enthält insbesondere die für den gesamten Einzelplan zentral veranschlagten Mittel.

Kapitel 07 030: Arbeitsmarkt

In diesem Kapitel sind die Mittel für die Arbeitsmarktförderung des Landes Brandenburg insbesondere im Rahmen des Landesprogramms „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ veranschlagt. Vor allem wird in diesem Zusammenhang die berufliche Erstausbildung junger Menschen, die Integration arbeitsmarktpolitischer Zielgruppen (Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger, jugendliche und ältere Arbeitslose) in das Erwerbsleben, die Verbesserung der Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die Kompetenzentwicklung durch Qualifizierung in kleinen und mittleren Unternehmen sowie die qualifizierende Beratung von Existenzgründern unterstützt.

Das Kapitel enthält außerdem die Mittel zur Finanzierung der LASA Brandenburg GmbH, die als Dienstleister im Bereich der Arbeitsmarktpolitik tätig ist.

Die Mittel für die EU-Förderperiode 2000 – 2006 werden – jeweils getrennt nach ESF- und Landesmitteln – in den Titelgruppen 70 bis 73 bereitgestellt.

Kapitel 07 040: Gesundheit

Im Kapitel 07 040 sind die Ausgaben für Überwachungsaufgaben nach dem Arzneimittelgesetz, die Ausgaben zugunsten der Luftrettung sowie die Ausgaben für Gesundheitsförderung und Gesundheitsschutz veranschlagt.

Darüber hinaus sind Mittel zur Förderung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe sowie der psychiatrischen Versorgung in diesem Kapitel enthalten.

Kapitel 07 050: Krankenhäuser und Krankenhausförderung

Das Kapitel 07 050 enthält die Ausgaben aufgrund des Krankenhausfinanzierungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1991 (BGBl. I S. 886), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Einführung des diagnose-orientierten Fallpauschalensystems für Krankenhäuser vom 23. April 2002 (BGBl. I S. 1412). Seit dem Jahr 1995 sind hier die Ausgaben zur Finanzierung des bis zum Jahr 2004 dauernden Krankenhausinvestitionsprogramms gemäß Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz veranschlagt (ausgenommen landeseigene Krankenhäuser).

Kapitel 07 060: Kriegsopferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Die Aufwendungen für Anspruchsberechtigte nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und ihnen nach § 82 BVG gleichgestellte Personen (nach dem Soldatenversorgungsgesetz [SVG], Zivildienstgesetz [ZDG], Häftlingshilfegesetz [HHG], Unterhaltsbeihilfegesetz [UBG]) sowie die Aufwendungen für Körperersatzstücke, orthopädische Hilfsmittel usw. werden zu 80 bzw. 100 v.H. vom Bund getragen. Veranschlagt sind die anteiligen vom Land zu tragenden Aufwendungen.

Darüber hinaus sind Mittel veranschlagt nach dem

- Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX) Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen,
- Infektionsschutzgesetz (IfSG) für Personen, die einen Impfschaden erlitten haben,

- Gesetz über die Entschädigung von Opfern von Gewalttaten (OEG - der Bund trägt 40 v.H. der Geldleistungen) und
- Anti-D-Hilfegesetz.

Die Personal- und Sachausgaben trägt das Land Brandenburg; sie sind bei Kapitel 07 160 veranschlagt.

Eine Sonderstellung nimmt die Verwaltung der Ausgleichsabgabe für nicht mit schwerbehinderten Menschen besetzte Pflichtarbeitsplätze ein (Titelgruppe 70): Die dort vorhandenen Mittel stellen ein Sondervermögen dar, das ausschließlich für Zwecke nach dem SGB IX verwendet werden darf.

Kapitel 07 070: Förderung der Sozialstruktur

In diesem Kapitel sind die Mittel für Kostenerstattungen an die Landkreise und kreisfreien Städte veranschlagt, die das Land aufgrund des Ausführungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetz trägt. Danach erstattet das Land die Nettoausgaben der örtlichen Träger der Sozialhilfe für die Hilfe zur Pflege, die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die Hilfe für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten sowohl für den stationären und teilstationären Bereich sowie für Modellvorhaben im ambulanten Bereich, soweit sie eine stationäre Unterbringung ersetzen.

Darüber hinaus sind Ausgaben für die Förderung des Baues und den Betrieb von sozialen Einrichtungen sowie für sozialpolitische Maßnahmen wie die Integration von behinderten Menschen veranschlagt.

Dieses Kapitel enthält auch die Mittel für das mit dem Bund finanzierte Investitionsprogramm für Pflegeeinrichtungen. Außerdem werden die Mittel für Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz in diesem Kapitel nachgewiesen.

Kapitel 07 080: Frauenförderung, Gleichstellung, Familie

Im Kapitel 07 080 sind die Mittel für Maßnahmen der Frauenpolitik und Gleichstellungsangelegenheiten, für Frauenhäuser sowie insbesondere für Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz und nach der Insolvenzordnung veranschlagt.

Darüber hinaus sind die Mittel für Maßnahmen der Familienbildung, Familienberatung und Familienerholung in diesem Kapitel enthalten.

Kapitel 07 110: Arbeitsgerichtsbarkeit

Nach §§ 2, 2a Arbeitsgerichtsgesetz i. d. F. vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 853, ber. S. 1036), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. August 2002 (BGBl. I S. 3140), sind die Gerichte für Arbeitssachen im Urteilsverfahren zuständig für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien, Arbeitnehmern und Arbeitgebern und anderen Beteiligten aus einem Arbeitsverhältnis, im Beschlussverfahren für Angelegenheiten aus dem Betriebsverfassungsgesetz, dem Sprecherausschussgesetz, dem Mitbestimmungsgesetz und für die Entscheidung über die Tariffähigkeit oder die Tarifzuständigkeit einer Vereinigung. Im Land Brandenburg sind am 1. Juli 1991 durch das Gesetz zur Errichtung der Arbeitsgerichtsbarkeit vom 21. Juni 1991 (GVBl. I S. 186), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Februar 1994 (GVBl. I S. 15), für die Wahrnehmung dieser Aufgaben folgende Arbeitsgerichte errichtet worden:

- Landesarbeitsgericht Brandenburg in Potsdam (als Berufungsgericht) sowie
- als erstinstanzliche Gerichte die Arbeitsgerichte in Brandenburg an der Havel, Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Neuruppin, Potsdam und Senftenberg.

Kapitel 07 120: Sozialgerichtsbarkeit

Zur Wahrnehmung der Aufgaben gemäß § 51 des Sozialgerichtsgesetzes vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1239, 1326) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2535), zuletzt geändert durch das Sechste Gesetz zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes vom 17. August 2001 (BGBl. I S. 2144) sind durch das Gesetz zur Errichtung der Sozialgerichtsbarkeit im Land Brandenburg vom 3. März 1992 (GVBl. I S. 86), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Neugliederung der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit vom 14. Februar 1994 (GVBl. I S. 15) die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit errichtet worden:

- das Landessozialgericht für das Land Brandenburg in Potsdam (als Berufungsgericht) und
- als erstinstanzliche Gerichte die Sozialgerichte in Cottbus, Frankfurt (Oder), Neuruppin und Potsdam.

Kapitel 07 130: Arbeitsschutzbehörden und -einrichtungen

Im Kapitel 07 130 sind die Mittel für die unteren Arbeitsschutzbehörden des Landes Brandenburg sowie das Landesinstitut für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin veranschlagt. Das Landesinstitut für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin hat seinen Sitz in Potsdam mit einer Außenstelle in Cottbus. Dem Landesinstitut sind die Aufgaben einer fachtechnischen Einrichtung mit den Schwerpunktaufgaben der Unterstützung der obersten und unteren Landesbehörden zugewiesen. Untere Landesbehörden sind die Ämter für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (Staatliche Gewerbeaufsicht) an den Standorten Cottbus, Eberswalde, Neuruppin und Potsdam.

Kapitel 07 135: Maßregelvollzug

Veranschlagt sind Mittel zur Erstattung aller im Rahmen des Vollzuges der Maßregeln der Besserung und Sicherung psychisch kranker Straftäter entstehenden Kosten.

Die Versorgung psychisch kranker Straftäter erfolgt vorrangig in den landeseigenen Einrichtungen des Maßregelvollzugs sowie auf akutpsychiatrischen Stationen der psychiatrischen Landeskliniken – im Bedarfsfalle in anderen Bundesländern.

Kapitel 07 150: Sozialversicherung

Veranschlagt sind Mittel für die Prüfung der Kranken- und Pflegeversicherungen. Die dadurch entstehenden Aufwendungen für Personal sowie Sachausstattung werden von den Kranken- und Pflegeversicherungen erstattet, soweit Prüfungsleistungen erbracht werden.

Kapitel 07 160: Landesamt für Soziales und Versorgung

Dieses Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben des Landesamtes für Soziales und Versorgung (LASV) mit Sitz in Cottbus zur Erfüllung der Aufgaben des sozialen Entschädigungs- und Schwerbehindertenrechts sowie des überörtlichen Trägers der Kriegsopferfürsorge und Sozialhilfe.

Das LASV ist Träger der Landeskliniken.

Das Integrationsamt im LASV bewirtschaftet die Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX.

Des Weiteren werden in dem in Wünsdorf angesiedelten Landesgesundheitsamt Aufgaben der Bevölkerungs- und Umweltmedizin, der Gesundheits- und Sozialberichterstattung, der Gesundheitsaufklärung und -vorsorge für Risikogruppen, der medizinischen und sozialen Rehabilitation, des Gesundheitsschutzes und der allgemeinen Hygiene, der Krankenhaushygiene, der Infektionsepidemiologie, des Impfwesens, der Apotheken- und Arzneimittelüberwachung, des Berufsrechts der Gesundheits- und Sozialberufe einschließlich Landesprüfungsamt für akademische und nicht akademische Gesundheitsberufe wahrgenommen.

Das Landesvertriebenen- und Aussiedleramt in Peitz ist die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Brandenburg für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer. Hier werden Kostenerstattungen und Zuwendungen zur Integration von Spätaussiedlern, jüdischen Zuwanderern und Ausländern sowie Anträge nach dem Bundesvertriebenengesetz bearbeitet.

Kapitel 07 180: Landeskrankenhäuser

Im Kapitel 07 180 sind die Einnahmen und Ausgaben für den Betrieb der landeseigenen Krankenhäuser in Brandenburg an der Havel, Eberswalde, Lübben und Teupitz veranschlagt. Die Landeskrankenhäuser dienen der psychiatrischen und neurologischen Krankenhausversorgung. Ihnen sind Fachbereiche für sozialpsychiatrische Rehabilitation und Einrichtungen des Maßregelvollzugs angeschlossen.

Die Ausgaben für landeseigene Krankenhäuser zur Finanzierung des bis zum Jahr 2004 dauernden Krankenhausinvestitionsprogramms gemäß Art. 14 Gesundheitsstrukturgesetz sind seit dem Jahr 1999 bei Kapitel 15 107 Titel 714 10 veranschlagt.

Kapitel 07 190: Landesinstitut für Rechtsmedizin

Das Landesinstitut für Rechtsmedizin hat seinen Standort in Potsdam und betreibt eine Außenstelle in Frankfurt (Oder).

Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger des Einzelplans

	2003	2004
1. Ruhestand	14	16
2. Hinterbliebene	4	4
Zusammen	18	20

Die Aufwendungen für die Versorgungsempfänger sind im Einzelplan 20 Kapitel 20 710 Titel 432 10 veranschlagt.

kw-Vermerke im Zusammenhang mit dem Tarifvertrag zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen in der Landesverwaltung Brandenburg (Sozial-TV-BB)

Die bei den Gruppen 425 und 426 ausgebrachten Sperrvermerke werden nur dann wirksam, wenn die Tarifvertragsparteien nicht bis zum 31. Januar 2004 die Übernahme des Tarifvertrages erklären. Erfolgt die Übernahme nicht, soll die Umsetzung dieser kw-Stellen durch betriebsbedingte Kündigungen in 2004 erfolgen. Im Einzelplan 07 sind für diesen Fall 145 kw-Stellen ausgebracht.

Einsatz von EU-Strukturfondsmitteln nach dem Operationellen Programm Brandenburg 2000-2006 für Zwecke des Einzelplans

Bei den nachfolgend aufgeführten Haushaltsansätzen des Einzelplans ist der Einsatz von Strukturfondsmitteln der Europäischen Union aus dem "Operationellen Programm Brandenburg 2000-2006" in der angegebenen Höhe vorgesehen.

Die Zuweisungen aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) sind bei Kapitel 08 050, TG 82, die Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) sind bei Kapitel 07 030, TG 70 veranschlagt. Bei beiden Fonds erfolgt die Veranschlagung ohne nationale Kofinanzierungsmittel. D. h., dass die in der Tabelle unter „EU-Mittel“ ausgewiesenen Beträge zusätzlich zu den Haushaltsansätzen im Einzelplan 07 zur Verfügung stehen. In der Übersicht werden die Titel aufgeführt, für deren Zweckbestimmungen EFRE- und ESF-Mittel sowie gegebenenfalls die im Ansatz enthaltenen Kofinanzierungsmittel verausgabt werden sollen.

Veränderungen am vorgesehenen Mitteleinsatz können sich in Folge der Programmanpassung zur Halbzeit des Förderzeitraums (Art. 21 (4) der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999) ergeben.

Kapitel / Titel	Zweckbestimmung	HH- Ansatz 2004	davon Bundes-/ Landes- mittel zur Kofinan- zierung	EU- Mittel 2004
		Angaben in 1.000 EUR		
Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050, TG 82)				
07 130/892 10	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen (Innovativer und modellhafter Arbeitsschutz)	14,0	14,0	14,0
Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030, TG 70)				
07 030/ TG 71	Förderungen im Rahmen der Operationellen Programme des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur Landesmittel)	14.263,6 *)	14.263,6	112.961,2

* Hierin sind für die ESF-finanzierten Maßnahmen des MBJS (vgl. Übersicht über den Einsatz von EU-Strukturfondsmitteln im Vorwort des Einzelplanes 05) weitere Kofinanzierungsmittel enthalten: "SAM Sport" 2004: 127.800 EUR.

Zusammenfassung der Stellenübersicht 2004

Bezeichnung	2003	2004
1 Planmäßige Beamte und Richter	486	491
2 Beamtete Hilfskräfte	0	0
3 Angestellte	1027	1012
4 Arbeiter	30	25
Stellensoll (1-4)	1543	1528
Beamte im Vorbereitungsdienst	0	0
Auszubildende	22	22
Leerstellen		
Planmäßige Beamte und Richter	4	12
Angestellte	7	28
Arbeiter	0	3
Summe Leerstellen	11	43

Haushaltsübersicht 2004

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungsein- nahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungsein- nahmen	Summe Einnahmen	4 Personal- ausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
07010		8.600			8.600	12.969.100
07020				25.564.500	25.564.500	-821.200
07030		590.500	117.011.200		117.601.700	
07040		1.304.500			1.304.500	
07050		15.000			15.000	
07060		15.394.900	1.961.500	7.994.000	25.350.400	
07070		91.900	54.400		146.300	
07080		10.000			10.000	
07110		681.000			681.000	7.546.800
07120		708.200			708.200	5.667.000
07130		853.600			853.600	11.580.900
07135						
07150			368.200		368.200	266.800
07160		182.200			182.200	27.332.900
07180		7.000.000			7.000.000	
07190		993.800			993.800	1.408.300
Summe 2004		27.834.200	119.395.300	33.558.500	180.788.000	65.950.600
Summe 2003		30.314.100	114.889.100	77.167.500	222.370.700	57.925.700
Vgl. zu 2003		-2.479.900	+4.506.200	-43.609.000	-41.582.700	+8.024.900

Haushaltsübersicht 2004

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
670.600	595.100		67.000		14.301.800	-14.293.200
556.600	13.200				-251.400	+25.815.900
1.000	147.031.800		1.722.000		148.754.800	-31.153.100
23.300	3.320.000		2.972.400		6.315.700	-5.011.200
			125.481.800		125.481.800	-125.466.800
	31.559.200		3.710.000	5.535.000	40.804.200	-15.453.800
	336.987.700				336.987.700	-336.841.400
20.000	5.929.000				5.949.000	-5.939.000
2.395.000			90.100		10.031.900	-9.350.900
3.746.500			40.000		9.453.500	-8.745.300
903.900			135.500		12.620.300	-11.766.700
	19.716.200				19.716.200	-19.716.200
94.200			7.200		368.200	0
3.156.500			318.200		30.807.600	-30.625.400
			1.562.000		1.562.000	+5.438.000
354.200			34.200		1.796.700	-802.900
11.921.800	545.152.200		136.140.400	5.535.000	764.700.000	-583.912.000
12.038.000	543.568.900		185.322.000	-4.641.000	794.213.600	-571.842.900
-116.200	+1.583.300		-49.181.600	+10.176.000	-29.513.600	-12.069.100

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	011	Gebühren, sonstige Entgelte	0	0	0
--------	-----	-----------------------------	---	---	---

Erläuterungen:

Einnahmen aus Gebühren für Verwaltungshandlungen aufgrund der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen vom 01.09.1992 (GVBl. II Seite 558), zuletzt geändert durch Verordnung vom 05.06.2000 (GVBl. II Seite 220).

119 10	011	Sonstige Einnahmen	86	7.700	1.000
--------	-----	--------------------	----	-------	-------

Erläuterungen:

Weniger wegen Anpassung an das Ist 2002.

132 10	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	783	6.600	1.000
--------	-----	---	-----	-------	-------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	1.000
Summe		1.000

Weniger wegen Anpassung an das Ist 2002.

Aus Titelgruppen		6.600	6.600
-------------------------	--	--------------	--------------

Summe HGr. 1:		20.900	8.600
----------------------	--	---------------	--------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

235 10	011	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Erläuterungen:

Vergleiche Erläuterungen zu Titel 427 49.

Aus Titelgruppen		0	0
-------------------------	--	----------	----------

Summe HGr. 2:		0	0
----------------------	--	----------	----------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Einnahmen

TGr. 70 - Ausländerbeauftragte(r) der Landesregierung

119 70	011	Sonstige Einnahmen	5.380	6.100	6.100
--------	-----	--------------------	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Einnahmen insbesondere aus der Rückzahlung nicht verwendeter Zuwendungen und von Zinsansprüchen.

272 70	011	Zuschüsse der Europäischen Kommission zur Durchführung eines Projektes zur multikulturellen Integration und gegen Rassismus	83.118	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titelgruppe 70.

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden Zuschüsse der Europäischen Kommission vereinnahmt, die für die Finanzierung des "Xenos"-Programmes bereitgestellt werden.
Der Zuschuss der Europäischen Kommission und anteilige Landesmittel werden zur Durchführung des Projektes in der Titelgruppe 70 bei den Titeln 427 70, 526 70, 527 70 und 684 70 verausgabt.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70			6.100	6.100
-------------------------------------	--	--	-------	-------

TGr. 80 - Behindertenbeauftragte(r) des Landes Brandenburg

119 80	011	Sonstige Einnahmen	0	500	500
--------	-----	--------------------	---	-----	-----

Erläuterungen:

Einnahmen insbesondere aus der Rückzahlung nicht verwendeter Zuwendungen und von Zinsansprüchen.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80			500	500
-------------------------------------	--	--	-----	-----

TGr. 90 - Twinning-Programm der Europäischen Union

271 90	023	Erstattungen von der Europäischen Union	99.285	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen für die Zuweisung von Experten aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) in mittel- und osteuropäische Beitrittsländer der EU zur Unterstützung der Angleichung der jeweiligen nationalen Gesetzgebungen an den gemeinschaftlichen Besitzstand (Verwaltungsaufbau).

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 90			0	0
-------------------------------------	--	--	---	---

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

359 99	950	Entnahme aus der Rücklage	71.631	0	0
--------	-----	---------------------------	--------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99			0	0
-------------------------------------	--	--	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen			6.600	6.600
--	--	--	-------	-------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
Ausgaben					

HGr. 4: Personalausgaben

421 10	011	Bezüge des Ministers	93.467	123.800	129.200
--------	-----	-----------------------------	---------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Amtsbezüge des Ministers gemäß § 8 Abs. 2 des Ministergesetzes einschließlich Dienstaufwandsentschädigung für den Minister. Das Amtsgehalt wird unter Berücksichtigung der für Beschäftigte des Landes Brandenburg geltenden Bestimmungen gewährt.

422 10	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	4.575.350	4.253.500	5.030.300
--------	-----	---	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

				2004 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Leistungen			5.030.300
2.	Aufwandsentschädigung			
3.	Sonstige Leistungen			
Summe				5.030.300

Mehr durch die Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Lfb.	2003	2004
Staatssekretär	B9	hD	2	2
Ministerialdirigent	¹⁾ B6	hD	5	5
davon ku: 5 nach B5 hD mit Ausscheidens des jeweiligen Stelleninhabers				
davon kw: 1 im Jahr 2004				
Ministerialrat	²⁾ B2	hD	16	16
Ministerialrat	A16	hD	12	12
Regierungsdirektor	³⁾ A15	hD	13	13
Medizinaldirektor	A15	hD	1	1
Gewerbedirektor	A15	hD	2	2
Oberregierungsrat	A14	hD	20	20
davon ku: 5 nach A13 hD				
Regierungsrat	A13	hD	5	5
Gewerbeoberamtsrat	A13	gD	6	6
Oberamtsrat	A13	gD	23	23
Amtsrat	A12	gD	12	12
Regierungsamtmann	A11	gD	11	11
Regierungsamtsinspektor	A9	mD	2	2
Zusammen:			130	130
Leerstellen:				
Oberregierungsrat	A14	hD	0	1
Regierungsrat	A13	hD	1	1
Zusammen:			1	2

sonstige Stellenplanvermerke:

- ¹⁾ ku nach Bes.-Gr. B5 mit Ausscheidens des jeweiligen Stelleninhabers gemäß den Konsolidierungsbeschlüssen der Landesregierung zum Haushalt 2004
- ²⁾ Auf diesen Planstellen können auch Richter der Bes.-Gr. R1 und R2 geführt werden.
- ³⁾ Auf diesen Planstellen können auch Richter der Bes.-Gr. R1 und R2 geführt werden.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
422 10

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

1	A14 hD	Oberregierungsrat	Zugang gem. § 13 Abs. 3 und Abs. 4 HG 2002/2003
1	Zugänge neue Stellen		
1	Stellen Zugänge insgesamt		
1	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

422 25 011 Bezüge aus weggefallenen Planstellen (Personalüberhang) 0 0 0

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 1 § 2 Abs. 2 des Haushaltsstrukturgesetzes 2000 sind Personalausgaben für Dienstkräfte, deren Planstellen und Stellen weggefallen sind (Personalüberhang), in den Haushaltsplänen gesondert nachzuweisen.

425 10 011 Vergütungen der Angestellten 6.921.027 6.860.000 7.571.700

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der	
1.1	- außertariflichen Angestellten	64.000
1.2	- tariflichen Angestellten	7.507.700
1.3	- Auszubildenden	
2.	Aufwandsentschädigung	
3.	Sonstige Leistungen	
Summe		7.571.700

Mehr durch die Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
425 10

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2003	2004
AT B 3	hD	1	1
I	hD	4	4
Ia	hD	10	10
Ib	hD	8	8
IIa	hD	3	3
III	gD	34	34
IVa	gD	20	20
gesperrt:	1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
IVb	gD	1	1
Vc	mD	3	2
VIb	mD	12	12
gesperrt:	2 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
VII	mD	17	17
davon kw:	1 im Jahr 2005 wegen PEK		
	1 im Jahr 2006 wegen PEK		
gesperrt:	8 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
VII-IXb	mD	6	6
davon kw:	6 im Jahr 2005 wegen PEK		
Zusammen:		119	118
Auszubildende:			
Praktikant	eD	15	15
Zusammen:		15	15
Leerstellen:			
I	hD	2	2
Ia	hD	1	1
Ib	hD	1	1
IIa	hD	0	1
III	gD	1	2
VIb	mD	0	1
VII	mD	1	1
Zusammen:		6	9

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
425 10

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1	Vc mD	Umsetzung nach 10 010 / 425 10
1	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen	
1	Stellen Abgänge insgesamt	
-1	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

1	Ia hD	Zugang gem. § 13 Abs 6 HG 2002/2003
1	Ila hD	Zugang gem. § 13 Abs. 3 und Abs. 4 HG 2002/2003
1	III gD	Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003
1	Vlb mD	Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003
4	Zugänge neue Stellen	
4	Stellen Zugänge insgesamt	

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

1	Ia hD	Stellenabgang wegen Übernahme auf vorhandene Stelle
1	Sonstige Abgänge	
1	Stellen Abgänge insgesamt	
3	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

425 25 011 Vergütungen aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang) 0 0 0

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 1 § 2 Abs. 2 des Haushaltsstrukturgesetzes 2000 sind Personalausgaben für Dienstkräfte, deren Planstellen und Stellen weggefallen sind (Personalüberhang), in den Haushaltsplänen gesondert nachzuweisen.

426 10 011 Löhne der Arbeiter 240.622 265.500 114.100

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Löhne einschl. Zuschläge, Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Umlagen zur zusätzlichen Altersversorgung der	
1.1	- Arbeiter	114.100
1.2	- Auszubildenden	
2.	Aufwandsentschädigung	
3.	Sonstige Leistungen	
	Summe	114.100

Weniger wegen Umsetzung von 4 Stellen in den Epl. 10 im Zusammenhang mit der Bildung eines gemeinsamen Fahrzeugpools.

Stellenübersicht:

	2003	2004
PT	5	1
gesperrt: 1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
Zusammen:	5	1
Leerstellen:		
MTL 5a	0	2
Zusammen:	0	2

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
426 10

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

4	PT	Umsetzung nach 10 010 / 426 10
4	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen	
4	Stellen Abgänge insgesamt	
-4	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

2	MTL 5a	Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003
2	Zugänge neue Stellen	
2	Stellen Zugänge insgesamt	
2	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

426 25	011	Löhne aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang)	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 1 § 2 Abs. 2 des Haushaltsstrukturgesetzes 2000 sind Personalausgaben für Dienstkräfte, deren Planstellen und Stellen weggefallen sind (Personalüberhang), in den Haushaltsplänen gesondert nachzuweisen.

427 20	011	Vergütungen und Löhne für Aushilfen	106.049	193.800	116.600
--------	-----	-------------------------------------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Der Ansatz ist vorgesehen für die Vergütung von Aushilfskräften zur Überwindung von Arbeitsengpässen (2 BAT Vb, 1 BAT VII, jeweils für 12 Monate).

Weniger in Anpassung an den aktuellen Bedarf.

427 49	011	Vergütungen und Löhne für Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Erläuterungen:

Ein Nachweis von Vergütungen und Löhnen bei diesem Titel setzt die Zuweisung zusätzlicher Stellen zur Förderung der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung voraus. Die zugewiesenen Stellen dürfen nur im Rahmen der als förderungswürdig anerkannten Maßnahmen und nur für die Dauer der Zuweisung der Arbeitnehmer durch die Arbeitsverwaltung in Anspruch genommen werden.

453 10	011	Trennungsgeld, Umzugsvergütung	3.384	18.500	7.200
--------	-----	--------------------------------	-------	--------	-------

Erläuterungen:

				2004 EUR
1.	Trennungsentschädigung			200
2.	Umkzugskostenvergütung			7.000
3.	Aufwandsentschädigung bei Auslandsverwendung			
Summe				7.200

Weniger in Anpassung an den aktuellen Bedarf.

Aus Titelgruppen	0	0
-------------------------	----------	----------

Summe HGr. 4:	11.715.100	12.969.100
---------------	------------	------------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	97.195	140.300	86.600
--------	-----	---	--------	---------	--------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Geschäftsbedarf	31.000
2.	Bücher, Zeitschriften	31.600
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	15.000
4.	Sonstiges	9.000
	Summe	86.600

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf bei gleichzeitiger Umsetzung darüber hinausgehender Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

511 20	011	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	98.440	178.400	73.000
--------	-----	--	--------	---------	--------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Postgebühren	35.500
2.	Mobilfunkanschlüsse	5.000
3.	Fernmeldegebühren	25.500
4.	Sonstiges	7.000
	Summe	73.000

Weniger wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf und Umsetzung nach Kapitel 07 020 Titel 546 15.

514 10	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	25.505	35.600	1.600
--------	-----	---	--------	--------	-------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	0
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	1.100
3.	Verbrauchsmittel	0
4.	Sonstiges	500
	Summe	1.600

In Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung und dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen zur Bildung eines gemeinsamen Fahrzeugpools werden ab dem Haushaltsjahr 2004 die Ausgaben für die Haltung von Dienstkraftfahrzeugen in Höhe von 30.000 € im Einzelplan 10, Kapitel 10 010 veranschlagt.

517 10	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	120.743	140.000	110.000
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
517 10

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Heizung	0
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	87.000
4.	Grundbesitzabgaben	0
5.	Bewachungskosten	5.000
6.	Sonstiges	18.000
Summe		110.000

Für verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 7180 qm Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

Weniger wegen Wegfalls des Standortes Berliner Straße 90.

518 20 011 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge 34.984 37.000 47.000

Erläuterungen:

Mehr wegen Einführung integrierter Kopier- und Drucktechnik.

518 30 011 Leasing von Dienstkraftfahrzeugen 9.736 11.200 0

Erläuterungen:

In Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung und dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen zur Bildung eines gemeinsamen Fahrzeugpools werden ab dem Haushaltsjahr 2004 die Ausgaben für Leasing von Dienstkraftfahrzeugen in Höhe von 10.100 € im Einzelplan 10, Kapitel 10 010 veranschlagt.

519 10 011 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen 15.906 20.000 10.000

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	10.000
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	0
Summe		10.000

Weniger wegen Streckung der Instandhaltungsmaßnahmen.

525 10 011 Aus- (und Fort)bildung 44.575 51.300 43.000

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Aus- (und Fort)bildung	43.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0
Summe		43.000

Die Ausgaben dienen insbesondere der Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes.
Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

526 10 011 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 55.748 78.200 49.000

Einnahmen aus der Erstattung von Rechtsanwaltskosten und Gerichtsgebühren fließen den Ausgaben zu.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
526 10

Erläuterungen:

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf bei gleichzeitiger Berücksichtigung darüber hinausgehender Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

527 10	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	90.464	94.600	71.700
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

In Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung und dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen zur Bildung eines gemeinsamen Fahrzeugpools werden ab dem Haushaltsjahr 2004 anteilige Ausgaben für Dienstreisen in Höhe von 2.400 € im Einzelplan 10, Kapitel 10 010 veranschlagt. Weniger wegen Anpassung an den Bedarf bei gleichzeitiger Berücksichtigung darüber hinausgehender Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

527 20	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	1.207	600	600
--------	-----	--	-------	-----	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel für die Tätigkeit der Vorsitzenden des Personal- und des freigestellten Vorsitzenden des Hauptpersonalrates.

529 10	011	Verfügungsmittel	6.341	7.400	7.400
--------	-----	------------------	-------	-------	-------

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Absatz 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Minister	3.700
2.	Staatssekretäre	1.800
3.	Präsident des Landesamtes für Soziales und Versorgung Cottbus	350
4.	Präsident des Landesarbeitsgerichtes Potsdam	350
5.	Präsident des Landessozialgerichtes	350
6.	Direktoren der Arbeitsgerichte Frankfurt (Oder), Eberswalde, Neuruppin, Senftenberg, Brandenburg, Potsdam, Cottbus (je 50 EUR)	350
7.	Direktoren der Sozialgerichte Frankfurt (Oder), Neuruppin, Potsdam, Cottbus (je 50 EUR)	200
8.	Direktor des Brandenburgischen Landesinstituts für Rechtsmedizin Potsdam	50
9.	Direktor des Landesinstituts für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin Potsdam	50
10.	Leiter der Ämter für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik Cottbus, Eberswalde, Neuruppin, Potsdam (je 50 EUR)	200
Summe		7.400

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss die dienstliche Veranlassung zumindest aus den Angaben der Funktion der Teilnehmer erkennbar sein. Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

533 10	011	Aufwendungen für Lehrgänge und Tagungen	1.359	4.600	4.200
--------	-----	---	-------	-------	-------

546 10	011	Sonstiges	204	200	100
--------	-----	-----------	-----	-----	-----

Erläuterungen:

Die Mittel sind insbesondere vorgesehen für Auslagen für Vorstellungsreisen.

546 30	011	Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	8.120	0	0
--------	-----	--	-------	---	---

Aus Titelgruppen	190.200	166.400
-------------------------	----------------	----------------

Summe HGr. 5:	989.600	670.600
---------------	---------	---------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 20	011	Zuschuss an die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)	7.065	7.700	0
--------	-----	---	-------	-------	---

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für die institutionelle Förderung der Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS). Diese Einrichtung ist unter dem Gesichtspunkt der EU-rechtlichen Anforderungen errichtet worden. Aufgabe dieser Stelle ist es, im Rahmen des Gerätesicherungsgesetzes und des Gefahrstoffrechts den Stand der Produkt- und Anlagensicherheit bzw. der Messtechnik und des Arbeitsschutzes zu halten und zu verbessern. An der Finanzierung dieser Einrichtung beteiligen sich die Bundesländer gemäß Artikel 4 des "Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts vom 13. März 2003". Die Haushaltsstelle ist ausgebracht für den Finanzierungsanteil des Landes Brandenburg.

Weniger wegen Rückführung von Zuwendungsleistungen aus der Überzahlung des Jahres 2002.

Aus Titelgruppen	604.100	595.100
Summe HGr. 6:	611.800	595.100

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	12.720	0	0
--------	-----	----------------------------------	--------	---	---

Erläuterungen:

In Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Raumordnung und dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen zur Bildung eines gemeinsamen Fahrzeugpools werden ab dem Haushaltsjahr 2004 die Ausgaben für den Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen künftig bei Einzelplan 10, Kapitel 10 010 veranschlagt.

812 10	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	16.571	25.000	45.000
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

					2004 EUR
1.	Erstbeschaffung				
2.	Ersatzbeschaffung				
	2.	1.	Bürostühle		42.000
		2.	Möbiliar Haus 5		3.000

Mehr wegen notwendiger Ersatzbeschaffungen.

Aus Titelgruppen	113.500	22.000
Summe HGr. 8:	138.500	67.000

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 70 - Ausländerbeauftragte(r) der Landesregierung

Einnahmen bei Titel 272 70 dürfen zur Deckung von Ausgaben bzw. Mehrausgaben bei Titelgruppe 70 herangezogen werden. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

427 70	011	Vergütungen für Zeitangestellte	47.926	0	0
--------	-----	---------------------------------	--------	---	---

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 272 70.

511 70	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	652	1.100	600
--------	-----	---	-----	-------	-----

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Geschäftsbedarf	0
2.	Bücher, Zeitschriften	600
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0
4.	Sonstiges	0
Summe		600

525 70	011	Aus- (und Fort)bildung	374	500	0
--------	-----	------------------------	-----	-----	---

526 70	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	16.366	3.600	3.600
--------	-----	--	--------	-------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Sachverständigen- und Rechtsanwaltskosten von Opfern rassistischer Überfälle, um Schadenersatzansprüche geltend machen zu können, sowie für erforderliche Dolmetscher- und Übersetzertätigkeiten. Darüber hinaus siehe Erläuterungen zu Titel 272 70.

527 70	011	Reisekostenvergütung für Dienstreisen	3.812	3.600	3.600
--------	-----	---------------------------------------	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 272 70.

531 70	013	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	2.218	6.100	6.100
--------	-----	---	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Öffentlichkeitsarbeit der Ausländerbeauftragten zur Information ausländischer Zuwanderer und der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere Druckkosten für Broschüren.

541 70	011	Aufwendungen für Veranstaltungen	3.308	4.600	4.600
--------	-----	----------------------------------	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Landesweit wirksame Veranstaltungen und Fachkonferenzen.

681 70	011	Humanitäre Soforthilfe für natürliche Personen	0	3.600	3.400
--------	-----	--	---	-------	-------

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen zur Linderung akuter Notlagen in humanitär begründeten Einzelfällen.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

684 70 011 Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger 653.205 564.700 558.400

Aus diesem Titel können auch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen der Ausländerbeauftragten bestritten werden.

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für den selben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 255.600

davon fällig:

2005 bis zu 255.600

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		255.600		255.600
2005			255.600	255.600
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		255.600	255.600	511.200

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Zuwendungen für laufende Zwecke an Initiativen und Vereine, die für interkulturelle Verständigung zwischen Deutschen und Nichtdeutschen wirken	118.400
2. Zuwendungen an die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen e.V. (RAA) im Land Brandenburg	440.000
Summe	558.400

Darüber hinaus siehe Erläuterungen zu Titel 272 70.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 587.800 580.300

TGr. 80 - Behindertenbeauftragte(r) des Landes Brandenburg

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

511 80 011 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, 4 300 300
Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige
Gebrauchsgegenstände

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
511 80

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Geschäftsbedarf	0
2.	Bücher, Zeitschriften	300
3.	Geräte, Ausstattungsgegenstände	0
4.	Sonstiges	0
	Summe	300

526 80 011 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 0 600 500

Erläuterungen:

Aufbau Netzwerk behinderte Frauen

531 80 013 Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation 0 600 600

Erläuterungen:

Zweiter Bericht Landesbehindertenbeirat

533 80 011 Aufwendungen für Lehrgänge und Tagungen 927 1.500 1.400

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Teilnahme an bundesweiten Tagungen	500
2.	Tagungen des Landesbehindertenbeirates	200
3.	Tagungen der kommunalen Behindertenbeauftragten	300
4.	Tagungen des Behindertenbeauftragten zu Sachfragen	400
	Summe	1.400

685 80 011 Maßnahmen des Behindertenbeauftragten 13.282 35.800 33.300

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen zur Förderung von innovativen Projekten in der Behindertenarbeit mit folgenden Schwerpunkten:

- von und für Menschen mit Behinderungen
- Darstellung über das selbstbestimmte Leben von Menschen mit Behinderungen
- Erfahrungsaustausch und freizeitliche Aktivitäten von Menschen mit Behinderungen
- eigene Initiativen des Landesbehindertenbeauftragten

Nachrichtlich: Summe TGr. 80 38.800 36.100

TGr. 90 - Twinning-Programm der Europäischen Union

Einnahmen bei Titel 271 90 dürfen zur Leistung von Ausgaben innerhalb der Titelgruppe verwendet werden.
Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 271 90 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 271 90.

429 90 023 Personalausgaben 70.191 0 0

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

547 90 023 Sächliche Verwaltungsausgaben 0 0 0

671 90 023 Erstattungen an sonstige Bereiche 135.751 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 90 0 0

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

511 99 011 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation 135.470 54.700 65.500

Einnahmen aus dem Verkauf von wiederverwendbarem Verbrauchsmaterial fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Hardware	0
2.	Software	31.500
3.	Unterhaltung	32.000
4.	Kommunikation	0
5.	Sonstiges	2.000
Summe		65.500

Mehr wegen erhöhter Wartungsaufwendungen.

518 99 011 Mieten 0 0 72.500

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Mieten für Maschinen und Geräte	72.500
2.	Mieten für Software	0
3.	Mieten für Rechenzeiten	0
Summe		72.500

Mehr wegen Bereitstellung der IT-Technik über Leasingverträge.

525 99 011 Aus- (und Fort)bildung 38.940 18.100 5.600

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Aus- (und Fort)bildung	5.600
2.	Lehr- und Lernmittel	0
Summe		5.600

Weniger wegen Umsetzung nach Kapitel 07 020 Titel 546 15.

538 99 011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen 97.744 94.900 1.500

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen**
07 010 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
538 99

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Benutzungsentgelt für das DV-Verfahren JURIS.

Weniger wegen Umsetzung nach Kapitel 07 020 Titel 546 15.

812 99	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	72.428	113.500	22.000
---------------	------------	---	---------------	----------------	---------------

Erläuterungen:

					2004 EUR
1.		Erstbeschaffungen			
2.		Ersatzbeschaffungen			
2.1		Hardware (PC-, Server-, Netztechnik)			22.000
2.2		Software (Updates-Standardsoftware)			0
Summe					22.000

Weniger wegen Bereitstellung der IT-Technik über Leasingverträge (Titel 518 99).

919 99	950	Zuführung zu der Rücklage	8.248	0	0
---------------	------------	----------------------------------	--------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	281.200	167.100
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	907.800	783.500

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
		Abschluss			
		Einnahmen			
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		20.900	8.600
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		0	0
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		0	0
		Gesamteinnahme		20.900	8.600
		Ausgaben			
		HGr. 4 Personalausgaben		11.715.100	12.969.100
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst		989.600	670.600
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		611.800	595.100
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		138.500	67.000
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben		0	0
		Gesamtausgabe		13.455.000	14.301.800
		Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-13.434.100	-14.293.200

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	011	Sonstige Einnahmen	0	0	0
--------	-----	--------------------	---	---	---

119 15 neu	011	Rückflüsse aus Zuwendungen	70.989		0
---------------	-----	----------------------------	--------	--	---

Erläuterungen:

Rückzahlungen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG).

119 20	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	0	0	0
--------	-----	----------------------------------	---	---	---

119 25	011	Einnahmen aus Zinszahlungen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	114.662	0	0
--------	-----	--	---------	---	---

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 546 25 verwendet werden.

Erläuterungen:

Zinseinnahmen aus der nicht zweckentsprechenden bzw. fristgerechten Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG).

132 10	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Erläuterungen:

Die Einnahmen aus der Veräußerung ausgesonderter landeseigener Kraftfahrzeuge sind hier zentral für den Einzelplan veranschlagt.

Summe HGr. 1:	0	0
---------------	---	---

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	312	Zuweisungen des Bundes gem. Art. 14 Gesundheitsstrukturgesetz zur Förderung von Investitionen nach § 9 Krankenhausfinanzierungsgesetz i.V.m. § 16 des Krankenhausgesetzes des Landes Brandenburg	22.817.445	0	0
--------	-----	--	------------	---	---

*Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Kapitel 07 050 Titel 883 60 und bei Kapitel 15 107 Titel 714 10 verwendet werden.
Siehe Verstärkungsvermerke bei Kapitel 07 050 Titel 883 60 und Kapitel 15 107 Titel 714 10.*

337 10	312	Zuweisungen von Zweckverbänden gemäß Art. 14 Gesundheitsstrukturgesetz zur Förderung von Investitionen nach § 9 Krankenhausfinanzierungsgesetz i.V.m. § 16 des Krankenhausgesetzes des Landes Brandenburg	27.490.675	25.564.500	25.564.500
--------	-----	---	------------	------------	------------

*Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Kapitel 07 050 Titelgruppe 60 und bei Kapitel 15 107 Titel 714 10 verwendet werden.
Siehe Verstärkungsvermerke bei Kapitel 07 050 Titelgruppe 60 und Kapitel 15 107 Titel 714 10.*

359 10 neu	950	Entnahme aus der Rücklage			0
---------------	-----	---------------------------	--	--	---

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen**
07 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
359 10

Erläuterungen:

Entnahme aus der Rücklage des Verwaltungsbudgets des Einzelplanes 07.

359 11	950	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	82.788	0	0
---------------	------------	---	---------------	----------	----------

Bei negativen Einnahmen sind die Ausgaben der Hauptgruppe 4 in gleicher Höhe gesperrt; die Sperre kann auch bei anderen Hauptgruppen erwirtschaftet werden.

		Aus Titelgruppen		0	0
--	--	-------------------------	--	----------	----------

		Summe HGr. 3:		25.564.500	25.564.500
--	--	----------------------	--	-------------------	-------------------

07
07 020 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen**
Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Einnahmen

TGr. 64 - Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Siehe Vermerk bei Titelgruppe 64.

235 64	950	Einnahmen aus Erstattungen der Bundesanstalt für Arbeit	190.636	0	0
---------------	------------	--	----------------	----------	----------

Erläuterungen:

Im Rahmen der Altersteilzeitregelung erstattet die Bundesanstalt für Arbeit Ausgaben für ATZ-Fälle bis zu einer Höhe von 20 v. H., sofern eine Nachbesetzung der freiwerdenden Stelle nachgewiesen wurde, die in direktem Bezug zum ATZ-Fall steht.

359 64	950	Entnahme aus der Rücklage	913.829	0	0
---------------	------------	----------------------------------	----------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 64	0	0
-------------------------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0
--	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

443 10	940	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	-26.443	13.900	7.000
--------	-----	--	---------	--------	-------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Unfallfürsorge für Beamte (Richter und sonstige Amtsträger nach dem LBG)	6.500
2.	Entschädigungen an Bedienstete für im Dienst erlittene Sachschäden	100
3.	Sonstiges	400
Summe		7.000

Weniger in Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

443 30	254	Kosten für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Diensten (Zentren) sowie Vertragsärztinnen und Vertragsärzten nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	36.417	38.000	38.000
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt für die Bestellung von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit im gesamten Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen aufgrund der Einsatzzeitvorgabe der Unfallverhütungsvorschriften für Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte.

451 10	011	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung sowie für soziale Einrichtungen	1.181	0	0
--------	-----	--	-------	---	---

Erläuterungen:

Der Titel ist vorsorglich ausgebracht.

462 10	989	Globale Minderausgabe für Personal	0	-871.000	-866.200
--------	-----	------------------------------------	---	----------	----------

Zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe können auch Titel außerhalb der Hauptgruppe 4 (HGr. 5, 6 oder 8) herangezogen werden.

Aus Titelgruppen	0	0
------------------	---	---

Summe HGr. 4:	-819.100	-821.200
---------------	----------	----------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 20	254	Maßnahmen zur Durchführung des Jugendarbeitsschutzes	98.237	114.500	95.500
--------	-----	--	--------	---------	--------

Erläuterungen:

Ärztliche Untersuchungen nach § 44 Jugendarbeitsschutzgesetz vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965) für

		2004 EUR
1.	23.800 Erstuntersuchungen (§ 32 Jugendarbeitsschutzgesetz) und 3.200 Nachuntersuchungen (§§ 33-35 Jugendarbeitsschutzgesetz)	86.600
2.	Landesausschuss für Jugendarbeitsschutz	8.900
Summe		95.500

Weniger in Anpassung an die Zahlfälle.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

531 10 011 **Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation** 31.767 70.000 54.800

*Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass
Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial an Dritte
unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.*

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für Aufklärungsaktionen und Informationsveranstaltungen über Entwicklungen der Berufsstruktur und des Arbeitsmarktes, über berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten und die entsprechenden Förderbedingungen sowie über ergänzende sozial- und gesundheitspolitische Aufgaben im Land Brandenburg. Ein Teil der Mittel ist für die Aufklärung über die Maßnahmen der Strukturfonds der EU zu verwenden.

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

531 20 013 **Öffentlichkeitsarbeit** 2.773 3.600 3.300

531 30 029 **Zusammenarbeit mit Osteuropa** 2.466 2.600 4.100

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Maßnahmen des technischen Arbeitsschutzes	2.100
2. Maßnahmen des sozialen und medizinischen Arbeitsschutzes	2.000
Summe	4.100

Die Mittel stehen für die Fortführung und den weiteren Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Arbeitsschutzbehörden des Landes Brandenburg und der Staatlichen Arbeitsinspektion Polens auf den Gebieten des technischen sowie des sozialen und medizinischen Arbeitsschutzes zur Verfügung. Dazu werden Arbeitsschutzkonferenzen, Erfahrungsaustausche, Schulungs- und Fortbildungsveranstaltungen finanziert sowie Kosten für Dolmetscherleistungen, Öffentlichkeitsarbeit u. ä. erstattet.

542 10 299 **Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-9. Buch** 0 0 0

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei der
Hauptgruppe 4 des Einzelplanes geleistet werden.
Die Ausgaben dürfen nur zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20
020 Titel 542 00 herangezogen werden.
Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*

Erläuterungen:

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX). Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

546 15 neu 014 **Entgelte für den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg auf Grund von Servicevereinbarungen** 98.320 79.400 398.900

Erläuterungen:

Im Vorjahr bei

Kapitel / Titel	Ist 2002	Soll 2003
07 020 / 671 39	47.039	57.500
07 130 / 538 99	48.781	19.400
07 190 / 525 99	2.500	2.500
Zusammen	98.320	79.400

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
546 15

					2004 EUR
1.		MASGF			
1.	1.	SV IT-Schulung			12.500
	2.	SV Internet			5.000
	3.	SV Daten- und TK-Verbund			71.800
	4.	SV Landesverwaltungsnetz			38.100
	5.	SV Kommunikationsverbund			21.000
	6.	SV Berufsbildungsstatistik			10.300
	7.	SV Statistik der Berufe des Gesundheitswesens			11.300
	8.	SV Schwangerschaftskonfliktberatung			23.700
		<i>Summe zu 1.</i>			193.700
2.		Arbeitsgerichtsbarkeit			
2.					
	1.	SV IT-Schulung			4.600
	2.	SV Landesverwaltungsnetz			28.100
	3.	SV Internet			2.400
		<i>Summe zu 2.</i>			35.100
3.		Sozialgerichtsbarkeit			
3.	1.	SV IT-Schulung			4.800
	2.	SV Landesverwaltungsnetz			41.400
	3.	SV Internet			3.100
		<i>Summe zu 3.</i>			49.300
4.		Arbeitsschutz			
4.	1.	SV IT-Schulung			8.400
	2.	SV Landesverwaltungsnetz			14.700
	3.	SV Kommunikationsverbund			2.500
		<i>Summe zu 4.</i>			25.600
5.		Landesamt für Soziales und Versorgung			
5.	1.	SV IT-Schulung			41.100
	2.	SV Landesverwaltungsnetz			29.200
	3.	SV Kommunikationsverbund			20.100
	4.	SV Internet			2.300
		<i>Summe zu 5.</i>			92.700
6.		Rechtsmedizin			
6.	1.	SV IT-Schulung			2.500
		<i>Summe zu 6.</i>			2.500
Zusammen					398.900

Mehr durch Umsetzung von Mitteln aus verschiedenen Haushaltsstellen des Einzelplans wegen zentraler Veranschlagung der bereitzustellenden Entgelte für geschlossene Servicevereinbarungen mit dem LDS ab dem Haushaltsjahr 2004 im Kapitel 07 020.

546 25	011	Erstattung von Zinsrückzahlungen aus dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	102.772	0	0
--------	-----	---	----------------	----------	----------

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 119 25 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Gemäß § 6 VV - IfG ist dem Bund der 90%ige Anteil an Zinseinnahmen des Landes aus nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG) zu erstatten.

549 20	989	Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben	0	-672.500	0
--------	-----	--	----------	-----------------	----------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 5: -402.400 556.600

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 20 011 Mitgliedsbeiträge an Vereine und Gesellschaften 12.934 13.200 13.200

Erläuterungen:

Im Geschäftsbereich bestehen folgende Mitgliedschaften:

		2004 EUR
1.	Deutscher Verein zur Bekämpfung von Viruskrankheiten	1.600
2.	DIN und Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit (BASl)	1.100
3.	Verein Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamter (VDGAB)	700
4.	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	4.700
5.	Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger	3.300
6.	Arbeitsgruppe der deutschen Integrationsämter	300
7.	Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger psychiatrischer Kliniken	100
8.	Trägerverein der Schule für Beschäftigungs- und Arbeitstherapie Brandenburg	400
9.	Deutscher Arbeitsgerichtsverband e. V.	200
11.	Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose	800
Summe		13.200

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(671 39) 014 Erstattungen an den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik 0
 umgesetzt nach 07 020 / 546 15

Summe HGr. 6: 13.200 13.200

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

919 10 950 Zuführung zu der Rücklage 2.777.258 0
 neu

Erläuterungen:

Zuführung zu der Rücklage des Verwaltungsbudgets des Einzelplanes 07.

919 11 950 Zuführung zu der Rücklage Personalbudget 0
 neu

972 20 989 Globale Minderausgabe 0 -8.000.000 0

Aus Titelgruppen 0 0

Summe HGr. 9: -8.000.000 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 64 - Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

*Einnahmen bei den Titeln 235 64 und 359 64 dienen zur Deckung von Mehrausgaben in dieser Titelgruppe.
Die am Jahresende verbleibenden zweckgebundenen Einnahmen bzw. Minderausgaben bei den Titeln der HGr. 4 dürfen zu 100% der Rücklage zugeführt werden.*

Erläuterungen:

Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ) und die Vereinbarung zur Umsetzung des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (Umsetzungsvereinbarung) vom 05. Mai 1998 sollen zu einer Belegung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und gleichzeitig einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Seit dem Haushaltsjahr 2000 werden die Altersteilzeitfälle aus dem gesamten Einzelplan in der ausgebrachten Titelgruppe 64 aufgeführt. Übersicht der Inanspruchnahme der Altersteilzeit im Einzelplan 07
Stand: 31.12.2002

Kapitel	Anzahl der ATZ-Fälle seit 2000	davon Blockzeit	davon kontinuierlich Teilzeit
07 010	13	11	2
07 110	2	2	0
07 120	5	3	2
07 130	22	18	4
07 160	57	50	7
07 190	2	2	0
Zusammen	101	86	15

Nachbesetzungen: 39

422 64	950	Bezüge der Beamten in der Altersteilzeit	128.020	0	0
---------------	------------	---	----------------	----------	----------

Erläuterungen:

Der Ansatz ist vorgesehen für die Bezüge der Beamten, die die Regelungen der Altersteilzeit oder des Sabbaticals in Anspruch nehmen bzw. die als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

425 64	950	Vergütungen der Angestellten in der Altersteilzeit	2.900.227	0	0
---------------	------------	---	------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Der Ansatz ist vorgesehen für die Vergütungen der Angestellten, die die Regelungen der Altersteilzeit oder des Sabbaticals in Anspruch nehmen bzw. als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

426 64	950	Löhne der Arbeiter in der Altersteilzeit	118.213	0	0
---------------	------------	---	----------------	----------	----------

Erläuterungen:

Der Ansatz ist vorgesehen für die Entlohnung von Arbeitern, die die Regelungen der Altersteilzeit oder des Sabbaticals in Anspruch nehmen bzw. als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

919 64	950	Zuführung zu der Rücklage	1.423.048	0	0
---------------	------------	----------------------------------	------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 64	0	0
-------------------------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	0	0
---	----------	----------

07
07 020

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	25.564.500	25.564.500
Gesamteinnahme			25.564.500	25.564.500
Ausgaben				
		HGr. 4 Personalausgaben	-819.100	-821.200
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	-402.400	556.600
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	13.200	13.200
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	-8.000.000	0
Gesamtausgabe			-9.208.300	-251.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			34.772.800	25.815.900

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 030 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	252	Gebühren, sonstige Entgelte	5.963	23.000	6.000
--------	-----	-----------------------------	-------	--------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind im Wesentlichen die Einnahmen aus Gebühren für die Erteilung von Umsatzsteuerbefreiungen nach § 4 Nr. 21a (bb) Umsatzsteuergesetz sowie Gebühren für die widerrufliche Zuerkennung der fachlichen Eignung gem. § 22 Abs. 3 Handwerksordnung.
Weniger wegen Anpassung an das erzielte Rechnungsergebnis 2002.

112 10	252	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Erläuterungen:

Vorsorglich vorgesehen für die Erhebung von Geldbußen gem. § 121 Betriebsverfassungsgesetz.

119 10	252	Sonstige Einnahmen	9.843	3.067.800	10.000
--------	-----	--------------------	-------	-----------	--------

Erläuterungen:

Weniger wegen Umsetzung von 100.000 EUR nach Titel 119 15 bei gleichzeitiger Anpassung an die tatsächlichen Einnahmen.

119 15 neu	252	Rückflüsse aus Zuwendungen	369.748		100.000
---------------	-----	----------------------------	---------	--	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind sowohl Rückzahlungen von Zuwendungen aus Vorjahren als auch Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung der ausgereichten Zuwendungsmittel.
Mehr wegen Umsetzung von Titel 119 10.

162 10	253	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	0	0	0
--------	-----	---------------------------------------	---	---	---

Erläuterungen:

Zinszahlungen für Darlehen, die aus Mitteln der Titelgruppen 61 und 64 ausgereicht wurden.

182 10	253	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	95.617	33.200	24.500
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Darlehen, die aus Mitteln der Titelgruppen 61 und 64 ausgereicht wurden.
Weniger wegen Auslaufen der Tilgung der ausgereichten Darlehen.

		Aus Titelgruppen	0		450.000
--	--	------------------	---	--	---------

		Summe HGr. 1:	3.124.000		590.500
--	--	---------------	-----------	--	---------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 20	252	Sonstige Zuweisungen vom Bund	19.202.520	0	0
--------	-----	-------------------------------	------------	---	---

Die Ist-Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Titel 684 63.

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Vereinbarungen des Bundes und der neuen Bundesländer und Berlins über die Ausbildungsplatzprogramme Ost vereinnahmt. Die Ausgaben werden bei Titel 684 63 nachgewiesen.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 030 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
272 10	252	Zuweisungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds auf der Grundlage der Operationellen Programme des Landes Brandenburg für die Förderperiode 2000 bis 2006	60.948.074	108.278.000	112.961.200
		<i>Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 70 herangezogen werden.</i>			
		Erläuterungen:			
		Bei diesem Titel werden die Zuweisungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2000 bis 2006 vereinnahmt. Die Mittel werden bis zu 30 v. H. vom Land kofinanziert. Die EU-Mittel werden ausgabeseitig bei Titelgruppe 70, die entsprechenden Komplementärmittel des Landes bei Titelgruppe 71 nachgewiesen.			
		Voraussichtliche Gesamteinnahmen	701.434.200 EUR		
		Veranschlagt 2000/2001/2002	282.058.950 EUR		
		(davon vereinnahmt 2000/2001/2002	192.522.600 EUR)		
		Veranschlagt 2003	108.278.000 EUR		
		Veranschlagt 2004	112.961.200 EUR		
		Vorbehalten 2005 ff.	198.136.050 EUR		
272 20	252	Zuweisungen der Europäischen Kommission für Technische Hilfe im Rahmen des Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2000 bis 2006	2.187.671	4.512.000	4.050.000
		<i>Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 72 herangezogen werden.</i>			
		Erläuterungen:			
		Bei diesem Titel werden Zuweisungen von der Europäischen Kommission für Technische Hilfe im Rahmen des Europäischen Sozialfonds vereinnahmt. Die Mittel werden vom Land in Höhe von 25 v. H. kofinanziert. Die EU-Mittel werden ausgabeseitig bei Titelgruppe 72, die entsprechenden Komplementärmittel des Landes bei Titelgruppe 73 nachgewiesen.			
		Voraussichtliche Gesamteinnahmen	29.226.500 EUR		
		Veranschlagt 2000/2001/2002	12.246.420 EUR		
		(davon vereinnahmt 2000/2001/2002	6.290.629 EUR)		
		Veranschlagt 2003	4.512.000 EUR		
		Veranschlagt 2004	4.050.000 EUR		
		Vorbehalten 2005 ff.	8.418.000 EUR		
		Weniger wegen Anpassung an die laut Planung des Operationellen Programms 2000 - 2006 für 2004 vorgesehene Jahresscheibe.			
282 10	253	Zuschüsse der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben	0	0	0
		<i>Einnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 64 herangezogen werden.</i>			
		Erläuterungen:			
		Vorgesehen für Zuschüsse aus Restmitteln der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben zur Finanzierung von Strukturanpassungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.			
		Aus Titelgruppen		0	0
		Weggefallene oder umgesetzte Titel			
(272 30)	252	Zuweisungen der Europäischen Kommission zu den EU-Gemeinschaftsinitiativen für die Förderperiode 2000 bis 2006	0	0	0
(272 40)	252	Zuweisungen der Europäischen Kommission für Technische Hilfe im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiativen für die Förderperiode 2000 bis 2006	0	0	0
Summe HGr. 2:				112.790.000	117.011.200

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 030 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Einnahmen

TGr. 62 - Förderungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen des gemeinsamen Förderkonzeptes für die Förderperiode 1994 - 1999

119 62	252	Sonstige Einnahmen	996.844	0	450.000
--------	-----	--------------------	---------	---	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Rückerstattungen aus Vorjahren, insbesondere aus gewährten Zuwendungen aus dem Operationellen Programm 1994 - 1999.

Mehr wegen Beitreibung offener Rückforderungen nach Abschluss der Verwendungsnachweisprüfungen.

271 62	252	Zuweisungen für laufende Zwecke	0	0	0
--------	-----	---------------------------------	---	---	---

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) vereinnahmt. Vorsorglich vorgesehen für eventuelle Restzahlungen von der Europäischen Kommission für die Operationellen Programme des Landes 1994 bis 1999.

272 62	252	Zuschüsse der EU zu den aus ESF-Mitteln finanzierten Gemeinschaftsinitiativen	1.189.098	0	0
--------	-----	---	-----------	---	---

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen der EU vereinnahmt, die zur Finanzierung von EU-Gemeinschaftsinitiativen (z. B. Beschäftigung, ADAPT, RECHAR, RESIDER, KONVER, INTERREG) aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) bestimmt sind. Vorsorglich vorgesehen für eventuelle Restzahlungen von der Europäischen Kommission für die EU-Gemeinschaftsinitiativen 1994 bis 1999.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 62	0	450.000
-------------------------------------	---	---------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	450.000
--	---	---------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Arbeitsmarkt, Infrastruktur und Begleitung

Einsparungen bei den Titeln der Hauptgruppe 6 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei den Titelgruppen 71 und 73.

526 60	253	Programmbegleitkosten	0	0	0
671 60	253	Erstattungen an die LASA Brandenburg GmbH	4.180.400	4.320.400	5.200.000

Erläuterungen:

Die LASA Brandenburg GmbH ist nach ihrem Gesellschaftszweck eine landesweit tätige Einrichtung der Arbeitsförderung auf den Gebieten der Beratung, Qualifizierung und Ausbildung von Zielgruppen und Akteuren der Arbeitsmarktförderung sowie der Umsetzung von arbeitsmarktpolitischen Förderprogrammen einschließlich der Bescheiderteilung und Auszahlung der Mittel - soweit von den Mittelgebern zugelassen deren treuhänderische Verwaltung -; dies umfasst die Verpflichtung zur Prüfung auf antragsgemäße Verwendung der Mittel und erforderlichenfalls Rückforderung.

Als Dienstleister ist die LASA Brandenburg GmbH insbesondere für die Umsetzung des Landesprogramms "Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg" verantwortlich. Sie nimmt ihre Aufgabe auf der Grundlage eines vom Land gem. § 44 Abs. 2 LHO erteilten besonderen Beleihungsaktes wahr. Alleiniger Gesellschafter der LASA Brandenburg GmbH ist das Land Brandenburg. Die Landesregierung sieht die Förderung der Landesgesellschaften - stärker als in der Vergangenheit - über Zielvereinbarungen vor. Dadurch soll eine Stärkung der Eigenverantwortung dieser Gesellschaften erreicht werden. Die LASA Brandenburg GmbH als Schlüsselbeteiligung des Landes nimmt im Rahmen eines Modellvorhabens an der Erprobung neuer Steuerungs- und Führungsinstrumente teil.

Durch die Zusammenführung von institutioneller Förderung der Gesellschaft und öffentlich-rechtlichem Vertrag für den Geschäftsbereich Programmmzentrale zu einem öffentlich-rechtlichen Vertrag in 2004 hat die LASA Brandenburg GmbH eine einheitliche Finanzierungsgrundlage. Diese ist Voraussetzung für die Durchführung des Modellvorhabens.

Mehr wegen Umsetzung von Titel 684 60.

684 60	253	Zuschuss zu den Betriebsausgaben der Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH	1.370.530	52.300	0
--------	-----	---	-----------	--------	---

Erläuterungen:

Weniger wegen Umsetzung nach Titel 671 60.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(682 60)	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0	0	0
(685 60)	253	Zuschuss zum Bildungsprogramm der LASA Brandenburg GmbH	0	0	0

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60			4.372.700	5.200.000	
-------------------------------------	--	--	-----------	-----------	--

TGr. 62 - Förderungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen des gemeinsamen Förderkonzeptes für die Förderperiode 1994 - 1999

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(429 62)	253	Personalausgaben	0	0	0
(547 62)	252	Sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
(684 62)	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Träger	0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

(685 62) 252 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke 0 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 0 0

TGr. 63 - Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung und der Berufsausbildung

Ausgaben bei Titel 684 63 dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 231 20 geleistet werden.
Mehrausgaben bei Titel 893 63 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Titeln der Hauptgruppe 6 geleistet werden.
Einnahmen fließen den Ausgaben zu.
Die Ausgaben bei Titel 684 63 dürfen vor Eingang der bei Titel 231 20 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

526 63 153 Kosten des Landesausschusses für Berufsbildung 377 1.000 1.000

Erläuterungen:

Nach dem Berufsbildungsgesetz vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112) ist ein Landesausschuss für Berufsbildung eingerichtet worden, der entsprechend seiner Geschäftsordnung drei Unterausschüsse gebildet hat. Veranschlagt sind Entschädigungen für Aufwand, Fahrkosten, Verdienstausschuss der Mitglieder sowie sonstige Sachausgaben, die den Ausschüssen bei der Durchführung ihrer Aufgaben entstehen.

682 63 153 Finanzierung von Ausbildungsplätzen in Kammerberufen bei den Landeskliniken 41.110 12.300 0

Erläuterungen:

Weniger wegen planmäßiger Beendigung der Ausbildung des Ausbildungsjahrganges 2000.

684 63 153 Zuschüsse im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiativen 18.212.097 0 0

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 16.620.600

davon fällig:

2005 bis zu 6.225.200

2006 bis zu 6.225.200

2007 bis zu 4.170.200

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	10.862.800	13.117.500		23.980.300
2005	4.198.800	13.117.500	6.225.200	23.541.500
2006		8.745.000	6.225.200	14.970.200
2007			4.170.200	4.170.200
2008 ff.				
Summen	15.061.600	34.980.000	16.620.600	66.662.200

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die anteiligen Bundesmittel im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiativen für die Ausbildungsprogramme Ost verausgabt (vgl. Titel 231 20). Die ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung des neuen Ausbildungsplatzprogramms 2004 vorgesehen.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 030 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

685 63 153 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen -1.448 0 0

893 63 153 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige 1.410.492 2.579.000 1.722.000

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 1.025.000

davon fällig:

2005 bis zu 1.025.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		1.025.000		1.025.000
2005			1.025.000	1.025.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		1.025.000	1.025.000	2.050.000

Erläuterungen:

Die Zuschüsse sind vorgesehen zur Förderung von Berufsbildungsstätten und Kompetenzzentren:

	2004 EUR
1. Bau und Erstausrüstung Kompetenzzentrum "Mikroelektronik"	1.025.000
2. Ergänzung und Modernisierung im Bereich des Handwerks	495.000
3. Ergänzung und Modernisierung im Bereich von Industrie und Handel	101.000
4. Ergänzung und Modernisierung im Bereich der Bauindustrie	101.000
Summe	1.722.000

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(636 63) 153 Zuschüsse zur Förderung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze (Landesanteil) 0 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 63 2.592.300 1.723.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

TGr. 64 - Ergänzende Förderung von Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit durch Zuweisungen und Zuschüsse

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 282 10 geleistet werden.

Einsparungen bei den Titeln der Hauptgruppe 6 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei den Titelgruppen 71 und 73.

Einsparungen bei Titel 684 64 dienen bis zur Höhe von 30.000 EUR zur Deckung von Mehrausgaben bei Kapitel 07 130 Titel 892 10.

Ausgaben bei den Titeln der Hauptgruppe 8 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Titeln der Hauptgruppe 6 geleistet werden.

Die Ausgaben der Hauptgruppe 6 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 64 gilt für alle Titel der Titelgruppe mit Ausnahme von Titel 681 64.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Das Land gewährt nach Maßgabe der entsprechenden Richtlinien und der Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO Zuwendungen zur ergänzenden Finanzierung von Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit, insbesondere soweit sie auf dem Sozialgesetzbuch Drittes Buch (SGB III) beruhen.

633 64	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
681 64	253	Modellversuche zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von gering Qualifizierten und Langzeitarbeitslosen	20.656	23.400	7.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	7.000			7.000
2005	3.000			3.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen	10.000			10.000

Erläuterungen:

Beteiligung des Landes Brandenburg am Bundesmodellprogramm "Förderung der Erprobung und Entwicklung innovativer Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit".

Weniger in Anpassung an die planmäßig vorgesehene Programmablaufgestaltung für das Modellprojekt.

683 64	253	Zuschüsse an private Unternehmen	0	0	0
684 64	253	Zuschüsse an freie Träger	8.923.459	15.241.900	9.200.000

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 4.500.000

davon fällig:

2005 bis zu 4.500.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
684 64

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		5.300.000		5.300.000
2005			4.500.000	4.500.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		5.300.000	4.500.000	9.800.000

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für die ergänzende Förderung von Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen des SGB III (verstärkte Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gem. § 266 SGB III sowie Förderung von Strukturanpassungsmaßnahmen gemäß §§ 272 ff. i. V. m. § 415 SGB III).
Weniger wegen Reduzierung der Maßnahmen in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

863 64 253 Darlehen an Sonstige im Inland 0 0 0

893 64 253 Zuschüsse für Investitionen an sonstige Träger 0 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 64 15.265.300 9.207.000

TGr. 65 - Förderungen im Rahmen der Operationellen Programme des Landes Brandenburg, Teil
Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2000 bis 2006

Erläuterungen:

Ab dem Haushaltsjahr 2002 sind die Mittel zur Umsetzung der Operationellen Programme des Landes Brandenburg, Teil
Europäischer Sozialfonds (ESF), getrennt nach anteiligen ESF-Mitteln und Landesmitteln in den Titelgruppen 70 und 71
veranschlagt.

684 65 252 Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Träger 0 0 0

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	15.407.200			15.407.200
2005	3.220.500			3.220.500
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen	18.627.700			18.627.700

Erläuterungen:

Die in den Vorjahren bis 2001 eingegangenen Verbindungen belasten die Titelgruppen 70 und 71.

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen**
07 030 **Arbeitsmarkt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
684 65

685 65	252	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
---------------	-----	---	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 65	0	0
-------------------------------------	----------	----------

TGr. 66 - Technische Hilfe zur Ziel-1-Förderung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2000 bis 2006

Erläuterungen:

Ab dem Haushaltsjahr 2002 sind die Mittel für Technische Hilfe getrennt nach anteiligen ESF-Mitteln und Landesmitteln in den Titelgruppen 72 und 73 veranschlagt.

429 66	252	Personalausgaben	0	0	0
---------------	-----	-------------------------	----------	----------	----------

547 66	252	Sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
---------------	-----	--------------------------------------	----------	----------	----------

685 66	252	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
---------------	-----	---	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 66	0	0
-------------------------------------	----------	----------

TGr. 67 - Förderungen im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiativen für die Förderperiode 2000 bis 2006

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(684 67)	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Träger	0	0	0
-----------------	-----	---	----------	----------	----------

(685 67)	252	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
-----------------	-----	---	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 67	0	0
-------------------------------------	----------	----------

TGr. 68 - Technische Hilfe im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiativen für die Förderperiode 2000 bis 2006

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(671 68)	252	Erstattungen an sonstige Bereiche	0	0	0
-----------------	-----	--	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 68	0	0
-------------------------------------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

TGr. 70 - Förderungen im Rahmen der Operationellen Programme des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur ESF-Mittel)

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 272 10 geleistet werden.

Die Ausgaben sind übertragbar.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 685 72 geleistet werden.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 70 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 70 ist gegenseitig deckungsfähig mit der Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 71.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 272 10 veranschlagten Einnahmen geleistet werden.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die EU-Mittel zur Umsetzung der Operationellen Programme des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF). Entsprechende Einnahmen von der EU kommen bei Titel 272 10 auf. Das Land kofinanziert die Zuweisungen von der Europäischen Kommission mit bis zu 30 v. H. der Gesamtausgaben aus der Titelgruppe 71.

Von den insgesamt in dieser Titelgruppe veranschlagten Ausgabemitteln sind 4 Mio. EUR EU-Mittel für Projekte der Braunkohlesanierung vorgesehen. Dieser Betrag steht zusätzlich zu den bei Kapitel 10 400 Titelgruppe 61 veranschlagten Ausgaben für die Sanierung der Braunkohleindustrie zur Verfügung.

Für das Gesamtprogramm ist folgende Finanzierung vorgesehen (Angaben in EUR):

	insgesamt	Anteil ESF (TGr. 70)	Anteil Land (TGr. 71)
Voraussichtliche Gesamtkosten	798.175.600	701.434.200	96.741.400
Verausgabt in 2000, 2001, 2002	285.850.765	246.272.930	39.577.835
Nach 2003 übertragener Ausgaberes	8.000.000	8.000.000	0
Veranschlagt in 2003	122.113.000	108.278.000	13.835.000
Veranschlagt in 2004	127.224.800	112.961.200	14.263.600
Vorbehalten 2005 ff.	254.987.035	225.922.070	29.064.965

Gefördert werden sollen Arbeitsförderungsmaßnahmen im Rahmen folgender Politikbereiche:

- A Aktive und präventive Arbeitsmarktpolitik
- B Gesellschaft ohne Ausgrenzung
- C Berufliche und allgemeine Bildung, lebenslanges Lernen
- D Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist
- E Chancengleichheit von Frauen und Männern
- F Lokales Kapital für soziale Zwecke

Innerhalb der Politikbereiche A, C und D genießen Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Erstausbildung eine hohe Priorität.

Die nachfolgende Übersicht weist die den vorgenannten Politikbereichen zugeordneten Förderprogramme und ihre voraussichtlichen Volumina aus (einschließlich der im Epl. 07 veranschlagten Mittel für die Landeskofinanzierung):

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Bereich	2004
A Verzahnung & Chancengleichheit	2.500.000
A Braunkohle	4.000.000
A/B Strukturanpassungsmaßnahmen	9.632.200
A/D Ausbildungsplatzprogramm	52.887.600
B Arbeit für Ältere	950.000
B Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit	1.500.000
B Qualifizierung im Strafvollzug	1.620.000
B Berufspädagogische Maßnahmen der Jugendhilfe	2.300.000
B Jugend 2005	1.100.000
B/E Arbeit statt Sozialhilfe	24.000.000
B/E ABM-Fachliche Anleitung	3.750.000
C Informations- und Weiterbildungsberatungsstellen	1.485.000
C Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte	640.000
C Förderung von Ausbildungsverbünden	2.000.000
C Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung	3.885.000
C/E INNOPUNKT	6.100.000
D Jugendexistenzgründerförderung	550.000
D Existenzgründerförderung	2.500.000
D Qualifizierung in KMU	3.000.000
D Sicherheitsgerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen und Technologien	175.000
E Vereinbarkeit Familie und Beruf	450.000
F Lokales Kapital für soziale Zwecke	2.200.000
Zusammen	127.224.800

684 70	252 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	110.124.868	108.278.000	112.961.200
--------	--	-------------	-------------	-------------

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **91.000.000**

davon fällig:

2005 bis zu	53.000.000
2006 bis zu	20.500.000
2007 bis zu	14.000.000
2008 ff bis zu	3.500.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	18.449.100	53.000.000		71.449.100
2005	11.084.500	21.500.000	53.000.000	85.584.500
2006	2.847.200	14.500.000	20.500.000	37.847.200
2007		3.500.000	14.000.000	17.500.000
2008 ff.			3.500.000	3.500.000
Summen	32.380.800	92.500.000	91.000.000	215.880.800

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 030 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

685 70 252 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen 0 0 0

686 70 252 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke 0 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 108.278.000 112.961.200

TGr. 71 - Förderungen im Rahmen der Operationellen Programme des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur Landesmittel)

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Titeln der Hauptgruppe 6 in den Titelgruppen 60, 64 und 73 geleistet werden.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 71 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Siehe Vermerk Nr. 6 bei Titelgruppe 70.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anteiligen Landesmittel zur Umsetzung der Operationellen Programme des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF). Das Land kofinanziert die Zuweisungen von der Europäischen Kommission mit bis zu 30 v. H. der Gesamtausgaben.

Siehe auch Erläuterungen zu Titelgruppe 70.

684 71 252 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen 14.604.286 13.835.000 14.263.600

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 14.000.000

davon fällig:

2005 bis zu 8.500.000

2006 bis zu 3.000.000

2007 bis zu 2.000.000

2008 ff bis zu 500.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	1.668.300	8.500.000		10.168.300
2005	164.800	3.000.000	8.500.000	11.664.800
2006		2.000.000	3.000.000	5.000.000
2007		500.000	2.000.000	2.500.000
2008 ff.			500.000	500.000
Summen	1.833.100	14.000.000	14.000.000	29.833.100

Erläuterungen:

Mehr nach Umsetzung von Haushaltsmitteln in Höhe von 270.000 EUR aus dem Einzelplan 05 für die Finanzierung der Altenpflegeausbildung.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

685 71 252 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen 0 0 0

686 71 252 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke 0 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 71 13.835.000 14.263.600

TGr. 72 - Technische Hilfe zur Ziel-1-Förderung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur ESF-Mittel)

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 272 20 geleistet werden.

Die Ausgaben sind übertragbar.

Einsparungen bei Titel 685 72 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 70.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben bei Titel 429 72 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titelgruppe 73 geleistet werden.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 685 72 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 272 20 veranschlagten Einnahmen geleistet werden.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Aus dem Operationellen Programm Ziel-1-Förderung 2000 bis 2006 dürfen bis zu 5 v. H. des Gesamtbetrages für Technische Hilfen im Rahmen der Programmumsetzung eingesetzt werden. Das Land kofinanziert die EU-Mittel mit 25 v. H. aus Titelgruppe 73. Die Einnahmen von der EU kommen bei Titel 272 20 auf. Ausgaben sind insbesondere vorgesehen für Maßnahmen zur Vorbereitung, Begleitung, Bewertung und Kontrolle der Programmumsetzung. Im Rahmen der Technischen Hilfe werden Mittel insbesondere eingesetzt für die Finanzierung von Zeitarbeitsverträgen, für die Anmietung von EDV-Technik zur Ausstattung von Arbeitsplätzen der in befristeten Arbeitsverhältnissen Beschäftigten, für Werk- und Dienstleistungsverträge sowie für Veröffentlichungen, Studien und Tagungen. Im Rahmen der Technischen Hilfe geleistete Personalausgaben werden aus buchungstechnischen Gründen einschließlich der Kofinanzierungsmittel des Landes bei Titel 429 72 nachgewiesen.

Für die Technische Hilfe ist folgende Finanzierung vorgesehen:

	insgesamt in EUR	Anteil ESF (TGr. 72) in EUR	Anteil Land (TGr. 73) in EUR
Voraussichtliche Gesamtkosten	38.968.700	29.226.500	9.742.200
Verausgabt in 2000, 2001, 2002	4.571.363	3.452.915	1.118.448
Nach 2003 übertragener Ausgabereist	0	0	0
Veranschlagt in 2003	6.016.000	4.512.000	1.504.000
Veranschlagt in 2004	5.400.000	4.050.000	1.350.000
Vorbehalten 2005 ff.	22.981.337	17.211.585	5.769.752

429 72 252 Personalausgaben 515.254 0 0

547 72 252 Sächliche Verwaltungsausgaben 1.159.699 0 0

685 72 252 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen 110.666 4.512.000 4.050.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
685 72

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **4.500.000**

davon fällig:

2005 bis zu 1.500.000

2006 bis zu 1.500.000

2007 bis zu 1.500.000

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	572.300	1.399.700		1.972.000
2005		1.246.300	1.500.000	2.746.300
2006			1.500.000	1.500.000
2007			1.500.000	1.500.000
2008 ff.				
Summen	572.300	2.646.000	4.500.000	7.718.300

Erläuterungen:

Weniger wegen Anpassung an die laut Planung des Operationellen Programms für 2004 vorgesehene Jahresscheibe.

Nachrichtlich: Summe TGr. 72 **4.512.000** **4.050.000**

TGr. 73 - Technische Hilfe zur Ziel-1-Förderung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur Landesmittel)

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Titeln der Hauptgruppe 6 in den Titelgruppen 60 und 64 geleistet werden.

Die Ausgaben sind übertragbar.

Einsparungen bei Titel 685 73 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 71.

Einsparungen bei Titel 685 73 dienen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 429 72.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 685 73 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind anteilige Landesmittel in Höhe von 25 v. H. zur Kofinanzierung der im Rahmen der Operationellen Programme des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), von der EU zur Verfügung gestellten Mittel für die Technische Hilfe.

Siehe auch Erläuterungen zu Titelgruppe 72.

429 73	252 Personalausgaben	0	0	0
547 73	252 Sächliche Verwaltungsausgaben	354.042	0	0
685 73	252 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	36.889	1.504.000	1.350.000

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 030 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
685 73

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **1.500.000**

davon fällig:

2005 bis zu 500.000

2006 bis zu 500.000

2007 bis zu 500.000

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	190.800	466.500		657.300
2005		415.400	500.000	915.400
2006			500.000	500.000
2007			500.000	500.000
2008 ff.				
Summen	190.800	881.900	1.500.000	2.572.700

Erläuterungen:

Weniger wegen Anpassung der Kofinanzierungsmittel an die im Rahmen der Technischen Hilfe verfügbaren ESF-Mittel.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 73	1.504.000	1.350.000
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	150.359.300	148.754.800

07
07 030

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	3.124.000	590.500
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	112.790.000	117.011.200
Gesamteinnahme			115.914.000	117.601.700
Ausgaben				
		HGr. 4 Personalausgaben	0	0
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.000	1.000
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	147.779.300	147.031.800
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.579.000	1.722.000
Gesamtausgabe			150.359.300	148.754.800
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-34.445.300	-31.153.100

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 040 Gesundheit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	314	Gebühren, sonstige Entgelte	30.035	5.100	30.000
--------	-----	-----------------------------	--------	-------	--------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Gebühren für Verwaltungshandlungen auf Grund der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen vom 01.09.1992 (GVBl. II S. 558), zuletzt geändert durch Verordnung vom 05.06.2000 (GVBl. II S. 220).

Mehr in Anpassung an die tatsächlichen Einnahmen.

119 10	314	Sonstige Einnahmen	2.945	1.830.600	3.000
--------	-----	--------------------	-------	-----------	-------

Erläuterungen:

Weniger nach Umsetzung von 50.000 EUR nach Titel 119 15 und in Anpassung an die tatsächlichen Einnahmen.

119 15 neu	314	Rückflüsse aus Zuwendungen	428.300		50.000
---------------	-----	----------------------------	---------	--	--------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind sowohl Rückzahlungen von Zuwendungen aus Vorjahren als auch Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung von Zuwendungen.

Mehr nach Umsetzung von Titel 119 10.

132 10	314	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	37.420	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

162 10	314	Zinseinnahmen aus Darlehen	384.413	1.022.500	339.600
--------	-----	----------------------------	---------	-----------	---------

Erläuterungen:

Zinszahlungen von Darlehen für Gesundheitszentren, die aus ehemaligen Polikliniken hervorgegangen sind.

Weniger in Anpassung an die tatsächlichen Einnahmen.

182 10	314	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	675.552	2.045.100	881.900
--------	-----	---	---------	-----------	---------

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Darlehen für Gesundheitszentren, die aus ehemaligen Polikliniken hervorgegangen sind.

Weniger in Anpassung an die tatsächlichen Einnahmen.

Summe HGr. 1:	4.903.300	1.304.500
---------------	-----------	-----------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 18	990	Einnahmen aus zweckgebundenen Zuweisungen Dritter	284.944	0	0
--------	-----	---	---------	---	---

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 982 18 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 982 18.

Summe HGr. 3:	0	0
---------------	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	314	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	1.000	900
--------	-----	--	---	-------	-----

Erläuterungen:

1. Erstattung von Kosten für Untersuchungen nach den §§ 64 - 69 Arzneimittelgesetz und der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Arzneimittelgesetzes, die nicht in der Arzneimitteluntersuchungsstelle des Landes Brandenburg durchführbar sind (z. B. Blut, Insuline)
2. Erstattung von Kosten für die Tätigkeit von Sachverständigen in der Überwachung von Einrichtungen, die Blut und Blutprodukte herstellen, von Apotheken mit speziellen Herstellungsprogrammen sowie bei Verfahren zum Schutz vor Risiken bei Medizinprodukten gemäß § 17 und §§ 25 - 29 Medizinproduktegesetz
3. Erstattung von Kosten für die Tätigkeit sachverständiger Apotheker in der Apothekenüberwachung

533 10 neu	314	Aufwendungen für Lehrgänge und Tagungen			0
---------------	-----	---	--	--	---

546 10 neu	314	Sonstiges			0
---------------	-----	-----------	--	--	---

Aus Titelgruppen				126.800	22.400
------------------	--	--	--	---------	--------

Summe HGr. 5:				127.800	23.300
---------------	--	--	--	---------	--------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10	314	Erstattung von Ausgaben für den toxikologischen Auskunftsdienst und Arzneimitteluntersuchungen nach den §§ 64 und 65 Arzneimittelgesetz	255.029	300.000	300.000
--------	-----	---	---------	---------	---------

Erläuterungen:

1. Die Einrichtung von Giftinformationszentralen ist nach § 16 e Chemikaliengesetz Sache der Länder, die die Zentren benennen und vorhalten müssen. Die Aufgabe wird mittels einer Vereinbarung gemeinsam mit dem Land Berlin durchgeführt, das bestehende Berliner Zentrum gemeinsam genutzt.
2. Nach den §§ 64 und 65 Arzneimittelgesetz ist die Überwachung von am Verkehr mit Arzneimitteln Beteiligten sowie die amtliche Entnahme von Arzneimittelproben und deren Untersuchung Aufgabe des Landes. Die Arzneimitteluntersuchungen werden mittels einer Vereinbarung zwischen MLUR, MASGF und dem Land Berlin seit dem 01.01.1999 in der Arzneimitteluntersuchungsstelle des Landes Berlin durchgeführt.

631 20 neu	314	Erstattung von Kosten für das Zentrale Substitutionsregister	9.349		7.300
---------------	-----	--	-------	--	-------

Erläuterungen:

Die Mittel sind erstmalig veranschlagt zur Finanzierung des Länderanteils Brandenburgs am Zentralen Substitutionsregister gemäß der Vereinbarung über die Erstattung der Kosten zur Führung eines Substitutionsregisters beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte nach § 13 Abs. 3 Betäubungsmittelgesetz i. V. m. § 5a Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung. In den Haushaltsjahren 2002 und 2003 wurde der Länderanteil Brandenburgs im Rahmen von außerplanmäßigen Ausgaben geleistet.

684 10 neu	314	Leistung an die öffentlich-rechtliche Stiftung "Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen"			86.000
---------------	-----	--	--	--	--------

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt zur Finanzierung des Zustiftungsbeitrages des Landes Brandenburg im Rahmen der weiteren Unterstützung der Stiftung "Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen" ab dem Jahr 2004 gemäß Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz vom 21./22.06.2001. Die Stiftung wurde durch das HIV-Hilfegesetz vom 24.07.1995 zum Zwecke der Leistung finanzieller Hilfe an HIV-infizierte Personen und deren Angehörige errichtet. Zustiftungsbeiträge werden vom Bund und den Ländern sowie vom DRK und pharmazeutischen Unternehmen zur Verfügung gestellt.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 040 Gesundheit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

685 10	314	Zuschuss für laufende Zwecke an die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG)	10.979	15.400	9.700
--------	-----	--	--------	--------	-------

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für den Finanzierungsanteil des Landes Brandenburg an der institutionellen Förderung der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG). An der Finanzierung dieser Einrichtung beteiligen sich die Bundesländer gemäß Artikel 5 des "Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten".
Die Kosten werden zu 2/3 vom MASGF und zu 1/3 vom MLUR getragen.
Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

685 20	127	Zuschuss zur Ausbildung pharmazeutisch-technischer Assistentinnen und Assistenten	175.226	0	0
--------	-----	--	---------	---	---

Aus Titelgruppen

2.986.500 2.917.000

Summe HGr. 6:

3.301.900 3.320.000

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 18	990	Ausgaben zur Verrechnung zweckgebundener Zuweisungen Dritter	233.064	0	0
--------	-----	---	---------	---	---

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 382 18 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Titel ist ausgebracht, um die Verteilung der Einnahmen bei Titel 382 18 zu sichern:
1. Finanzierung der durch den öffentlichen Gesundheitsdienst verabreichten Impfmittel
2. Finanzierung von Lehrgängen des Landesgesundheitsamtes für die kommunalen Gesundheitsämter
3. Finanzierung von Projekten des Arbeitskreises Prävention

Summe HGr. 9:

0 0

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 040 Gesundheit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Rettungsdienst

526 60	314	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

633 60	314	Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für den Rettungsdienst	67.324	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

685 60	314	Betriebsverluste der Luftrettung	4.688	122.800	72.800
--------	-----	----------------------------------	-------	---------	--------

Erläuterungen:

Das Land ist gemäß § 3 Abs. 1 des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes vom 8. Mai 1992 (GVBl. I S. 170) Träger der Luftrettung.

Die Mittel sind veranschlagt zur Deckung der eventuell durch geringere Inanspruchnahme der Luftrettung entstehenden Betriebsdefizite (Projektförderung).

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

893 60	314	Zuschüsse für Investitionen für den Luftrettungsdienst	0	1.227.200	1.227.200
--------	-----	--	---	-----------	-----------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Das Land ist gemäß § 3 Abs. 1 des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes vom 8. Mai 1992 (GVBl. I S. 170) Träger der Luftrettung.

Die Mittel sind veranschlagt für die Errichtung der Luftrettungsstation Perleberg, die gemeinsam mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern finanziert wird, sowie für Investitionsmaßnahmen an den Luftrettungsstationen in Bad Saarow, Brandenburg an der Havel und Senftenberg (Projektförderung).

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60	1.350.000	1.300.000
-------------------------------------	-----------	-----------

TGr. 62 - Heilberufe und Heilberufskammern

526 62	314	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Erläuterungen:

Der Titel ist vorsorglich ausgebracht.

685 62	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	165.064	179.500	185.000
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Länderanteil Brandenburgs am Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP) in Mainz (institutionelle Förderung) gemäß dem Abkommen über die Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des IMPP vom 01.08.1994 (GVBl. I S. 410).

686 62	314	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	2.094	12.300	7.300
--------	-----	--	-------	--------	-------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
686 62

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Erstattung von Kosten an die Landesärztekammer für Ausbildungsveranstaltungen von Ärzten im Praktikum	3.000
2.	Erstattung von Aufwendungen an die Gutachterstelle bei der Landesärztekammer nach dem Gesetz über die freiwillige Kastration und andere Behandlungsmethoden	400
3.	Erstattung von Kosten an die Landesapothekerkammer für Ausbildungsveranstaltungen der Pharmaziepraktikanten	1.200
4.	Entschädigungen von Beisitzern an der Prüfung pharmazeutisch-technischer Assistentinnen und Assistenten	1.500
5.	Entschädigungszahlungen für die Beisitzer in den Prüfungsausschüssen	900
6.	Entschädigungszahlung für Arzneimittelproben, die gemäß § 65 Arzneimittelgesetz in Apotheken entnommen werden	300
Summe		7.300

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62	191.800	192.300
-------------------------------------	----------------	----------------

TGr. 80 - Gesundheitliche Prävention und Rehabilitation

Einsparungen bei Titeln der HGr. 6 dienen bis zur Höhe von 10.000 EUR zur Deckung von Mehrausgaben bei den Titeln der HGr. 5.

526 80	314	Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben	12.682	19.500	15.100
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für Gutachten insbesondere nach dem Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetz.

533 80	314	Aufwendungen für Lehrgänge, Tagungen/Studienfahrten im Rahmen der "Bekämpfung der Volkskrankheiten" (Sucht/AIDS), Gesundheitsförderung	918	0	0
--------	-----	--	-----	---	---

633 80	314	Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	131.687	180.200	180.200
--------	-----	---	---------	---------	---------

Verpflichtungsermächtigung:

	2004 EUR
Betrag:	30.000
davon fällig:	
2005 bis zu	30.000
2006 bis zu	
2007 bis zu	
2008 ff bis zu	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
633 80

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004				
2005			30.000	30.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen			30.000	30.000

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Projektförderungen im Rahmen des Gesamtprogramms "Prävention und Gesundheitsförderung" (öffentliche Träger):	
- Netzwerk Gesunde Städte/Gesundes Land Brandenburg	24.600
- Regiekompetenz des Öffentlichen Gesundheitsdienstes	30.000
- AIDS-Hilfe; Landesarbeitskreis HIV/AIDS	100.000
2. Projektförderungen im Rahmen des Gesamtprogramms "Prävention und Aufklärung der Bevölkerung zur Organspende"	25.600
Summe	180.200

684 80	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	300.047	231.300	231.300
--------	-----	---	----------------	----------------	----------------

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Verpflichtungsermächtigung:

	2004 EUR
Betrag:	40.800
davon fällig:	
2005 bis zu	40.800
2006 bis zu	
2007 bis zu	
2008 ff bis zu	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
684 80

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		15.300		15.300
2005			40.800	40.800
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		15.300	40.800	56.100

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Projektförderungen im Rahmen des Gesamtprogramms "Prävention und Gesundheitsförderung" (freie Träger):	
- Gesundheit von Kindern und Jugendlichen	60.000
Netzwerk Gesunde Schule (OPUS 2000)	
Netzwerk Gesunde Kita	
Frühförderung	
Landeskonzferenz Gesundheit von Kindern und Jugendlichen	
- Organisationsstruktur für die Zusammenarbeit landesweit tätiger Akteure im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung	25.000
- Gesundheit älterer Menschen	15.000
- AIDS-Prävention in der Grenzregion	31.300
2. Projektförderungen im Rahmen des Gesamtprogramms "Verbesserung der Versorgung chronisch Kranker":	
- Krebsbekämpfung	60.000
Landesarbeitsgemeinschaft Onkologische Versorgung	
Nachsorgeleitstellen	
- Maßnahmen gegen Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen	10.000
- Selbsthilfeorganisationen	15.000
- Palliativversorgung und Hospizarbeit/Landesarbeitsgemeinschaft Hospize	15.000
Summe	231.300

685 80	314 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	316.651	332.400	332.400
--------	--	---------	---------	---------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel für:

- den Länderanteil Brandenburgs am Gemeinsamen Krebsregister der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und der Freistaaten Sachsen und Thüringen gemäß Staatsvertrag vom 20./24. November 1997 (GVBl. I 1998 S. 70)
- den Länderanteil Brandenburgs an der Finanzierung des Kinderkrebsregisters gemäß Bund-Länder-Vereinbarung vom 9./10. Juni 1999 (ABl. 2000 S. 70)

Nachrichtlich: Summe TGr. 80	763.400	759.000
------------------------------	---------	---------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 040 Gesundheit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

TGr. 81 - Öffentlicher Gesundheitsdienst

613 81 314 Kostenerstattung für übertragene Aufgaben 0
neu

633 81 314 Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und 115.666 200.000 200.000
Gemeindeverbände

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt zur Erfüllung von Pflichtaufgaben nach § 69 Infektionsschutzgesetz zur Verhütung übertragbarer Krankheiten beim Menschen (Projektförderung).

671 81 314 Erstattungen an sonstige Bereiche 27.000 50.000 50.000

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt zur Durchführung von Maßnahmen zur Gruppenprophylaxe gemäß § 21 Sozialgesetzbuch 5. Buch sowie für die Erstattung von Impfstoffkosten.

685 81 314 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen 0 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 81 250.000 250.000

TGr. 86 - Psychiatrie und Suchtkrankenhilfe

*Die Ausgaben der Hauptgruppen 6 und 8 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Deckungsfähigkeit lt. Haushaltsgesetz bleibt erhalten.*

526 86 314 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 6.351 7.300 7.300

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

1. Tagungskosten des Psychiatriebeirates für 2 Tagungen/Jahr
2. Tagungskosten der koordinierenden Vertreter der psychiatrischen Versorgung in den Landkreisen und kreisfreien Städten
3. Kosten für die Besuchskommissionen gemäß der Verwaltungsvorschrift zu § 32 des Brandenburgischen Psychisch-Kranken-Gesetzes

533 86 314 Aufwendungen für Lehrgänge, Tagungen, Studienfahrten 0 0 0

633 86 314 Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte 0 0 1.066.600

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 600.000

davon fällig:

2005 bis zu 600.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
633 86

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004				
2005			600.000	600.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen			600.000	600.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von Personal- und Sachkosten der Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke und der ambulanten Beratungs- und Behandlungsstellen für Suchtkranke (Projektförderung).
Mehr nach Umsetzung von Titel 684 86.

683 86 314 **Zuschüsse an private Unternehmen** 90.700 255.700 255.700

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	76.700			76.700
2005				
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen	76.700			76.700

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Projekte und Maßnahmen zur Beschaffung und Bereitstellung von Angeboten zur beruflichen Rehabilitation und zur Arbeit für psychisch Kranke und Suchtkranke in Zuverdienst- und Selbsthilfefirmen sowie in anderen Beschäftigungsformen des zweiten und dritten Arbeitsmarktes (Projektförderung).

684 86 314 **Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen** 2.109.734 1.422.300 335.700

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR
Betrag: **150.000**
davon fällig:
2005 bis zu 150.000
2006 bis zu
2007 bis zu
2008 ff bis zu

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
684 86

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		750.000		750.000
2005			150.000	150.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		750.000	150.000	900.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuschüsse zu den Personal- und Sachkosten im Bereich der überregionalen Suchtkrankenhilfe und Suchtprävention (Projektförderung).

Weniger nach Umsetzung von 1.066.600 EUR nach Titel 633 86.

685 86 314 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen 0 0 0

892 86 314 Zuschüsse für Investitionen an nichtöffentliche Träger 2.045.200 1.545.200 1.545.200

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **345.200**

davon fällig:

2005 bis zu 45.200

2006 bis zu 300.000

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		500.000		500.000
2005		1.500.000	45.200	1.545.200
2006			300.000	300.000
2007				
2008 ff.				
Summen		2.000.000	345.200	2.345.200

Erläuterungen:

Investive Förderung zur Ergänzung von Versorgungseinrichtungen auf dem Gebiet der gemeindenahen Psychiatrie und Suchtkrankenhilfe (Projektförderung).

893 86 314 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige 0 0 0

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 040 Gesundheit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 86 3.230.500 3.210.500

TGr. 90 - Katastrophenschutz, Gesundheitsschutz

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

511 90 314 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** 0 0 0

526 90 314 **Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten** 0 50.000 0

Erläuterungen:

Weniger wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

546 90 314 **Sonstiges** 0 50.000 0

Erläuterungen:

Weniger wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

633 90 314 **Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände** 0 0 0

671 90 314 **Erstattungen an sonstige Bereiche** 0
neu

682 90 314 **Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen** 0 0 0

683 90 314 **Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen** 0 0 0

811 90 314 **Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen** 0 0 0

812 90 314 **Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen** 0 0 0

883 90 314 **Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände** 170.923 650.000 200.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung der Ersatzbeschaffung von Arzneimitteln und Sanitätsmaterialien (Projektförderung).
Weniger wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

891 90 314 **Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen** 0 0 0

892 90 314 **Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen** 0 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 90 750.000 200.000

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen 6.535.700 5.911.800

07
07 040

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
Gesundheit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	4.903.300	1.304.500
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
Gesamteinnahme			4.903.300	1.304.500
Ausgaben				
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	127.800	23.300
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.301.900	3.320.000
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.422.400	2.972.400
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe			6.852.100	6.315.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.948.800	-5.011.200

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 050 Krankenhäuser und Krankenhausförderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	312	Sonstige Einnahmen	0	784.300	0
--------	-----	---------------------------	----------	----------------	----------

Erläuterungen:

Weniger nach Umsetzung von 15.000 EUR nach Titel 119 15 und in Anpassung an die tatsächlichen Einnahmen.

119 15 neu	312	Rückflüsse aus Zuwendungen	15.107		15.000
---------------	-----	-----------------------------------	---------------	--	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind sowohl Rückzahlungen von Zuwendungen aus Vorjahren als auch Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung von Zuwendungen.
Mehr nach Umsetzung von Titel 119 10.

119 25	312	Einnahmen aus Zinszahlungen im Rahmen des Krankenhausinvestitionsprogramms nach Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz	11.606	0	0
--------	-----	---	---------------	----------	----------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 546 25 verwendet werden.

Erläuterungen:

Einnahmen aufgrund geltend gemachter Zinsforderungen im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung von Maßnahmen des Krankenhausinvestitionsprogramms nach Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz.

Summe HGr. 1:			784.300	15.000
----------------------	--	--	----------------	---------------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 050 Krankenhäuser und Krankenhausförderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

546 25	312	Erstattung von Zinsrückzahlungen im Rahmen des Krankenhausinvestitionsprogramms nach Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz	4.758	0	0
--------	-----	---	-------	---	---

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 119 25 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Abführung anteiliger Zinseinnahmen an den Bund.

Summe HGr. 5:				0	0
---------------	--	--	--	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Einzelförderung der Investitionen von Krankenhäusern sowie gleichgestellten Einrichtungen, ausgenommen landeseigene Krankenhäuser

Siehe Zweckbindungsvermerk bei Kapitel 07 020 Titel 331 10 und 337 10.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 07 020 Titel 337 10 geleistet werden.

Ausgaben bei den Titeln der Hauptgruppe 6 sowie bei den Titeln 891 60 und 892 60 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 883 60 geleistet werden.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 883 60 gilt für alle Titel der Hauptgruppe 8 der Titelgruppe.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind vorgesehen zur Einzelförderung von Investitionen von Krankenhäusern gemäß § 9

Krankenhausfinanzierungsgesetz i. V. m. § 16 des Krankenhausgesetzes des Landes Brandenburg sowie auf der Grundlage des gemeinsam mit den Benutzern der Krankenhäuser bzw. ihren Kostenträgern finanzierten Investitionsprogramms gemäß Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz.

Im Rahmen dieses Investitionsprogramms werden in Einzelfällen auch die Zins- und Tilgungskosten für Darlehen gefördert.

Voraussetzung hierfür ist, dass diese Darlehen für bedarfsnotwendige Investitionen aufgenommen werden und eine vorherige Aufnahme in das Krankenhausinvestitionsprogramm erfolgt ist.

Die Ausgaben sind veranschlagt sowohl in dieser Titelgruppe als auch bei Kapitel 15 107 Titel 714 10.

623 60	312 Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
661 60	312 Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
883 60	312 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	16.956.591	103.434.000	103.434.000

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 07 020 Titel 331 10 geleistet werden.

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Kapitel 15 107 Titel 714 10.

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **150.000.000**

davon fällig:

2005 bis zu 12.600.000

2006 bis zu 14.300.000

2007 bis zu 35.800.000

2008 ff bis zu 87.300.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		19.900.000		19.900.000
2005		71.900.000	12.600.000	84.500.000
2006		66.600.000	14.300.000	80.900.000
2007		36.400.000	35.800.000	72.200.000
2008 ff.		105.000.000	87.300.000	192.300.000
Summen		299.800.000	150.000.000	449.800.000

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen**
07 050 **Krankenhäuser und Krankenhausförderung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
883 60

Erläuterungen:

Die Ausgaben für die berufliche Prüfung sind in den Fördermitteln enthalten.

891 60	312	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	67.645.142	0	0
892 60	312	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	59.497.013	0	0

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60	103.434.000	103.434.000
-------------------------------------	--------------------	--------------------

TGr. 70 - Pauschalförderung für Krankenhäuser sowie gleichgestellte Einrichtungen, ausgenommen landeseigene Krankenhäuser

Ausgaben bei Titel 883 70 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 893 70 geleistet werden.

Die Kosten der Planung einschließlich Druckkosten für den Krankenhausplan dürfen aus den Ausgaben der Titelgruppe bestritten werden.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind vorgesehen zur Pauschalförderung von Krankenhäusern gemäß § 9 Krankenhausfinanzierungsgesetz i. V. m. §§ 17 und 18 des Krankenhausgesetzes des Landes Brandenburg.

Entsprechende Mittel für die Landeskrankenhäuser sind bei Kapitel 07 180 Titel 891 10 veranschlagt.

883 70	312	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	4.120.495	0	0
893 70	312	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	16.644.601	22.047.800	22.047.800

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Kapitel 07 180 Titel 891 10.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70	22.047.800	22.047.800
-------------------------------------	-------------------	-------------------

TGr. 71 - Pauschale Förderung von Rehabilitations- und Erholungseinrichtungen

526 71	312	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
883 71	312	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
893 71	312	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	1.278.230	0	0

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 71	0	0
-------------------------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	125.481.800	125.481.800
---	--------------------	--------------------

07
07 050

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
Krankenhäuser und Krankenhausförderung

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
		Abschluss			
		Einnahmen			
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		784.300	15.000
		Gesamteinnahme		784.300	15.000
		Ausgaben			
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst		0	0
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		0	0
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		125.481.800	125.481.800
		Gesamtausgabe		125.481.800	125.481.800
		Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-124.697.500	-125.466.800

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 060 Kriegsoferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	299	Gebühren, sonstige Entgelte	1.076.726	1.220.000	1.100.000
--------	-----	------------------------------------	------------------	------------------	------------------

Ausgaben für die Erstattung der Gebühren für zurückgegebene Wertmarken dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 631 60 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Beträge aus der Eigenbeteiligung an der unentgeltlichen Beförderung schwerbehinderter Menschen nach § 145 Abs.1 SGB IX.
Weniger wegen Rückgangs der Zahl von schwerbehinderten Menschen, die eine Wertmarke erwerben.

119 10	299	Sonstige Einnahmen	342	0	0
--------	-----	---------------------------	------------	----------	----------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebracht für Rückflüsse aus den Vorjahren.

Aus Titelgruppen	16.977.900	14.294.900
-------------------------	-------------------	-------------------

Summe HGr. 1:	18.197.900	15.394.900
---------------	-------------------	-------------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 18	990	Haushaltstechnische Verrechnungen	8.314.084	0	0
--------	-----	--	------------------	----------	----------

Aus Titelgruppen	3.843.000	7.994.000
-------------------------	------------------	------------------

Summe HGr. 3:	3.843.000	7.994.000
---------------	------------------	------------------

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen**
07 060 **Kriegsopferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Einnahmen

TGr. 70 - Integrationsamt - Ausgleichsabgabe

*Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titelgruppe 70 verwendet werden.
Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 70 herangezogen werden.*

111 70	299	Ausgleichsabgaben nach dem SGB IX	13.813.737	16.361.000	13.800.000
---------------	------------	--	-------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Nach § 77 SGB IX haben Arbeitgeber für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Die bei dem Integrationsamt verbleibenden Mittel der Ausgleichsabgabe sind nach § 77 Abs. 7 SGB IX von dieser gesondert zu verwalten. Weniger wegen Einführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen, in Folge dessen die Zahl der zahlungspflichtigen Betriebe zurückgegangen ist.

112 70	299	Geldbußen nach § 156 SGB IX	7.448	0	0
---------------	------------	------------------------------------	--------------	----------	----------

Erläuterungen:

Der Titel wurde vorsorglich ausgebracht. Gemäß § 156 Abs. 2 SGB IX kann das Landesarbeitsamt bei Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit § 80 SGB IX diese mit einer Geldbuße ahnden, die gemäß § 156 Abs. 5 SGB IX an das Integrationsamt abzuführen ist.

119 70	299	Sonstige Einnahmen	510.626	256.000	120.000
---------------	------------	---------------------------	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Nach § 77 Abs. 4 SGB IX sind für rückständige Beträge der Ausgleichsabgabe durch das Integrationsamt nach dem 31. März Säumniszuschläge nach Maßgabe des § 24 Viertes Buch Sozialgesetzbuch zu erheben. Weniger wegen Rückgang der Zahl säumiger Zahler.

162 70	299	Erträge der Ausgleichsabgabe	293.931	194.000	250.000
---------------	------------	-------------------------------------	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Zinseinnahmen im Rahmen der Verwaltung der Ausgleichsabgabe bei dem Integrationsamt nach § 77 Abs. 7 SGB IX. Mehr in Anpassung an das erzielbare Zinsniveau.

182 70	299	Tilgungen aus der Verwendung der Ausgleichsabgabe	170.083	152.000	110.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Rückzahlung bewilligter Darlehen nach § 14 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung. Weniger wegen Rückgangs der ausgereichten Darlehen.

282 70	299	Ausgleich zwischen den Integrationsämtern nach dem SGB IX	553.954	0	550.000
---------------	------------	--	----------------	----------	----------------

Erläuterungen:

Ausgleich zwischen den Integrationsämtern nach § 77 Abs. 6 SGB IX. Mehr wegen sinkender Einnahmen aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe im Land Brandenburg.

359 70	950	Entnahme aus der Rücklage der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	9.286.309	3.843.000	7.994.000
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Nicht benötigte Mittel können von dem Integrationsamt einer Rücklage zugeführt werden. Bei Bedarf werden die Beträge dem Haushalt mit Hilfe dieser Buchungsstelle wieder zugeführt. Mehr wegen höherer Zuführungen an die in den Vorjahren gebildeten Rücklagen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	20.806.000	22.824.000
-------------------------------------	-------------------	-------------------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 060 Kriegsoferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

TGr. 80 - Kriegsoferversorgung

162 80	247	Zinsen für Darlehen der Kriegsoferversorgung	350	0	0
--------	-----	--	-----	---	---

Einnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 631 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Der Titel ist ausgebracht für eingehende Zinsen aus den aus Titel 863 80 ausgereichten Darlehen.

182 80	247	Tilgungen aus Darlehen der Kriegsoferversorgung	18.322	10.200	10.200
--------	-----	---	--------	--------	--------

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 631 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Tilgungsbeträge aus den aus Titel 863 80 ausgereichten Darlehen.

233 80	247	Übergeleitete Ansprüche gemäß § 27 g Bundesversorgungsgesetz	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Einnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 631 80 und 681 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Der Titel ist ausgebracht für Einnahmen aus Unterhaltsleistungen.

281 80	247	Erstattungen von Wohngeld für Empfänger von Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz	18.621	2.500	2.500
--------	-----	---	--------	-------	-------

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 631 80 und 681 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Der Titel ist ausgebracht für Erstattungen von vorgeleistetem Wohngeld gemäß § 104 Sozialgesetzbuch Zehntes Buch.

282 80	247	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz von Heimbewohnern im Rahmen der Kriegsoferversorgung	1.387.522	1.695.000	1.400.000
--------	-----	---	-----------	-----------	-----------

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 631 80 und 681 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind veranschlagt für den Einsatz von Einkommen und Vermögen, insbesondere aus Renten der Kriegsoferversorgung bzw. deren Hinterbliebenen, soweit diese in Heimen betreut werden.

Weniger, da aufgrund der Auswirkungen der Pflegeversicherung zunehmend mehr Heimbewohner Selbstzahler werden sowie wegen einer tendenziellen Abnahme der Zahl der Heimaufnahmen.

331 80	247	Anteil des Bundes für Darlehen im Rahmen der Kriegsoferversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz	16.331	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

Die Ist-Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Titel 863 80.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 863 80.

Nachrichtlich: Summe TGr. 80			1.707.700	1.412.700	
-------------------------------------	--	--	------------------	------------------	--

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

TGr. 90 - Kriegsoferversorgung nach Nebengesetzen

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen insbesondere aus dem:

- Opferentschädigungsgesetz
- Infektionsschutzgesetz
- Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz.

119 90	247	Rückflüsse aus Nebengesetzen	54.266	0	0
--------	-----	-------------------------------------	---------------	----------	----------

Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 631 90 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Ausgebracht für sonstige Rückflüsse aus Nebengesetzen.

182 90	247	Tilgungen aus Darlehen nach Nebengesetzen	8.333	4.700	4.700
--------	-----	--	--------------	--------------	--------------

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 631 90 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt für Tilgungsbeiträge nach § 25 b Bundesversorgungsgesetz an Berechtigte nach Nebengesetzen.

282 90	247	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz von Anspruchsberechtigten nach Nebengesetzen	8.054	18.100	9.000
--------	-----	--	--------------	---------------	--------------

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 631 90 und 681 90 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus dem Einsatz von Einkommen und Vermögen insbesondere von anspruchsberechtigten Personen, die Leistungen nach Nebengesetzen beziehen, soweit diese in stationären Einrichtungen betreut werden. Weniger wegen zunehmender Zahl der Selbstzahler aufgrund der Auswirkungen der Pflegeversicherung.

331 90	247	Anteil des Bundes für Darlehen im Rahmen der Kriegsoferversorgung nach Nebengesetzen	387	0	0
--------	-----	---	------------	----------	----------

Die Ist-Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Titel 863 90.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 863 90.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 90	22.800	13.700
-------------------------------------	---------------	---------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	22.536.500	24.250.400
--	-------------------	-------------------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 060 Kriegsoferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 18	990	Haushaltstechnische Verrechnungen	8.314.084	0	0
Aus Titelgruppen				3.359.000	5.535.000
Summe HGr. 9:				3.359.000	5.535.000

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen**
07 060 **Kriegsopferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Soziales Entschädigungsrecht und SGB IX

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Versorgungsleistungen nach den Nebengesetzen, in denen das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklärt wird (z. B. Infektionsschutzgesetz, Opferentschädigungsgesetz, 1. und 2. SED - Unrechtsbereinigungsgesetz, Unterstützungsabschlussgesetz, Anti-D-Hilfegesetz).

631 60	299	Erstattungen an den Bund aus den Einnahmen der Wertmarken für die Beförderung schwerbehinderter Menschen im Nahverkehr	355.748	390.000	374.000
---------------	------------	---	----------------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils an den Mehreinnahmen bei Titel 111 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Bundesanteil an den bei Titel 111 10 nachzuweisenden Einnahmen (§ 152 SGB IX).

632 60	299	Verwaltungskostenerstattung	0	0	0
---------------	------------	------------------------------------	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Der Titel ist ausgebracht für die Erstattung von Verwaltungskosten an die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg im Rahmen von Auskunftersuchen der Landesverwaltungen nach § 1 a Bundesversorgungsgesetz.

636 60	299	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Sozialversicherungsträger	294.708	327.000	310.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Das Land erstattet die den Krankenkassen gem. § 20 Bundesversorgungsgesetz sowie §§ 11, 90 b Bundesvertriebenengesetz entstehenden Verwaltungskosten.

681 60	299	Renten, Unterstützungen und sonstige Leistungen nach Leistungsgesetzen	8.771.108	9.498.000	9.426.000
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 060 Kriegsoferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
681 60

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Leistungen an Impfgeschädigte nach § 60 Infektionsschutzgesetz Veranschlagt sind die Mittel für Heil- und Krankenbehandlung und orthopädische Versorgung sowie für Renten und andere Leistungen für Impfgeschädigte sowie deren Hinterbliebene und sonstige Leistungen nach §§ 25 bis 27 Bundesversorgungsgesetz.	2.300.000
2.	Entschädigungen nach § 56 Infektionsschutzgesetz	10.000
3.	Geldleistungen an Opfer von Gewalttaten (Renten und Erstattungen)	1.110.000
4.	Sachleistungen an Opfer von Gewalttaten	2.600.000
5.	Aufwendungen für Beweiserhebungskosten im Zusammenhang mit Versorgungsleistungen und nach dem SGB IX	2.400.000
6.	Leistungen an Berechtigte nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	70.000
7.	Leistungen an Berechtigte nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (2. Abschnitt Berufliches Reha-Gesetz)	48.000
8.	Leistungen an Berechtigte nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (3. Abschnitt Berufliches Reha-Gesetz)	60.000
9.	Leistungen an Berechtigte nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (Verwaltungsrechtliches Reha-Gesetz)	28.000
10.	Leistungen nach dem Unterstützungsabschlussgesetz	360.000
11.	Leistungen nach dem Anti-D-Hilfegesetz	440.000
Summe		9.426.000

682 60	299 Erstattung von Fahrgeldausfällen für die Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Nahverkehr	4.266.680	4.385.000	4.940.000
--------	--	-----------	-----------	-----------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Das Land erstattet nach § 148 SGB IX Fahrgeldausfälle an Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs, die verpflichtet sind, bestimmte Gruppen von schwerbehinderten Menschen unentgeltlich zu befördern.
Mehr wegen Erhöhung der durch die Verkehrsunternehmen nachgewiesenen Einnahmen aus dem öffentlichen Personennahverkehr und aufgrund der Durchführung von Verkehrszählungen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 60	14.600.000	15.050.000
-------------------------------------	-------------------	-------------------

TGr. 70 - Integrationsamt - Ausgleichsabgabe

*Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titelgruppe 70 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titelgruppe 70 geleistet werden.
Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.*

631 70	299 Abführung an den Ausgleichsfonds nach dem SGB IX	6.147.697	7.363.000	6.210.000
--------	--	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

45 v. H. des Aufkommens an der Ausgleichsabgabe hat das Integrationsamt an den Ausgleichsfonds weiterzuleiten (§ 77 Abs. 6 SGB IX). Der Anteil errechnet sich aus den Einnahmen bei Titel 111 70.
Weniger wegen geringerer Einnahmen bei Titel 111 70.

632 70	299 Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs zwischen den Integrationsämtern	0	1.790.000	0
--------	--	---	-----------	---

Erläuterungen:

Der Titel dient der Buchung evtl. Zahlungsverpflichtungen des Integrationsamtes im Rahmen des jährlichen Finanzausgleichs entsprechend § 77 Abs. 6 SGB IX.
Weniger wegen niedrigerer Einnahmen aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe (Titel 111 70).

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 060 Kriegsopferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
681 70	299	Zuschüsse an schwerbehinderte Menschen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben aus der Ausgleichsabgabe	414.772	818.000	800.000
Erläuterungen: Leistungen des Integrationsamtes an schwerbehinderte Menschen im Arbeits- und Berufsleben nach § 102 SGB IX und §§ 19 bis 25 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung.					
682 70	299	Kosten für die Durchführung von Aufklärungs-, Schulungs- und Bildungsmaßnahmen aus der Ausgleichsabgabe	98.994	125.000	130.000
Erläuterungen: Leistungen nach § 29 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung zur Durchführung von Aufklärungs-, Schulungs- und Bildungsmaßnahmen für Schwerbehindertenvertretungen und Arbeitgebervertretungen.					
683 70	299	Zuschüsse an Arbeitgeber für die Schaffung von Arbeitsplätzen und zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben aus der Ausgleichsabgabe	2.784.116	1.534.000	3.000.000
Erläuterungen: Zuschüsse an Arbeitgeber durch das Integrationsamt nach § 102 SGB IX und §§ 26 und 27 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung für die Erhaltung, Ausstattung und Unterhaltung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen schwerbehinderter Menschen. Mehr wegen Finanzierung eines Sonderprogramms gem. § 104 (3) SGB IX i. V. m. § 16 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung.					
684 70	299	Leistungen im Rahmen der Förderung gemäß § 30 Schwerbehinderten- Ausgleichsabgabeverordnung	33.672	511.000	500.000
Erläuterungen: Entsprechend § 17 Abs. 1 Satz 2 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung können bei Vorliegen besonderer Umstände Leistungen auch an Träger sonstiger Maßnahmen gewährt werden, wenn diese geeignet sind, die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen oder zu sichern.					
685 70	299	Ausgaben im Rahmen des psychosozialen Dienstes bei der Durchführung begleitender Hilfe im Arbeitsleben	1.384.099	1.447.000	1.483.000
Erläuterungen: Vorgesehen sind Beratung, Betreuung und Vermittlungsangebote im Rahmen der Durchführung der psychosozialen Betreuung schwerbehinderter Menschen nach § 28 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung unter Einbeziehung psychosozialer Dienste bei freien Trägern.					
686 70	299	Zuschüsse an Integrationsunternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen	387.183	660.000	1.456.000
Erläuterungen: Zuschüsse an Integrationsunternehmen durch das Integrationsamt nach § 134 SGB IX für Aufbau, Erweiterung, Modernisierung und Ausstattung von Arbeitsplätzen einschließlich einer betriebswirtschaftlichen Beratung. Mehr wegen höherer Zahl der Förderfälle insbesondere wegen Ausgründungen von geschützten Abteilungen aus Vereinen in freier Trägerschaft und Umwandlung zu Integrationsunternehmen (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 07 070 Titelgruppe 80).					
862 70	299	Darlehen an Integrationsunternehmen	0	0	0
Erläuterungen: Der Titel wird vorsorglich ausgebracht für Darlehen an Integrationsunternehmen für Aufbau, Erweiterung, Modernisierung und Ausstattung von Arbeitsplätzen nach § 134 SGB IX.					
863 70	299	Darlehen aus der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	31.050	256.000	250.000

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 060 Kriegsoferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
863 70

Erläuterungen:

Darlehen zur Schaffung und Erhaltung von behindertengerechten Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen nach § 15 Abs. 1 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung an Arbeitgeber sowie an schwerbehinderte Menschen zur Erlangung oder Erhaltung einer behindertengerechten Wohnung sowie zur wirtschaftlichen Selbständigkeit nach §§ 21 und 22 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung.

891 70	299	Zuschüsse an Integrationsfirmen für Investitionen	776.037	182.000	700.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Vorgesehen sind Investitionen an Integrationsunternehmen nach § 134 SGB IX zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen.
Mehr wegen höherer Zahl der Förderfälle.

892 70	299	Zuschüsse an Arbeitgeber aus der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX für Investitionen	2.077.646	2.761.000	2.760.000
---------------	------------	--	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Zuschüsse für Investitionen für neue Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen (vgl. §§ 15, 26 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung).

893 70	299	Zuschüsse aus der Ausgleichsabgabe für investive Maßnahmen "Werkstätten für behinderte Menschen"	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

919 70	950	Zuführung an die Rücklage der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	10.500.822	3.359.000	5.535.000
---------------	------------	---	-------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Nicht verbrauchte Mittel können einer Rücklage zugeführt werden.
Mehr wegen einer höheren Zuführung an die zu bildende Rücklage wegen der erforderlichen haushaltsmäßigen Absicherung mehrjähriger Maßnahmen (z. B. Finanzierung des Sonderprogrammes).

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	20.806.000	22.824.000
-------------------------------------	-------------------	-------------------

TGr. 80 - Kriegsoferversorgung

Die Ausgaben der Titelgruppe sind über die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz hinaus gegenseitig deckungsfähig.

631 80	247	Erstattungen an den Bund	4.001.123	1.366.200	1.130.200
---------------	------------	---------------------------------	------------------	------------------	------------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils an den Mehreinnahmen bei den Titeln 162 80, 182 80, 233 80, 281 80 und 282 80 geleistet werden.

Erläuterungen:

80 v. H. der Tilgungsbeiträge aus den nach § 25 b Abs. 4 Bundesversorgungsgesetz gewährten Darlehen sowie 80 v. H. der Einnahmen aus Kostenbeiträgen, Wohngeld und übergeleiteten Ansprüchen sind an den Bund abzuführen.
Weniger wegen geringerer Einnahmen aus Kostenbeiträgen, da auf Grund der Auswirkungen der Pflegeversicherung zunehmend mehr Heimbewohner Selbstzahler werden.

681 80	247	Kriegsoferversorgungsleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und in besonderen Fällen	868.099	938.000	900.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils an den Mehreinnahmen bei den Titeln 233 80, 281 80 und 282 80 geleistet werden.
Einnahmen fließen den Ausgaben zu.*

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 060 Kriegsoferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
681 80

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz innerhalb von Einrichtungen	585.000
2.	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz außerhalb von Einrichtungen	315.000
Summe		900.000

863 80	247	Darlehen der Arbeits- und Berufsfürsorge nach § 25 Bundesversorgungsgesetz und Darlehen der Kriegsoferversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz	20.413	0	0
--------	-----	--	---------------	----------	----------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 331 80 geleistet werden.

Erläuterungen:

Darlehen können gewährt werden, wenn dies zur Erreichung des Leistungszwecks ausreichend oder zweckmäßig ist (vgl. § 25 b Abs. 4 Bundesversorgungsgesetz). Nach § 26 Abs. 4 Bundesversorgungsgesetz gehört zur Hilfe der Arbeits- und Berufsfürsorge auch Hilfe zur Gründung und Erhaltung einer eigenen Existenz. Geldleistungen hierfür sollten in der Regel als Darlehen gewährt werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 80			2.304.200	2.030.200
-------------------------------------	--	--	------------------	------------------

TGr. 90 - Kriegsoferversorgung nach Nebengesetzen

Die Ausgaben der Titelgruppe sind über die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz hinaus gegenseitig deckungsfähig.

631 90	247	Erstattungen an den Bund aus Rückflüssen	2.195	0	0
--------	-----	---	--------------	----------	----------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils an den Mehreinnahmen bei den Titeln 119 90, 182 90 und 282 90 geleistet werden.

Erläuterungen:

Anteile des Bundes an den Rückflüssen aus Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz.

681 90	247	Kriegsoferversorgungsleistungen nach Nebengesetzen	739.465	1.300.000	900.000
--------	-----	---	----------------	------------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils an den Mehreinnahmen bei Titel 282 90 geleistet werden. Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Leistungen an Impfgeschädigte	400.000
2.	Geldleistungen an Opfer von Gewalttaten	220.000
3.	Sachleistungen an Opfer von Gewalttaten	260.000
4.	Leistungen an Berechtigte nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	20.000
Summe		900.000

Weniger in Anpassung an die tatsächliche Entwicklung der Fallzahlen.

863 90	247	Darlehen im Rahmen der Kriegsoferversorgung nach Nebengesetzen	18.311	0	0
--------	-----	---	---------------	----------	----------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 331 90 geleistet werden.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 060 Kriegsoferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
863 90

Erläuterungen:

Vorsorglich vorgesehen für Darlehen an Impfgeschädigte und Opfer von Gewalttaten sowie an Anspruchsberechtigte nach dem 1. und 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 90	1.300.000	900.000
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	39.010.200	40.804.200

07
07 060

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
Kriegsopferversorgung und -fürsorge, Soziales Entschädigungsrecht

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
		Abschluss			
		Einnahmen			
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		18.197.900	15.394.900
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.715.600	1.961.500
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		3.843.000	7.994.000
		Gesamteinnahme		23.756.500	25.350.400
		Ausgaben			
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		32.452.200	31.559.200
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		3.199.000	3.710.000
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben		3.359.000	5.535.000
		Gesamtausgabe		39.010.200	40.804.200
		Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-15.253.700	-15.453.800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	234	Gebühren, sonstige Entgelte	2.979	2.500	2.900
--------	-----	-----------------------------	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gebühren, die im Rahmen der Durchführung des Heimgesetzes erhoben werden.

119 10	234	Sonstige Einnahmen	789.589	0	0
--------	-----	--------------------	---------	---	---

119 15 neu	234	Rückflüsse aus Zuwendungen			89.000
---------------	-----	----------------------------	--	--	--------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind sowohl Rückzahlungen von Zuwendungen aus Vorjahren als auch Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung der ausgereichten Zuwendungsmittel.

Aus Titelgruppen	0	0
-------------------------	----------	----------

Summe HGr. 1:	2.500	91.900
---------------	-------	--------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10 neu	292	Zuweisungen des Bundes zur Weiterleitung an die Landkreise und kreisfreien Städte im Rahmen des Grundsicherungsgesetzes			0
---------------	-----	---	--	--	---

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 633 30 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 633 30.

281 10	234	Erstattung von Ausgaben für Sachverständige gemäß § 14 Landespflegeausschussverordnung	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Die Ist-Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Titel 526 20.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 526 20.

Aus Titelgruppen	15.300	54.400
-------------------------	---------------	---------------

Summe HGr. 2:	15.300	54.400
---------------	--------	--------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	235	Zuweisungen des Bundes für Investitionen in Pflegeeinrichtungen gemäß Art. 52 Pflege-Versicherungsgesetz	18.692.343	47.760.000	0
--------	-----	--	------------	------------	---

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 892 60 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 892 60.

382 18	990	Einnahmen aus weiterzuleitenden Spenden	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 982 18 verwendet werden.

07
07 070

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
Förderung der Sozialstruktur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
382 18

Erläuterungen:

Spenden Dritter, die an die Berechtigten weiterzuleiten sind (Durchlaufspenden).

Summe HGr. 3:	47.760.000	0
---------------	------------	---

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 070 Förderung der Sozialstruktur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Einnahmen

TGr. 70 - Leistungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe

182 70	234	Darlehensrückflüsse von Sozialhilfeempfängern	11.097	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

231 70	234	Erstattungen vom Bund für Hilfe für Deutsche im Ausland gem. § 119 Bundessozialhilfegesetz	15.798	15.300	15.800
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen nach § 119 Abs. 7 Bundessozialhilfegesetz.

282 70	234	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz gem. §§ 29 und 43 Bundessozialhilfegesetz	38.613	0	38.600
--------	-----	--	--------	---	--------

Erläuterungen:

Mehr wegen Anpassung an das erzielte Ist 2002.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70	15.300	54.400
-------------------------------------	--------	--------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	15.300	54.400
--	--------	--------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	234	Sachkosten und Honorare für Forschungs- und Planungsaufgaben im Bereich des Sozialwesens	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

526 20	234	Entschädigung von Sachverständigen gemäß § 13 Landespflegeausschussverordnung	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 281 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Entstehende Ausgaben nach § 13 Landespflegeausschussverordnung für die Hinzuziehung beratender Teilnehmer werden nach § 14 Landespflegeausschussverordnung anteilig von den in § 2 Abs. 1 Landespflegeausschussverordnung genannten Organisationen und Institutionen getragen. Entsprechende Einnahmen kommen bei Titel 281 10 auf.

Aus Titelgruppen	0	0
-------------------------	----------	----------

Summe HGr. 5:	0	0
---------------	---	---

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

633 10	234	Kostenerstattungen für Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz	13.041.285	13.439.500	10.594.000
--------	-----	---	------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kostenerstattungen an die Landkreise und kreisfreien Städte für Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz für Blinde und Gehörlose. Weniger wegen Kürzung des zu zahlenden Landespflegegeldes in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse der Landesregierung zum Haushalt 2003 sowie der Umsetzung von Haushaltsmitteln in Höhe von 576.000 EUR nach Kapitel 20 030 Titel 613 16 für bedürftige Blinde, die nunmehr Anspruch auf Blindenhilfe nach dem BSHG erwerben.

633 20	299	Förderung des Ehrenamtes	180.000	0	0
--------	-----	--------------------------	---------	---	---

633 30 neu	292	Zuweisungen an die Landkreise und kreisfreien Städte aus Mitteln des Bundes im Rahmen des Grundsicherungsgesetzes			0
---------------	-----	---	--	--	---

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 231 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Grundsicherungsgesetz) trat zum 01.01.2003 in Kraft. Anspruch auf Leistungen nach diesem Gesetz haben Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben oder das 18. Lebensjahr vollendet haben und voll erwerbsgemindert sind. Träger der Grundsicherung sind die Landkreise und kreisfreien Städte. Der Bund stellt den Ländern jährlich einen Festbetrag zur Verfügung, der für die bei den Landkreisen und kreisfreien Städten entstehenden Mehrausgaben bestimmt ist. Hierzu zählen die Ausgaben, die wegen der Nichtheranziehung unterhaltspflichtiger Personen sowie durch die Feststellung der Erwerbsminderung (Untersuchungskosten) entstehen und die Ausgaben für einmalige Leistungen für den begünstigten Personenkreis. Die Zuweisungen des Bundes werden bei Titel 231 10 vereinnahmt und über Titel 633 30 an die Landkreise und kreisfreien Städte weitergeleitet.

633 40 neu	292	Zuweisungen an die Landkreise und kreisfreien Städte aus Mitteln des Landes im Rahmen des Grundsicherungsgesetzes			0
---------------	-----	---	--	--	---

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der bei Titelgruppe 70 aufgrund der Einführung des Grundsicherungsgesetzes entstehenden Einsparungen geleistet werden.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
633 40

Erläuterungen:

Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz (GSiG) sind auch dann zu gewähren, wenn die nach dem GSiG Anspruchsberechtigten zugleich Hilfen nach dem Bundessozialhilfegesetz (Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe) in stationären Einrichtungen erhalten. Allerdings werden in diesen Fällen die Grundsicherungsleistungen in vollem Umfang auf die Sozialhilfeleistungen angerechnet. Dies führt dazu, dass bei den Trägern der Grundsicherung (Landkreise und kreisfreie Städte) Mehrausgaben und beim Kostenträger der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe (Land) im Rahmen der Kostenerstattung nach § 4 Abs. 2 Gesetz zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes in entsprechender Höhe Einsparungen entstehen. Um diese vom Bundesgesetzgeber nicht beabsichtigte Wirkung zu vermeiden, wird den Trägern der Grundsicherung maximal die im Landeshaushalt entstehende Entlastung weitergereicht. Die Zuweisung soll in Form einer Pauschale erfolgen, die auf der Grundlage der für das Jahr 2003 erzielten Rechnungsergebnisse festgelegt wird.

636 10 234 **Kostenerstattung an Krankenkassen** 1.518.570 1.373.900 1.516.000

Erläuterungen:

Grundlage der Erstattung ist Artikel 5 des Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetzes vom 21.08.1995 (BGBl. I Seite 1050), das zum 01.01.1996 in Kraft trat. Das Land Brandenburg erstattet den gesetzlichen Krankenkassen die ihnen durch dieses Gesetz entstehenden Kosten. Es handelt sich um die Erstattung von Kosten für Schwangerschaftsabbrüche (ca. 4.500 Fälle x 337 EUR durchschnittliche Kosten je Fall). Mehr wegen Anstiegs der Anzahl der Fälle und der Durchschnittskosten pro Fall.

684 11 236 **Zuschüsse an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und Landesverbände im sozialen Bereich** 1.999.979 1.750.000 1.400.000

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 2.800.000

davon fällig:

2005 bis zu 1.400.000

2006 bis zu 1.400.000

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		920.300		920.300
2005			1.400.000	1.400.000
2006			1.400.000	1.400.000
2007				
2008 ff.				
Summen		920.300	2.800.000	3.720.300

Erläuterungen:

Das Land ist nach § 10 Abs. 3 Bundessozialhilfegesetz i. V. m. § 17 Abs. 3 Sozialgesetzbuch 1. Buch verpflichtet, Verbände der Freien Wohlfahrtspflege bei ihrer sozialen Tätigkeit zu unterstützen. Gefördert werden:

	2004 EUR
1. Personalkosten für die Anleitungs- und Koordinierungstätigkeiten der Spitzenverbände bei Projekten der nichtregelfinanzierten sozialen Arbeit	1.305.000
2. Verbandsaufgaben der Landesverbände	95.000
Summe	1.400.000

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 070 Förderung der Sozialstruktur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
684 11

Weniger wegen Neustrukturierung der Spitzenverbandsförderung.

684 12	236	Förderung von Projekten im sozialen Bereich	653.690	600.000	600.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **260.000**

davon fällig:

2005 bis zu 260.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		143.200		143.200
2005			260.000	260.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		143.200	260.000	403.200

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen zur:

	2004 EUR
1. Förderung sozialer Aufgaben, insbesondere der Entwicklung und Erprobung neuer Methoden oder Konzeptionen und der Weiterentwicklung bestehender Methoden oder Konzeptionen der Sozialarbeit	150.000
2. Fortbildung von Fachkräften der sozialen Arbeit, Tagungen und Informationsveranstaltungen	16.000
3. Förderung von Projekten zur ehrenamtlichen und freiwilligen Arbeit älterer Menschen und von Projekten im Bereich der Seniorenarbeit, insbesondere der Brandenburgischen Seniorenwoche.	74.600
4. Integration von Zuwanderern	210.400
5. Sozialen Integration von Behinderten	149.000
Summe	600.000

684 14	246	Zuschuss an den Bund der Vertriebenen	50.000	20.000	20.000
---------------	------------	--	---------------	---------------	---------------

684 17	244	Zuschüsse an die Stiftung "Hilfe für Opfer der NS-Willkürherrschaft"	549.330	641.500	641.500
---------------	------------	---	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind vorgesehen für Leistungen der gemeinsamen Stiftung "Hilfe für Opfer der NS-Willkürherrschaft" der Länder Berlin und Brandenburg an Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 070 Förderung der Sozialstruktur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
684 17

					2004 EUR
1.		Laufende Leistungen an 215 Anspruchsberechtigte			402.000
2.		Neubeginnende laufende Leistungen an 6 Anspruchsberechtigte			1.100
3.		Einmalige Leistungen an 144 Anspruchsberechtigte			220.400
4.		Anteilige Verwaltungskosten			18.000
		Summe			641.500

684 18	234	Zuschüsse an anerkannte Betreuungsvereine im Zusammenhang mit der Umsetzung des Betreuungsgesetzes	642.535	0	0
---------------	------------	---	----------------	----------	----------

Aus Titelgruppen			318.439.700	322.216.200
-------------------------	--	--	--------------------	--------------------

Summe HGr. 6:			336.264.600	336.987.700
----------------------	--	--	--------------------	--------------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

893 10	236	Zuschüsse für Investitionen an freie Träger von Einrichtungen zur beruflichen Rehabilitation	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Aus Titelgruppen			47.810.500	0
-------------------------	--	--	-------------------	----------

Summe HGr. 8:			47.810.500	0
----------------------	--	--	-------------------	----------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 18	990	Ausgaben zur Weiterleitung von Spenden Dritter an die Berechtigten	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 382 18 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Spenden Dritter, die an die Berechtigten weiterzuleiten sind (Durchlaufspenden).

Summe HGr. 9:			0	0
----------------------	--	--	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Durchführung des Investitionsprogramms Pflege gem. Artikel 52 PflegeVG und kurzfristig notwendige Investitionsmaßnahmen zur Förderung sozialer Einrichtungen, insbesondere von voll- und teilstationären Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen

Ausgaben bei Titel 892 60 dürfen nur in Höhe der bei Titel 331 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Die Ausgaben bei Titel 663 60 sind übertragbar.

Einsparungen bei Titel 663 60 dienen bis zur Höhe von 100.000 EUR zur Deckung von Ausgaben bei Titel 526 60 für Rechtsstreitigkeiten gegen das Land einschließlich damit verbundener Vergleichsverhandlungen.

Erläuterungen:

Aufgrund des Artikels 52 Pflege-Versicherungsgesetz (PflegeVG) hat die Landesregierung ein Investitionsprogramm Pflege (IVP) aufgelegt. Die Förderung richtet sich nach §§ 4 und 5 Landespflegegesetz vom 27. Juni 1995 (GVBl. I S. 130/131), der Pflegeinvestitionsverordnung vom 13. März 1996 (GVBl. II S. 245), der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zu Investitionsmaßnahmen im Rahmen des Investitionsprogramms Pflege des Landes Brandenburg (Amtsblatt für Brandenburg - Nr. 23 vom 23. Mai 1996) in den jeweils geltenden Fassungen und den vom Kabinett am 13. August 1996, zuletzt geändert am 23. Mai 2002, beschlossenen Grundsätzen zum IVP.

Danach sind zur Bewilligung vorgesehen:

- bis zum Jahr 2002 10.585 Plätze in Altenpflegeheimen (darunter bis zu 40 Plätze in stationären Hospizen), 1.800 Plätze des Betreuten Wohnens im Heim, 906 Plätze für Tagespflege, 621 Plätze für Kurzzeitpflege,

- bis zum Jahr 2004 3.072 stationäre Plätze für erwachsene Geistigbehinderte, Mehrfachbehinderte und Schwerstkörperbehinderte, 283 teilstationäre Plätze für erwachsene Behinderte (Förder- und Beschäftigungsbereiche), 406 stationäre Plätze für behinderte Kinder und Jugendliche, 2.463 Plätze in Werkstätten für Behinderte, 13 Sonderkita-Plätze für behinderte Kinder und Jugendliche, 736 stationäre Plätze für psychisch Kranke und chronisch mehrfach-geschädigte Abhängigkeitskranke.

Die Durchführung der einzelnen Maßnahmen dauert in der Regel 2 Jahre.

Nach Maßgabe der vorgenannten Regelungen können im Rahmen des Landesanteils auch gefördert werden:

- Planungskosten im Zusammenhang mit Umplanungen, Zurückstellung oder Nichtrealisierung von Vorhaben, sofern die Vorhaben Bestandteil des Landes-Altenpflegeheim-Bauprogramms (LAB) waren, die Gründe für die Umplanung, Zurückstellung oder Nichtrealisierung vom Träger nicht verschuldet und die Kosten der Höhe nach wirtschaftlich und sparsam bemessen sind - i. H. v. insgesamt 4,1 Mio. EUR,

- zeitlich befristete Anlaufkosten für Fälle, in denen die Einrichtungen nach Inbetriebnahme bis zur Vollbelegung aus von ihnen nicht zu vertretenden Gründen keine ausreichende Deckung der Betriebskosten erzielen können sowie Umstellungskosten - i. H. v. insgesamt 3,4 Mio. EUR,

- Ergänzungsinvestitionen im Altenpflegebereich in Fällen, in denen im Rahmen von Umplanungen der Pflegesätze der alten Stufen I und II wegen der fortgeschrittenen Vorhabendurchführung Baustandards nicht mehr reduziert werden konnten oder Wohnraum des Betreuten Wohnens mit vollpflegefähiger Ausstattung gebaut wurde - i. H. v. 7,7 Mio. EUR,

- standortbedingte Sonderkosten, sofern das Vorhaben vor Beginn der Durchführung mit dem MASGF abgestimmt war bzw. die Gründe für die Sonderkosten zur Durchführung zwingend notwendig waren und sie der Höhe nach wirtschaftlich und sparsam bemessen sind und

- kleinere Sanierungen bei Wohnstätten für Behinderte sowie bei Einrichtungen für chronisch psychisch Kranke und Abhängigkeitskranke i. H. v. insgesamt 6,1 Mio. EUR.

Zwischen den Positionen sind Verschiebungen unter Beachtung des gesamten Investitionsanteils des Landes möglich.

An der Finanzierung des Investitionsprogramms beteiligt sich der Bund gemäß Art. 52 PflegeVG in den Jahren 1995-2002 mit rd. 66,3 Mio. EUR/Jahr (insgesamt rd. 530 Mio. EUR), das Land mit insgesamt rd. 606 Mio. EUR, die kommunalen Gebietskörperschaften (nur beim Betreuten Wohnen) mit rd. 17 Mio. EUR, die Träger mit rd. 155 Mio. EUR und der Bund mit Mitteln aus dem Ausgleichsfonds mit rd. 56 Mio. EUR. Insgesamt beträgt das Fördervolumen rd. 1,36 Mrd. EUR. Die zur Ausfinanzierung der bewilligten Projekte erforderlichen Bundesmittel werden bei Titel 331 10 vereinnahmt und bei Titel 892 60 verausgabt.

Die vom Land aufzubringenden Komplementärmittel an den vom Bund mitfinanzierten Investitionsmaßnahmen gemäß Art. 52 PflegeVG und Ausgleichsfonds sowie die vom Land darüber hinaus bereitgestellten Mittel für Einrichtungen werden durch die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) finanziert. Die der ILB entstehenden Refinanzierungskosten (Zinsen und Tilgung) werden vom Land erstattet; die Ausgaben sind bei Titel 663 60 veranschlagt, wobei die Veranschlagung von einem Refinanzierungszeitraum von 25 Jahren ausgeht.

Mit der Programmdurchführung wurde die ILB beauftragt. Die ILB erhält gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag ein Entgelt in Höhe von bis zu 2 % des bewilligten Zuwendungsbetrages, das in den Ausgaben bei Titel 663 60 enthalten ist. Ferner werden der ILB aus diesem Titel die Kosten erstattet, die ihr durch Rechtsstreitigkeiten entstehen, deren Ursachen nicht in der Tätigkeit der ILB als

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Bewilligungsstelle liegen, sondern durch Rechtssetzungen, Planungen und fachliche Weisungen des MASGF verursacht worden sind. Zu diesen Kosten gehören insbesondere Prozesskosten, Anwaltskosten sowie Schadenersatzansprüche, die sich gegen die ILB richten.

427 60	235	Vergütungen und Löhne für Aushilfen	0	0	0
526 60	235	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	2.973	0	0
547 60	235	Nicht aufteilbare Sachausgaben	364.135	0	0
663 60	235	Zuweisungen an die Investitionsbank des Landes Brandenburg zur Durchführung des Investitionsprogramms Pflege gem. Artikel 52 Pflege-Versicherungsgesetz	33.122.161	38.000.000	40.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	46.895.800	2.658.700		49.554.500
2005	46.895.800	2.658.700		49.554.500
2006	46.895.800	2.658.700		49.554.500
2007	46.951.000	2.658.700		49.609.700
2008 ff.	718.581.300	55.832.700		774.414.000
Summen	906.219.700	66.467.500		972.687.200

Erläuterungen:

Aus den veranschlagten Mitteln können im Rahmen des § 3 Abs. 4 und 5 der Pflegeinvestitionsverordnung Zuschüsse für Entgelte für Miete, Pacht, Nutzung oder Mitbenutzung von Gebäuden oder sonstigen Anlagegütern oder Zuschüsse für Belastungen aus Darlehen gewährt werden.

892 60	235	Zuweisungen des Bundes für Investitionen in Pflegeeinrichtungen gemäß Art. 52 Pflege-Versicherungsgesetz	18.692.343	47.760.000	0
--------	-----	--	------------	------------	---

Erläuterungen:

Nach Artikel 52 Pflege-Versicherungsgesetz leistete der Bund in den Jahren 1995 bis 2002 an das Land Brandenburg jährliche Finanzhilfen in Höhe von 66.263.500 EUR zur Förderung von Investitionsmaßnahmen in Pflegeeinrichtungen sowie für Pflegebereiche und Pflegeabteilungen in Einrichtungen der Behindertenhilfe i. S. d. §§ 43 a, 71 Abs. 2 und 4 Sozialgesetzbuch 11. Buch. Die Finanzhilfen sind dazu zu verwenden, die für den Betrieb von Pflegeeinrichtungen notwendigen Gebäude und sonstigen abschreibungsfähigen Anlagegüter herzustellen, anzuschaffen, wiederzubeschaffen, zu ergänzen, instandzuhalten oder instandzusetzen sowie die Erstausrüstung mit den betriebsnotwendigen Wirtschaftsgütern zu finanzieren. Die Bewilligung der Projekte nach Art. 52 Pflege-Versicherungsgesetz wurde im Jahr 2002 abgeschlossen. Da die Durchführung der Maßnahmen i. d. R. zwei Jahre dauert, ist der Abruf der Bundesmittel zur Ausfinanzierung der bewilligten Maßnahmen weiterhin zugelassen. Die bisher noch nicht abgerufenen Bundesmittel werden über entsprechende Leertitel bei Titel 331 10 vereinnahmt und bei Titel 892 60 verausgabt.

Weniger, da die Höhe der aufkommenden Bundesmittel nicht bezifferbar ist.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(893 60)	236	Zuschüsse für die behindertengerechte Ausstattung von Wohnungen	0	0	0
----------	-----	---	---	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 85.760.000 40.000.000

TGr. 70 - Leistungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe

Einsparungen aufgrund der Einführung des Grundsicherungsgesetzes dienen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 633 40.

531 70 234 **Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation** 0
neu

Ausgaben dürfen bis zu 300.000 EUR der Einsparungen bei Titel 633 70 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorgesehen sind Ausgaben für die wissenschaftliche Begleitung der Umsetzung des Ausführungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetz (AG-BSHG), des Weiteren für Aufgaben gem. § 2a Abs. 2 Nr. 1 AG-BSHG sowie darüber hinaus für die Erstellung und Veröffentlichung von Landessozialberichten.
Mit der wissenschaftlichen Begleitung soll eine Optimierung der Hilfebedarfsplanung und damit mittelfristig eine Einsparung bei der Kostenerstattung an die örtlichen Sozialhilfeträger erreicht werden.

632 70 234 **Kostenerstattungen nach § 103 Bundessozialhilfegesetz** 1.927.259 4.878.100 2.425.000

Erläuterungen:

Nach § 103 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) erstattet der überörtliche Träger der Sozialhilfe den örtlichen Trägern der Sozialhilfe seines Zuständigkeitsbereiches Kosten für die Unterbringung in einer Einrichtung für Hilfeempfänger, denen im Geltungsbereich des BSHG kein gewöhnlicher Aufenthalt nachgewiesen werden kann.
Des Weiteren sind Mittel vorgesehen, die an sonstige in Vorleistung getretene Sozialhilfeträger unter den Voraussetzungen des § 97 Abs. 2 BSHG i. V. m. § 2 Abs. 3 Sozialgesetzbuch, 10. Buch zu erstatten sind. Die Verpflichtung zur Erstattung dieser Kosten ist durch entsprechende rechtskräftige Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes festgestellt worden.
Weniger wegen nicht anerkannter Fälle gemäß § 103 BSHG.

633 70 234 **Kostenerstattungen an örtliche Sozialhilfeträger nach § 4 Abs. 2 Ausführungsgesetz zum Bundessozialhilfegesetz** 275.392.958 274.142.100 279.074.000

Einsparungen bis zur Höhe von 300.000 EUR dienen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 531 70.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier Kostenerstattungen an die Landkreise und kreisfreien Städte nach § 4 Abs. 2 Ausführungsgesetz zum Bundessozialhilfegesetz (AG-BSHG) in der ab 01.01.2003 geltenden Fassung. Danach erstattet das Land die Nettoausgaben der örtlichen Träger der Sozialhilfe für Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege und die Hilfe für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten sowohl für den stationären und teilstationären Bereich; ausgenommen sind Leistungen, die nicht als Einzelfallhilfe gewährt werden. In Ausnahmefällen können gem. § 4 Abs. 3 AG-BSHG auch für den ambulanten Bereich im Rahmen von Modellvorhaben Kosten erstattet werden, wenn diese dazu dienen, stationäre Kosten im Einzelfall zu ersetzen. Folgende Kostenerstattungen sind vorgesehen:

		2004 EUR
1.	Hilfe zur Pflege (stationär und teilstationär)	21.200.000
2.	Eingliederungshilfe (stationär)	163.600.000
3.	Eingliederungshilfe (teilstationär)	91.764.000
4.	Hilfe nach § 72 Bundessozialhilfegesetz	860.000
5.	Hilfen nach § 100 Abs. 1 Nr. 2 und 6 Bundessozialhilfegesetz	250.000
6.	Widerspruchs- und Klageverfahren	1.400.000
Summe		279.074.000

681 70 234 **Leistungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe** 674.174 929.500 454.200

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für:

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 070 Förderung der Sozialstruktur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
681 70

			2004 EUR
1.	Hilfe für Deutsche im Ausland nach § 119 Bundessozialhilfegesetz i. V. m. § 2 a Ausführungsgesetz zum Bundessozialhilfegesetz		220.000
2.	Kosten für die öffentlich-rechtliche Unterbringung nach § 35 Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz i. V. m. § 2 a Ausführungsgesetz zum Bundessozialhilfegesetz		234.200
Summe			454.200

Weniger wegen Fallzahlrückgangs.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70	279.949.700	281.953.200
-------------------------------------	--------------------	--------------------

TGr. 80 - Zuschüsse für die Beschäftigung schwerbehinderter Arbeitnehmer in geschützten Abteilungen

Erläuterungen:

Weniger wegen Erschließung neuer Fördermöglichkeiten für Integrationsunternehmen gemäß §§ 132 ff. SGB IX aus Mitteln der Ausgleichsabgabe. Hierzu sind durch die bisherigen Träger der geschützten Abteilungen Integrationsunternehmen zu gründen (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 07 060 Titel 686 70). Die bei Titel 683 80 veranschlagten Mittel dienen der Finanzierung von Integrationsabteilungen in privaten Unternehmen, für die gemäß §§ 132 ff. SGB IX eine Förderung aus Mitteln der Ausgleichsabgabe der Länder nicht zulässig ist.

683 80	253 Zuschüsse an private Unternehmen	250.956	348.200	263.000
684 80	253 Zuschüsse an sonstige Träger	127.783	141.800	0
892 80	253 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	25.200	0
893 80	253 Zuschüsse für Investitionen an sonstige Träger	0	25.300	0

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80	540.500	263.000
-------------------------------------	----------------	----------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	366.250.200	322.216.200
---	--------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				2.500	91.900
HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				15.300	54.400
HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				47.760.000	0
Gesamteinnahme				47.777.800	146.300
Ausgaben					
HGr. 4 Personalausgaben				0	0
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst				0	0
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				336.264.600	336.987.700
HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen				47.810.500	0
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben				0	0
Gesamtausgabe				384.075.100	336.987.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)				-336.297.300	-336.841.400

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 080 Frauenförderung, Gleichstellung, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	299	Sonstige Einnahmen	0	199.400	0
--------	-----	---------------------------	---	---------	---

Erläuterungen:

Weniger nach Umsetzung von 10.000 EUR nach Titel 119 15 und in Anpassung an die tatsächlichen Einnahmen.

119 15 neu	299	Rückflüsse aus Zuwendungen	9.229		10.000
---------------	-----	-----------------------------------	-------	--	--------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind sowohl Rückzahlungen von Zuwendungen aus Vorjahren als auch Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung von Zuwendungen.
Mehr nach Umsetzung von Titel 119 10.

Summe HGr. 1:			199.400	10.000
---------------	--	--	---------	--------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 080 Frauenförderung, Gleichstellung, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 65 - Förderung von Frauen, Gleichstellung und Familie

Einsparungen bei Titeln der HGr. 6 dienen bis zur Höhe von 5.000 EUR zur Deckung von Mehrausgaben bei den Titeln der HGr. 5.

Ausgaben bei Titel 893 65 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Titeln der HGr. 6 geleistet werden.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Aus den Mitteln dieser Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

526 65	299	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	5.880	9.800	9.800
---------------	-----	---	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für ein familienpolitisches Gutachten sowie für Vorarbeiten zum 4. Landesgleichstellungsbericht gemäß § 26 Landesgleichstellungsgesetz.

541 65	299	Durchführung von Veranstaltungen, Fortbildungs- und Informationstagungen	2.438	14.300	10.200
---------------	-----	---	--------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Die Mittel sind für folgende Maßnahmen vorgesehen:

1. Veranstaltung zum Frauentag
2. Fachtagungen zu folgenden politischen Schwerpunkten:
 - Gleichstellung von Mann und Frau
 - Gender-Mainstreaming
 - außerschulische Mädchenarbeit
 - Schwule-Lesben
 - Mentoring
 - Gewalt gegen Frauen
 - Schwangerschaftskonflikt
 - Familienpolitik
 - Bundeserziehungsgeldgesetz

546 65 neu	299	Sonstiges			0
-----------------------	-----	------------------	--	--	----------

633 65	299	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte	22.360	76.700	900.000
---------------	-----	--	---------------	---------------	----------------

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **300.000**

davon fällig:

2005 bis zu 300.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 080 Frauenförderung, Gleichstellung, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
633 65

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004				
2005			300.000	300.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen			300.000	300.000

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen zur Förderung von Hilfsangeboten für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder sowie zur Förderung von Frauenhäusern, Zufluchtswohnungen und Beratung (Projektförderung).

Mehr nach Umsetzung von 900.000 EUR von Titel 684 65.

681 65	299 Zuschüsse an natürliche Personen	0	0	0
683 65	299 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	0	0
684 65	299 Zuschüsse an freie Träger	2.603.491	2.215.000	906.000

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: **450.000**

davon fällig:

2005 bis zu 450.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		750.000		750.000
2005			450.000	450.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		750.000	450.000	1.200.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
684 65

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von:

1. Familien
2. Organisationen und Verbänden der Frauenpolitik
3. Projekten zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und zur Hilfe für Opfer von Menschenhandel
4. lesbisch-schwulen Interessenvertretungen
5. außerschulischer Mädchenarbeit (Projektförderung)

Weniger nach Umsetzung von 900.000 EUR nach Titel 633 65 und in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

685 65	299	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
686 65	299	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
893 65	299	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 65	2.315.800	1.826.000
-------------------------------------	-----------	-----------

TGr. 70 - Schwangerschaftsberatungsstellen/Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz vom 21.08.1995 (BGBl. I S. 1050).

633 70	299	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für laufende Zwecke	263.565	274.900	274.900
--------	-----	---	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Sach- und Personalkosten der Beratungsstellen für Familienplanung, Sexualaufklärung und Schwangerschaft/Schwangerschaftskonflikt gem. §§ 3 und 8 Schwangerschaftskonfliktgesetz in kommunaler Trägerschaft (Projektförderung).

684 70	299	Zuschüsse an freie Träger für laufende Zwecke	3.308.780	3.325.100	3.325.500
--------	-----	---	-----------	-----------	-----------

Verpflichtungsermächtigung:

2004
EUR

Betrag: 1.000.000

davon fällig:

2005 bis zu 1.000.000

2006 bis zu

2007 bis zu

2008 ff bis zu

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
684 70

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004		1.000.000		1.000.000
2005			1.000.000	1.000.000
2006				
2007				
2008 ff.				
Summen		1.000.000	1.000.000	2.000.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Sach- und Personalkosten der Beratungsstellen für Familienplanung, Sexualaufklärung und Schwangerschaft/Schwangerschaftskonflikt gem. §§ 3 und 8 Schwangerschaftskonfliktgesetz in freier Trägerschaft (Projektförderung). Die Geschäftsstelle des Landesverbandes von Pro Familia e. V. wird mit einem Zuschuss zu den Personal- und Sachkosten gefördert (Projektförderung).

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 **3.600.000** **3.600.400**

TGr. 95 - Schuldnerberatungsstellen im Rahmen der Insolvenzordnung

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von Sach- und Personalkosten der anerkannten Beratungsstellen für die Insolvenzberatung gemäß § 8 des Artikels 1 des Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung und zur Anpassung von Rechtsvorschriften an die Insolvenzordnung vom 26.11.1998 (GVBl. I S. 218) sowie der Verordnung über die Finanzierung der Beratung durch geeignete Stellen im Verbraucherinsolvenzverfahren vom 20.06.2001 (GVBl. II S. 205) in den jeweils geltenden Fassungen.

633 95	299 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für laufende Zwecke	1.139	0	0
684 95	299 Zuschüsse an freie Träger für laufende Zwecke	204.958	472.600	522.600

Erläuterungen:

Mehr wegen steigender Anzahl von Fällen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 95 **472.600** **522.600**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **6.388.400** **5.949.000**

07
07 080

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
Frauenförderung, Gleichstellung, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			199.400	10.000
Gesamteinnahme			199.400	10.000
Ausgaben				
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			24.100	20.000
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			6.364.300	5.929.000
HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			0	0
Gesamtausgabe			6.388.400	5.949.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-6.189.000	-5.939.000

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 110 Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	054	Gebühren, sonstige Entgelte	734.950	708.800	680.000
--------	-----	-----------------------------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Erhebung von Gerichtskosten gemäß § 12 Arbeitsgerichtsgesetz.
Weniger in Anpassung an die tatsächlich erwarteten Einnahmen.

119 10	054	Sonstige Einnahmen	3.441	300	1.000
--------	-----	--------------------	-------	-----	-------

132 10	054	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Summe HGr. 1:	709.100	681.000
---------------	---------	---------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

359 10	950	Entnahme aus der Rücklage	84.785	0	0
--------	-----	---------------------------	--------	---	---

Summe HGr. 3:	0	0
---------------	---	---

07
07 110 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen**
Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

359 99	950	Entnahme aus der Rücklage	0	0	0
---------------	-----	----------------------------------	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	0	0
-------------------------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0
--	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

412 00	054	Entschädigungen für ehrenamtliche Richter	203.134	208.900	204.000
--------	-----	---	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Die ehrenamtlichen Richter erhalten Entschädigungen nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter in der Fassung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I Seite 1753), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 13. Juli 2001 (BGBl. I. Seite 1542)

422 10	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	3.453.811	3.072.000	3.797.200
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

			2004 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Leistungen		3.797.200
2.	Aufwandsentschädigung		
3.	Sonstige Leistungen		
Summe			3.797.200

Mehr durch die Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Lfb.	2003	2004
Präsident des Landesarbeitsgerichts	R6	hD	1	1
Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht	R3	hD	6	6
Vizepräsident des Landesarbeitsgerichts	R3	hD	1	1
Direktor des Arbeitsgerichts	R2	hD	7	7
Richter am Arbeitsgericht -als der ständige Vertreter eines Direktors (an einem Arbeitsgericht)-	R2	hD	3	3
Richter am Arbeitsgericht	R1	hD	39	37
Regierungsrat	A13	hD	1	1
Regierungsoberratsrat	A13	gD	1	1
Regierungsamtsrat	A12	gD	2	2
Regierungsamtmann	A11	gD	5	5
Regierungsobersinspektor	A10	gD	6	6
Regierungsinspektor	A9	gD	3	3
Regierungsamtsinspektor	A9	mD	1	1
Regierungshauptsekretär	A8	mD	3	3
Regierungsoberssekretär	A7	mD	1	1
Regierungssekretär	A6	mD	2	2
Zusammen:			82	80
Leerstellen:				
Richter am Arbeitsgericht	R1	hD	1	7
Zusammen:			1	7

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
422 10

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

2	R1 hD Richter am Arbeitsgericht	Umsetzung nach 07 120 / 422 10
2	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen	
2	Stellen Abgänge insgesamt	
-2	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

1	R1 hD Richter am Arbeitsgericht	Zugang wegen befristeter Abordnung zum BMI
3	R1 hD Richter am Arbeitsgericht	Zugang gem. § 13 Abs. 3 und 4 HG 2002/2003
1	R1 hD Richter am Arbeitsgericht	Zugang gem. § 13 Abs. 3 HG 2002/2003
5	Zugänge neue Stellen	
Zugänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres		
1	R1 hD Richter am Arbeitsgericht	Zugang wegen befristeter Abordnung zum EugH
1	Zugänge Haushaltsvollzug	
6	Stellen Zugänge insgesamt	
6	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

422 25 011 Bezüge aus weggefallenen Planstellen (Personalüberhang) 0 0 0

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 1 § 2 Abs. 2 des Haushaltsstrukturgesetzes 2000 sind Personalausgaben für Dienstkräfte, deren Planstellen und Stellen weggefallen sind (Personalüberhang), in den Haushaltsplänen gesondert nachzuweisen.

425 10 054 Vergütungen der Angestellten 3.190.753 2.965.600 3.508.000

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der	
1.1	- außertariflichen Angestellten	
1.2	- tariflichen Angestellten	3.508.000
1.3	- Auszubildenden	
2.	Aufwandsentschädigung	
3.	Sonstige Leistungen	
Summe		3.508.000

Mehr durch die Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2003	2004
III	gD	1	0
Vb	gD	3	3
Vc	mD	27	27
VIb	mD	32	32
VII-IXb	mD	37	36
davon kw: 7 im Jahr 2005 wegen PEK			
gesperrt: 3 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004			
VIII	eD	2	0
Zusammen:		102	98

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
425 10

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

1	III gD	gegen Einrichtung von neuen Stellen
1	VII-IXb mD	gegen Einrichtung von neuen Stellen
2	VIII eD	gegen Einrichtung von neuen Stellen
4	Sonstige Abgänge	
4	Stellen Abgänge insgesamt	
-4	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

425 25 011 Vergütungen aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang) 0 0 0

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 1 § 2 Abs. 2 des Haushaltsstrukturgesetzes 2000 sind Personalausgaben für Dienstkräfte, deren Planstellen und Stellen weggefallen sind (Personalüberhang), in den Haushaltsplänen gesondert nachzuweisen.

426 10 054 Löhne der Arbeiter 33.001 30.400 36.300

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Löhne einschl. Zuschläge, Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Umlagen zur zusätzlichen Altersversorgung der	
1.1	- Arbeiter	36.300
1.2	- Auszubildenden	
2.	Aufwandsentschädigung	
3.	Sonstige Leistungen	
Summe		36.300

Mehr durch die Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenübersicht:

	2003	2004
MTL 4	1	1
Zusammen:	1	1

426 25 011 Löhne aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang) 0 0 0

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 1 § 2 Abs. 2 des Haushaltsstrukturgesetzes 2000 sind Personalausgaben für Dienstkräfte, deren Planstellen und Stellen weggefallen sind (Personalüberhang), in den Haushaltsplänen gesondert nachzuweisen.

427 20 054 Vergütungen und Löhne für Aushilfen 0 0 0

453 10 054 Trennungsgeld, Umzugsvergütung 1.409 1.800 1.300

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Trennungsgeld	1.300
2.	Umkzugskostenvergütungen	0
3.	Auslandsbeschäftigungsvergütungen	0
Summe		1.300

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen**
07 110 **Arbeitsgerichtsbarkeit**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 4: **6.278.700** **7.546.800**

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	179.896	150.800	150.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Geschäftsbedarf	49.500
2. Bücher, Zeitschriften	53.000
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	47.000
4. Sonstiges	500
Summe	150.000

511 20	054	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	373.832	416.800	355.000
---------------	------------	---	----------------	----------------	----------------

Einnahmen aus Auslagen in Rechtssachen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Postgebühren	303.800
2. Mobilfunkanschlüsse	0
3. Fernmeldegebühren	51.200
4. Sonstiges	0
Summe	355.000

	2004 EUR
Bruttobetrag der Postgebühren	393.800
Erstattung Dritter	-90.000
Summe	303.800

Weniger in Anpassung an den Bedarf bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004..

514 10	054	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	407	3.800	3.800
---------------	------------	--	------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	3.200
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	600
3. Verbrauchsmittel	0
4. Sonstiges	0
Summe	3.800

Die Finanzierung regelt sich nach der gemeinsamen Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Justiz und dem MASGF vom 30.09.1994 über die Amtstracht bei den Gerichten (JMBl. Seite 132).

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
514 10

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2003		Soll 2004	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
PKW	1	0	1	1
Zusammen	1	0	1	1

517 10 054 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume 102.359 91.800 103.000

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Heizung	12.000
2. Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	12.000
3. Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	63.000
4. Grundbesitzabgaben	0
5. Bewachungskosten	0
6. Sonstiges	16.000
Summe	103.000

- verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 2.884 qm Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche,
- gemietete oder gepachtete bauliche Anlagen oder Räume mit insgesamt 2.742 qm Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche, soweit die Bewirtschaftungskosten nicht Gegenstand des Mietvertrages und bei Titel 518 10 zu veranschlagen sind.
Mehr in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

518 10 054 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume 389.135 349.100 375.900

Erläuterungen:

Bezeichnung	Haupt-und Nebenfläche in qm	Jahresmiete 2004
1. Arbeitsgericht Eberswalde	759	85.400
2. Arbeitsgericht Neuruppin	1.062	128.300
3. Arbeitsgericht Senftenberg	921	162.200
Zusammen	2.742	375.900

518 20 054 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge 4.827 15.300 15.300

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Mieten für Maschinen und Geräte	15.300
2. Mieten für Software	0
3. Mieten für Rechenzeiten	0
Summe	15.300

Ausstattung aller Arbeitsgerichte im Land Brandenburg mit 11 Kopiergeräten.

518 30 054 Leasing von Dienstkraftfahrzeugen 0 0 2.600

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 110 Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
518 30

Erläuterungen:

		2003	2004	
Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge			vorhanden	neu
PKW		0	1	1
Zusammen		0	1	1

519 10 054 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen 1.299 1.500 4.300

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	3.550
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	750
Summe		4.300

525 10 054 Aus- (und Fort)bildung 25.429 18.500 18.500

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Aus- (und Fort)bildung	18.500
2.	Lehr- und Lernmittel	0
Summe		18.500

525 20 054 Aus- (und Fort)bildung ehrenamtlicher Richter 2.400 2.400 2.400

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Aus- (und Fort)bildung	2.400
2.	Lehr- und Lernmittel	0
Summe		2.400

Fortbildungsbedarf gemäß Artikel 110 Abs. 2, Satz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg.

527 10 054 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen 2.971 3.600 3.600

527 20 054 Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten 188 1.500 1.500

532 10 054 Auslagen in Rechtssachen 1.061.451 1.022.600 1.250.000

Erläuterungen:

Ausgaben für Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte in Prozesskostenhilfesachen, Entschädigungen für Zeugen, Entschädigungen für Sachverständige und sonstige Auslagen in Rechtssachen (Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte vom 26.07.1957 [BGBl. I Seite 907], zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. August 2002 [BGBl. I Seite 3344] sowie Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen vom 01.10.1969 [BGBl. I Seite 1757], zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Februar 2002 [BGBl. I Seite 981]).
Mehr in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

546 10 054 Sonstiges 4.219 1.600 16.600

Erläuterungen:

Mehr wegen eines einmaligen Entgelts für die Durchführung arbeitsanalytischer Untersuchungen.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 110 Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

546 20 054 Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte 666 1.000 1.000

546 30 054 Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen 0 25.600 25.600

Erläuterungen:

Ausgaben sind vorgesehen für den Umzug des Arbeitsgerichtes Neuruppin im Jahr 2004.

Aus Titelgruppen

96.900

65.900

Summe HGr. 5:

2.202.800

2.395.000

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 054 Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen 0 0 0

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Aussonderungen:

2004

1	PKW
1	Zusammen

812 10 054 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland 10.098 17.900 17.900

Erläuterungen:

2004
EUR

1. Erstbeschaffung		
1. 1. Mobiliar für den Bezug des neuen Gebäudes für das Arbeitsgericht Neuruppin		10.000
2. Beschaffung eines neuen Zeiterfassungssystems für das Arbeitsgericht Neuruppin		7.900
Summe zu 1.		17.900
2. Ersatzbeschaffung		
Summe zu 2.		0
Zusammen		17.900

Aus Titelgruppen

91.100

72.200

Summe HGr. 8:

109.000

90.100

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

919 10 950 Zuführungen zu der Rücklage 0 0 0

Aus Titelgruppen

0

0

Summe HGr. 9:

0

0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

511 99	054	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	136.287	58.900	37.700
--------	-----	---	---------	--------	--------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Hardware	4.000
2.	Software	14.000
3.	Unterhaltung	19.700
4.	Kommunikation	0
5.	Sonstiges	0
	Summe	37.700

Weniger in Anpassung an den Bedarf bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

525 99	054	Aus- (und Fort)bildung	12.311	13.200	8.900
--------	-----	------------------------	--------	--------	-------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Aus- (und Fort)bildung	7.400
2.	Lehr- und Lernmittel	1.500
	Summe	8.900

538 99	054	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	10.898	24.800	19.300
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Benutzungsentgelte für DV - Verfahren

		2004 EUR
1.	Juris	8.200
2.	Rahmenvertrag Beschaffung	1.100
3.	Sicherheitskonzept	10.000
	Summe	19.300

Weniger wegen Umsetzung nach Kapitel 07 020 Titel 546 15.

812 99	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	11.881	91.100	72.200
--------	-----	--	--------	--------	--------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 110 Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
812 99

Erläuterungen:

				2004 EUR
1.	Erstbeschaffung			
1.	1.	Hardware		72.200
		Summe zu 1.		72.200
2.	Ersatzbeschaffung			
		Summe zu 2.		0
Zusammen				72.200

Weniger in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

919 99	950 Zuführung zu der Rücklage	16.624	0	0
--------	-------------------------------	--------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	188.000	138.100
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	188.000	138.100

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				709.100	681.000
HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				0	0
Gesamteinnahme				709.100	681.000
Ausgaben					
HGr. 4 Personalausgaben				6.278.700	7.546.800
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst				2.202.800	2.395.000
HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen				109.000	90.100
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben				0	0
Gesamtausgabe				8.590.500	10.031.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)				-7.881.400	-9.350.900

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 120 Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	054	Gebühren, sonstige Entgelte	703.398	160.000	700.000
--------	-----	------------------------------------	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Gebühren der Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 184 Sozialgerichtsgesetz.
Mehr in Anpassung an die tatsächlich erwarteten Einnahmen.

112 10	054	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	4.356	5.200	5.200
--------	-----	---	--------------	--------------	--------------

119 10	054	Sonstige Einnahmen	4.337	3.000	3.000
--------	-----	---------------------------	--------------	--------------	--------------

Summe HGr. 1:			168.200	708.200	
---------------	--	--	----------------	----------------	--

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 120 Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

359 99	950 Entnahme aus der Rücklage	0	0	0
---------------	--------------------------------------	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	0	0
-------------------------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0
--	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
Ausgaben					

HGr. 4: Personalausgaben

412 00	054	Entschädigungen für ehrenamtliche Richter	86.720	100.000	100.000
--------	-----	---	--------	---------	---------

Erläuterungen:

Entschädigungen nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter in der Fassung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1753), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1325).

422 10	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	2.466.140	2.326.000	2.711.400
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

				2004 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Leistungen			2.711.400
2.	Aufwandsentschädigung			
3.	Sonstige Leistungen			
Summe				2.711.400

Mehr durch die Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Lfb.	2003	2004
Präsident des Landessozialgerichts	R6	hD	1	1
Vorsitzender Richter am Landessozialgericht	R3	hD	3	3
Vizepräsident des Landessozialgerichts	R3	hD	1	1
Richter am Landessozialgericht	R2	hD	8	8
Direktor des Sozialgerichts	¹⁾ R2	hD	4	4
Richter am Sozialgericht -als ständiger Vertreter eines Direktors-	R2	hD	1	1
Richter am Sozialgericht	R1	hD	23	29
Regierungsrat	A13	hD	1	1
Regierungsoberratsrat	A13	gD	1	1
Regierungsamtsrat	A12	gD	2	2
Regierungsamtsmann	A11	gD	4	4
Regierungsobersinspektor	A10	gD	4	4
Regierungsamtsinspektor	A9	mD	1	1
Regierungshauptsekretär	A8	mD	4	4
Regierungsoberssekretär	A7	mD	4	4
Regierungssekretär	A6	mD	4	4
Zusammen:			66	72

Leerstellen:

Vizepräsident des Landessozialgerichts	R3	hD	0	1
Richter am Landessozialgericht	R2	hD	1	1
Richter am Sozialgericht	R1	hD	1	1
Zusammen:			2	3

sonstige Stellenplanvermerke:

¹⁾ davon 1 Stelleninhaber mit einer Amtszulage nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe R 2 entsprechend Bundesbesoldungsgesetz

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 120 Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
422 10

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

Zugänge:

Neue Stellen

4	R1 hD Richter am Sozialgericht	gegen Kompensation s. Kapitel 07 110
4	Zugänge neue Stellen	
4	Stellen Zugänge insgesamt	
4	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

2	R1 hD Richter am Sozialgericht	Umsetzung von 07 110 / 422 10
2	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen	
2	Stellen Zugänge insgesamt	
2	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

1	R3 hD Vizepräsident des Landessozialgerichts	Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003
1	Zugänge neue Stellen	
1	Stellen Zugänge insgesamt	
1	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

422 25	011 Bezüge aus weggefallenen Planstellen (Personalüberhang)	0	0	0
--------	---	---	---	---

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 1 § 2 Abs. 2 des Haushaltsstrukturgesetzes 2000 sind Personalausgaben für Dienstkräfte, deren Planstellen und Stellen weggefallen sind (Personalüberhang), in den Haushaltsplänen gesondert nachzuweisen.

425 10	054 Vergütungen der Angestellten	2.563.266	2.372.000	2.818.100
--------	----------------------------------	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der	
1.1	- außertariflichen Angestellten	
1.2	- tariflichen Angestellten	2.818.100
1.3	- Auszubildenden	
2.	Aufwandsentschädigung	
3.	Sonstige Leistungen	
Summe		2.818.100

Mehr durch die Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2003	2004
IIa	hD	1	1
IVb	gD	1	1
Vb	gD	3	3
Vc	mD	6	6
VIb	mD	33	33
VII	mD	17	17
davon kw: 4 im Jahr 2005 wegen PEK			
gesperrt: 4 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004			
Zusammen:		61	61

noch zu
425 10

Gemäß Artikel 1 § 2 Abs. 2 des Haushaltsstrukturgesetzes 2000 sind Personalausgaben für Dienstkräfte, deren Planstellen und Stellen weggefallen sind (Personalüberhang), in den Haushaltsplänen gesondert nachzuweisen.

511 10	054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattung- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	128.753	145.000	101.000
--------	-----	--	---------	---------	---------

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen**
07 120 **Sozialgerichtsbarkeit**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
511 10

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Geschäftsbedarf	20.000
2.	Bücher, Zeitschriften	70.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10.000
4.	Sonstiges	1.000
	Summe	101.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

511 20 054 **Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren** **134.569** **171.000** **110.000**

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Postgebühren	92.000
2.	Mobilfunkanschlüsse	0
3.	Fernmeldegebühren	15.000
4.	Sonstiges	3.000
	Summe	110.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

514 10 054 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** **7.584** **8.700** **5.000**

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	4.400
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	600
3.	Verbrauchsmittel	0
4.	Sonstiges	0
	Summe	5.000

	Bestand 2003		Soll 2004	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Bedarf an Dienstfahrzeugen				
PKW	2	1	2	1
Zusammen	2	1	2	1

517 10 054 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** **93.234** **90.000** **90.000**

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Heizung	11.000
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	23.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	54.000
4.	Grundbesitzabgaben	1.000
5.	Bewachungskosten	0
6.	Sonstiges	1.000
	Summe	90.000

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 120 Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
517 10

- verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 2.383 qm Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche,
- gemietete oder gepachtete Anlagen und Räume mit insgesamt 3.892 qm Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche, soweit die Bewirtschaftungskosten nicht Gegenstand des Mietvertrages und bei Titel 518 10 zu veranschlagen sind.

518 10 054 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume 867.386 932.200 955.600

Erläuterungen:

Bezeichnung	Haupt-und Nebenfläche qm	Jahresmiete 2004
1. Landessozialgericht, Landesarbeitsgericht, Arbeitsgericht Potsdam	3.892	955.600
Zusammen	3.892	955.600

518 20 054 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge 24.927 26.600 26.600

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Mieten für Maschinen und Geräte	26.600
2. Mieten für Software	0
3. Mieten für Rechenzeiten	0
Summe	26.600

518 30 054 Leasing von Dienstkraftfahrzeugen 2.358 2.000 2.600

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

	2003	2004	
Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge		vorhanden	neu
PKW	1	1	0
Zusammen	1	1	0

519 10 054 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen 1.326 2.600 2.600

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	1.600
2. Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	1.000
Summe	2.600

525 10 054 Aus- (und Fort)bildung 9.685 8.700 6.500

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Aus- (und Fort)bildung	6.500
2. Lehr- und Lernmittel	0
Summe	6.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

525 20 054 Aus- (und Fort)bildung der ehrenamtlichen Richter 0 2.000 1.000

Erläuterungen:

					2004 EUR
1.	Aus- (und Fort)bildung				750
2.	Lehr- und Lernmittel				250
	Summe				1.000

Weiterbildungsanspruch gemäß Artikel 110 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg.

527 10 054 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen 3.481 4.000 3.000

527 20 054 Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten 290 800 500

532 10 054 Auslagen in Rechtssachen 2.110.063 2.172.300 2.400.000

Erläuterungen:

Ansprüche der Beteiligten, Zeugen und Sachverständigen nach dem Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen; Vergütungen der Rechtsanwälte in Prozesskostenhilfesachen und sonstige Auslagen in Rechtssachen.

Mehr in Anpassung an die steigende Anzahl von Verfahren und wegen Wegfalls des Ermäßigungssatzes nach dem Einigungsvertrag sowie Erhöhung der Stundensätze.

546 10 054 Sonstiges 0 1.000 8.300

Erläuterungen:

Mittel für Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstige Verwaltungsausgaben.

Mehr wegen eines einmaligen Entgelts für die Durchführung arbeitsanalytischer Untersuchungen.

546 20 054 Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte 4.182 0 0

546 30 054 Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen 0 0 0

Aus Titelgruppen 90.200 33.800

Summe HGr. 5: 3.657.100 3.746.500

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 054 Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen 0 0 0

812 10 054 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland 86.154 10.000 10.000

07
07 120

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
812 10

Erläuterungen:

				2004 EUR
1.	Erstbeschaffung			
	<i>Summe zu 1.</i>			0
2.	Ersatzbeschaffung			
2.	1.	Bürodrehstühle		10.000
	<i>Summe zu 2.</i>			10.000
Zusammen				10.000

Ersatzbeschaffungen von Bürodrehstühlen, die arbeitsmedizinischen Vorgaben entsprechen.

Aus Titelgruppen	115.900	30.000
Summe HGr. 8:	125.900	40.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

511 99	054	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	71.934	57.600	27.000
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Hardware	6.500
2.	Software	12.500
3.	Unterhaltung	8.000
4.	Kommunikation	0
5.	Sonstiges	0
Summe		27.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

525 99	054	Aus- (und Fort)bildung	4.913	5.800	700
--------	-----	------------------------	-------	-------	-----

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Aus- (und Fort)bildung	0
2.	Lehr- und Lernmittel	700
Summe		700

Weniger wegen Umsetzung nach Kapitel 07 020 Titel 546 15.

538 99	054	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	26.476	26.800	6.100
--------	-----	--	--------	--------	-------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Juristisches Informationssystem (JURIS)	6.100
Summe		6.100

Weniger wegen Umsetzung nach Kapitel 07 020 Titel 546 15.

812 99	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	74.652	115.900	30.000
--------	-----	--	--------	---------	--------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 120 Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
812 99

Erläuterungen:

			2004 EUR
1.	Erstbeschaffung		
	Summe zu 1.		0
2.	Ersatzbeschaffung		
2.	1.	Hardware	30.000
	Summe zu 2.		30.000
Zusammen			30.000

Weniger wegen Streckung der Maßnahmen.

919 99	950 Zuführung zu der Rücklage	16.125	0	0
--------	-------------------------------	--------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	206.100	63.800
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	206.100	63.800

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 120 Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz	
			2003	2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			168.200	708.200
HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen			0	0
Gesamteinnahme			168.200	708.200
Ausgaben				
HGr. 4 Personalausgaben			4.834.800	5.667.000
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			3.657.100	3.746.500
HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			125.900	40.000
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben			0	0
Gesamtausgabe			8.617.800	9.453.500
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-8.449.600	-8.745.300

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 130 Arbeitsschutzbehörden u. -einrichtungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen der Hauptgruppe 2 können zur Verstärkung der Ausgaben in der Gruppe 427 sowie in den Hauptgruppen 5 und 8 herangezogen werden.

Einnahmen

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

359 10	950	Entnahme aus der Rücklage	30.999	0	0
--------	-----	---------------------------	--------	---	---

Summe HGr. 3:			0	0
---------------	--	--	---	---

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 130 Arbeitsschutzbehörden u. -einrichtungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Einnahmen

TGr. 70 - Landesinstitut für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

111 70	254	Gebühren, sonstige Entgelte	20.180	18.900	18.900
--------	-----	-----------------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Gebühren für Verwaltungshandlungen auf der Grundlage der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen vom 01.09.1992 (GVBl. II Seite 558), zuletzt geändert durch Verordnung vom 05.06.2000 (GVBl. II Seite 220).

119 70	254	Sonstige Einnahmen	111	100	100
--------	-----	--------------------	-----	-----	-----

272 70	254	Zuschüsse der Europäischen Kommission	10.262	0	0
--------	-----	---------------------------------------	--------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70			19.000	19.000	
-------------------------------------	--	--	--------	--------	--

TGr. 80 - Ämter für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik

111 80	254	Gebühren, sonstige Entgelte	259.431	276.600	259.400
--------	-----	-----------------------------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Gebühren für Verwaltungshandlungen auf der Grundlage der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen vom 01.09.1992 (GVBl. II Seite 558), zuletzt geändert durch Verordnung vom 05.06.2000 (GVBl. II Seite 220).

112 80	254	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	528.924	506.300	528.900
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Festsetzung der Geldstrafen und Geldbußen nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 19.2.1987 (BGBl. I Seite 602), in der Fassung vom 28.10.1994 (BGBl. I Seite 3186).

119 80	254	Sonstige Einnahmen	1.208	1.600	1.200
--------	-----	--------------------	-------	-------	-------

124 80	254	Mieten und Pachten	45.171	43.100	45.100
--------	-----	--------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen)wohnungen	0
2.	Einnahmen aus der Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	45.100
3.	Sonstige Einnahmen	0
Summe		45.100

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80			827.600	834.600	
-------------------------------------	--	--	---------	---------	--

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 130 Arbeitsschutzbehörden u. -einrichtungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

282 99	254	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0	0	0
359 99	950	Entnahme aus der Rücklage	0	0	0

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99			0	0
-------------------------------------	--	--	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen			846.600	853.600
--	--	--	---------	---------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10 254 **Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter** 2.490.002 2.237.200 2.737.600

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Leistungen	2.737.600
2. Aufwandsentschädigung	
3. Sonstige Leistungen	
Summe	2.737.600

Mehr durch die Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Lfb.	2003	2004
Leitender Gewerbedirektor	A16	hD	4	4
Gewerbedirektor	A15	hD	12	12
Obergewerberat	A14	hD	14	14
Gewerberat	A13	hD	9	9
Gewerbeoberamtsrat	A13	gD	15	15
Gewerbeamtsrat	A12	gD	16	16
Gewerbeamtman	A11	gD	20	20
Gewerbeoberinspektor	A10	gD	11	11
Gewerbeamtsinspektor	A9	mD	6	6
Gewerbehauptsekretär	A8	mD	5	5
Zusammen:			112	112

422 25 011 **Bezüge aus weggefallenen Planstellen (Personalüberhang)** 0 0 0

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 1 § 2 Abs. 2 des Haushaltsstrukturgesetzes 2000 sind Personalausgaben für Dienstkräfte, deren Planstellen und Stellen weggefallen sind (Personalüberhang), in den Haushaltsplänen gesondert nachzuweisen.

425 10 254 **Vergütungen der Angestellten** 8.043.448 8.114.700 8.843.300

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der	
1.1 - außertariflichen Angestellten	
1.2 - tariflichen Angestellten	8.843.300
1.3 - Auszubildenden	
2. Aufwandsentschädigung	
3. Sonstige Leistungen	
Summe	8.843.300

Mehr durch die Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 130 Arbeitsschutzbehörden u. -einrichtungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
425 10

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2003	2004
I	hD	2	2
Ia	hD	6	6
Ib	hD	9	9
Ila	hD	9	8
davon kw: 2 im Jahr 2004 wegen PEK			
3 im Jahr 2005 wegen PEK			
1 im Jahr 2006 wegen PEK			
III	gD	25	25
IVa	gD	47	45
davon kw: 3 im Jahr 2006 wegen PEK			
IVb	gD	4	4
Vb	gD	10	8
davon kw: 4 im Jahr 2004 wegen PEK			
7 im Jahr 2005 wegen PEK			
2 im Jahr 2006 wegen PEK			
Vc	mD	22	22
davon kw: 3 im Jahr 2006 wegen PEK			
gesperrt: 7 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004			
VIb	mD	17	15
davon kw: 3 im Jahr 2004 wegen PEK			
3 im Jahr 2005 wegen PEK			
2 im Jahr 2006 wegen PEK			
gesperrt: 7 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004			
VII-IXb	mD	4	4
davon kw: 1 im Jahr 2006 wegen PEK			
gesperrt: 3 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004			
VIII	eD	1	1
Zusammen:		156	149
Leerstellen:			
Ia	hD	0	1
Ila	¹⁾ hD	1	1
III	gD	0	2
IVa	gD	0	1
Zusammen:		1	5

sonstige Stellenplanvermerke:

¹⁾ Bundestag

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
425 10

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung

1	Ila hD	
2	IVa gD	
2	Vb gD	
2	Vlb mD	
7	Abgänge infolge PEK	
7	Stellen Abgänge insgesamt	
<hr/>		
-7	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

1	Ia hD	Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003
2	III gD	Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003
1	IVa gD	Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003
4	Zugänge neue Stellen	
4	Stellen Zugänge insgesamt	
<hr/>		
4	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

425 25	011 Vergütungen aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang)	0	0	0
--------	--	---	---	---

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 1 § 2 Abs. 2 des Haushaltsstrukturgesetzes 2000 sind Personalausgaben für Dienstkräfte, deren Planstellen und Stellen weggefallen sind (Personalüberhang), in den Haushaltsplänen gesondert nachzuweisen.

426 10	254 Löhne der Arbeiter	35.580	0	0
--------	------------------------	--------	---	---

Erläuterungen:

Der Titel ist aus technischen Gründen ausgebracht, um die Bezahlung eines auf einer Angestelltenstelle geführten Arbeiters sicherzustellen. Eine gesonderte Arbeiterstelle wird daher nicht ausgebracht.

427 20	254 Vergütungen und Löhne für Aushilfen	24.252	0	0
--------	---	--------	---	---

Erläuterungen:

Der Titel ist vorgesehen für die Buchung der Vergütung von Aushilfskräften zur Überwindung von Arbeitsengpässen.

453 10	254 Trennungsgeld, Umzugsvergütung	0	0	0
--------	------------------------------------	---	---	---

Summe HGr. 4:	10.351.900	11.580.900
---------------	------------	------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

892 10	253 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	157.103	470.400	14.000
--------	--	---------	---------	--------

*Mehrausgaben dürfen bis zu 30.000 EUR der Einsparungen bei Kapitel 07 030 Titel 684 64 geleistet werden.
Aus den Mitteln dieses Titels dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).*

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Finanzierung von Maßnahmen im Rahmen der Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Erarbeitung und Umsetzung innovativer und modellhafter Lösungen zur sicherheitsgerechten Gestaltung von Arbeitsplätzen und Technologien. Veranschlagt sind die landesseitigen Kofinanzierungsmittel einschließlich der Kosten für die Abwicklung durch einen Dienstleister. Darüber hinaus werden Mittel der Europäischen Kommission aus dem EFRE eingesetzt, die im Epl. 08 veranschlagt sind.

Weniger wegen Auslaufens der Richtlinie im Haushaltsjahr 2003 und der damit verbundenen Ausfinanzierung der bewilligten Projekte im Haushaltsjahr 2004.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 130 Arbeitsschutzbehörden u. -einrichtungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Aus Titelgruppen	110.600	121.500
-------------------------	----------------	----------------

Summe HGr. 8:	581.000	135.500
---------------	----------------	----------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

919 10	950	Zuführungen zu der Rücklage	0	0	0
--------	-----	-----------------------------	---	---	---

Aus Titelgruppen	0	0
-------------------------	----------	----------

Summe HGr. 9:	0	0
---------------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 70 - Landesinstitut für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

511 70	254	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	66.200	70.000	47.300
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Geschäftsbedarf	7.300
2.	Bücher, Zeitschriften	17.200
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	12.800
4.	Postgebühren	6.200
5.	Mobilfunkanschlüsse	0
6.	Sonstiges	3.800
	Summe	47.300

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

514 70	254	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	16.217	15.700	14.000
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	7.600
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	300
3.	Verbrauchsmittel	6.100
4.	Sonstiges	0
	Summe	14.000

	Bestand 2003		Soll 2004	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Bedarf an Dienstfahrzeugen				
PKW	3	3	3	3
Zusammen	3	3	3	3

Weiterhin werden die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung der Schutzkleidung der Labormitarbeiter veranschlagt. Die Bereitstellung ist nach der Gefahrstoffverordnung, der Richtlinie 1617 des Gemeindeunfallversicherungsverbandes Brandenburg für Laboratorien sowie den Vorgaben der Berufsgenossenschaft und dem Verband der chemischen Industrie erforderlich.

Verbrauchsmittel: Chemikalien - Elektroden - Glasgeräte - Batterien für Probenahmepumpen - Probenahmeröhrchen, Dosimeter - technische Gase - Verbrauchsmaterial

517 70	254	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	34.391	43.100	38.400
--------	-----	--	--------	--------	--------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
517 70

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Heizung	7.000
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	9.600
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	21.000
4.	Grundbesitzabgaben	0
5.	Bewachungskosten	600
6.	Sonstiges	200
Summe		38.400

Für verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 1781 qm Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

518 70	254	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume sowie für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge; Leasing von Dienstkraftfahrzeugen	15.734	14.900	13.300
--------	-----	---	---------------	---------------	---------------

Nr. 3 der Erläuterung ist nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Miete für Grundstücke, Gebäude u. Räume	0
2.	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	
2.1.	Miete Kopiertechnik	6.760
2.2.	Miete für Stahlflaschen (techn. Gase)	600
3.	Leasing von Dienstfahrzeugen	5.940
Summe		13.300

		2003	2004	
Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge			vorhanden	neu
PKW		3	3	0
Zusammen		3	3	0

519 70	254	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	3.327	3.600	3.200
--------	-----	--	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	3.200
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	0
Summe		3.200

525 70	254	Aus- (und Fort)bildung	9.251	13.200	7.900
--------	-----	-------------------------------	--------------	---------------	--------------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 130 Arbeitsschutzbehörden u. -einrichtungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
525 70

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Aus- (und Fort)bildung	2.200
2.	Lehr- und Lernmittel	300
3.	Lehrgänge für die Arbeitsschutzverwaltung	5.400
Summe		7.900

Erläuterungen:

Zentrale Durchführung von Lehrgängen für die Arbeitsschutzverwaltung, insbesondere zum Arbeitsschutzrecht.
Weniger in Folge der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

527 70	254	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen sowie für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	25.424	25.400	22.600
---------------	-----	--	---------------	---------------	---------------

531 70	254	Aufklärung im Bereich der Unfallverhütung	7.632	8.500	7.500
---------------	-----	--	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Messen und Ausstellungen	3.300
2.	Druckschriften	4.100
3.	Lehrmaterial für Aufklärungsmaßnahmen	100
Summe		7.500

546 70	254	Sonstiges	59	0	0
---------------	-----	------------------	-----------	----------	----------

547 70	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	19.116	50.000	25.200
---------------	-----	--	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Im Rahmen des Vollzuges des Produktsicherheitsgesetzes vom 22.04.1997 (BGBl. I Seite 934), des Gerätesicherheitsgesetzes vom 23.10.1992 (BGBl. I Seite 1793) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27.12.2000 (BGBl. I Seite 2048) und des Medizinproduktegesetzes vom 02.08.1994 (BGBl. I Seite 1963) geändert durch das Erste Gesetz zur Änderung des Medizinproduktegesetzes vom 06.08.1998 (BGBl. I Seite 2005) sind von der Arbeitsschutzverwaltung Maßnahmen der praktischen Marktüberwachung durchzuführen. Dabei handelt es sich um kostenpflichtige Entnahmen und kostenverursachende Untersuchungen von Produkten, die unter dem Verdacht stehen, nicht die grundlegenden Sicherheitsanforderungen der betreffenden EG-Richtlinien zu erfüllen und damit zu Gesundheitsrisiken beim Gebrauch führen.
Die hier veranschlagten sächlichen Verwaltungsausgaben werden verwendet für den Kauf der zu prüfenden Produkte.

Weniger wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

811 70	254	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
---------------	-----	---	----------	----------	----------

812 70	254	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	12.047	52.000	46.300
---------------	-----	--	---------------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
812 70

Erläuterungen:

				2004 EUR
1.	Erstbeschaffungen			
	<i>Summe zu 1.</i>			0
2.	Ersatzbeschaffungen			
2.1.	Zimmerausstattung			10.700
2.2.	Messgeräte zur Durchführung der Überwachungstätigkeit			
2.2.1.	Personenbezogene Analysetechnik			23.000
2.2.2.	Sonden zur Messung elektromagnetischer Felder			12.600
	<i>Summe zu 2.</i>			46.300
Zusammen				46.300

Weniger wegen Streckung der Beschaffungsmaßnahmen.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70	296.400	225.700
-------------------------------------	----------------	----------------

TGr. 80 - Ämter für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik

511 80	254	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	162.843	215.600	149.500
--------	-----	---	---------	---------	---------

Erläuterungen:

				2004 EUR
1.	Geschäftsbedarf			22.400
2.	Bücher, Zeitschriften			22.300
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände			39.400
4.	Postgebühren			30.400
5.	Mobilfunkanschlüsse			6.700
6.	Fernmeldegebühren			27.600
7.	Sonstiges			700
	Summe			149.500

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

514 80	254	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	38.448	39.300	38.400
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

				2004 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen			35.200
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände			1.300
3.	Verbrauchsmittel			1.900
4.	Sonstiges			0
	Summe			38.400

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
514 80

	Bestand 2003		Soll 2004	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Bedarf an Dienstfahrzeugen				
PKW	12	0	12	0
Zusammen	12	0	12	0

Im Rahmen der Außendiensttätigkeit wird Arbeitsschutzkleidung gewährt gemäß der Verhaltensvorschriften der Berufsgenossenschaften.

Verbrauchsmittel: Desinfektionsmittel, Filme, Kassetten für Videokamera, Lochkarten, Prüfröhrchen, Batterien, Sanitätsverbrauchsmaterial, Auswertung Strahlenschutzdosimeter

517 80 254 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** 123.570 129.200 127.600

Erstattungen Dritter fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

			2004 EUR
1.	Heizung		65.500
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf		15.300
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung		37.300
4.	Grundbesitzabgaben		5.400
5.	Bewachungskosten		1.300
6.	Sonstiges		2.800
Summe			127.600

- verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 4.230 qm Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

518 80 254 **Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume sowie für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge; Leasing von Dienstkraftfahrzeugen** 4.321 8.200 4.800

Nr. 3 der Erläuterung ist nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

			2004 EUR
1.	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume		0
2.	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge		0
2.1.	Amt Potsdam		4.000
2.2.	Amt Cottbus		200
2.3.	Amt Eberswalde		600
3.	Leasing von Dienstkraftfahrzeugen		0
Summe			4.800

519 80 254 **Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen** 18.212 28.200 17.900

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen**
07 130 **Arbeitsschutzbehörden u. -einrichtungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
519 80

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Unterhaltung landeseigener Grundstücke	17.900
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	0
	Summe	17.900

Weniger wegen Streckung der Instandhaltungsmaßnahmen.

525 80	254 Aus- (und Fort)bildung	31.202	39.100	28.300
---------------	-----------------------------------	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Umsetzung von EU-Recht in das deutsche Recht nach Artikel 100a und 118a nach EU-Vertrag; Harmonisierung von Sicherheitsanforderungen bei Maschinen und persönlicher Schutzausrüstung; Teilnahme der Bediensteten an Spezialseminaren u.a. auf den Gebieten Gefahrstoffe, Strahlenschutz, überwachungsbedürftige Anlagen, Gefahrguttransport.

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

526 80	254 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	6.567	5.700	2.100
---------------	---	--------------	--------------	--------------

527 80	254 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen sowie für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	187.346	184.600	155.700
---------------	--	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	152.200
2.	Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten	3.500
	Summe	155.700

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

531 80	254 Öffentlichkeitsarbeit	2.609	6.300	4.200
---------------	----------------------------------	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Öffentlichkeitsarbeit: Präsentation der Ämter auf regionalen Messen und Ausstellungen, Organisation regionaler öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen, Erarbeitung von Informationsmaterial, Veröffentlichung von Mitteilungen in der regionalen Tagespresse und anderen Zeitungen, Veröffentlichung von Arbeitsergebnissen in der Fachpresse. Mehr wegen Einsatz gezielter und planmäßiger Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung der präventiven Arbeit der Arbeitsschutzbehörden.

546 80	254 Sonstiges	2.352	16.600	1.700
---------------	----------------------	--------------	---------------	--------------

Erläuterungen:

Weniger wegen Wegfalls von Umzugskosten des Vorjahres.

547 80	254 Ersatzvornahmen nach § 19 Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Brandenburg	0	0	0
---------------	---	----------	----------	----------

Ausgaben für Ersatzvornahmen dürfen aus den Einnahmen bei Titel 111 80 verauslagt werden.

Erläuterungen:

Ausgaben im Zusammenhang mit Ersatzvornahmen nach § 19 Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Brandenburg und für ordnungsbehördliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Handlungen als Sonderordnungsbehörde.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 130 Arbeitsschutzbehörden u. -einrichtungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

811 80 254 Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen 12.782 25.600 51.200

Die Erläuterung ist gemäß § 17 Absatz 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen:		2004	2004 EUR
4	PKW		51.200
	Zusammen		51.200

Mehr wegen notwendiger Ersatzbeschaffungen von Dienstkraftfahrzeugen aufgrund vorliegender Vorgutachten zur Aussonderung.

812 80 254 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland 1.626 33.000 24.000

Erläuterungen:

			2004 EUR
1.	Erstbeschaffungen		
1.	1.	Auswerteeinheiten für die Kontrolle im Straßenverkehr	12.000
		Summe zu 1.	12.000
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.	1.	Kopiergerät	10.000
	2.	Registraturenweiterung	2.000
		Summe zu 2.	12.000
Zusammen			24.000

Weniger wegen Streckung der Beschaffungsmaßnahmen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 80 731.400 605.400

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

511 99 254 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation 124.488 136.100 53.300

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Hardware	2.900
2.	Software	2.900
3.	Unterhaltung	47.500
4.	Kommunikation	0
5.	Sonstiges	0
Summe		53.300

Weniger wegen Reduzierung der Wartungsverträge für den Altbestand der IT-Technik, da die Hardware künftig auf dem Wege des Leasings (Titel 518 99) beschafft wird.

518 99 254 Mieten 24.998 58.400 138.400

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen**
07 130 **Arbeitsschutzbehörden u. -einrichtungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
518 99

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2002 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2004	138.400			138.400
2005	195.200			195.200
2006	195.200			195.200
2007				
2008 ff.				
Summen	528.800			528.800

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Mieten für Maschinen und Geräte	138.400
2. Mieten für Software	0
3. Mieten für Rechenzeiten	0
Summe	138.400

Mehr wegen Bereitstellung der benötigten IT-Technik für die Arbeitsschutzverwaltung im Rahmen von Leasingverträgen.

525 99	254 Aus- (und Fort)bildung	11.765	12.400	2.600
---------------	-----------------------------------	---------------	---------------	--------------

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Aus- (und Fort)bildung	1.600
2. Lehr- und Lernmittel	1.000
Summe	2.600

Weniger wegen Umsetzung nach Kapitel 07 020 Titel 546 15.

812 99	254 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	0	0	0
---------------	---	----------	----------	----------

919 99	950 Zuführung zu der Rücklage	16.269	0	0
---------------	--------------------------------------	---------------	----------	----------

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(538 99)	254 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	0
umgesetzt nach 07 020 / 546 15		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	206.900	194.300
-------------------------------------	----------------	----------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	1.234.700	1.025.400
---	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz	
			2003	2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			846.600	853.600
HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen			0	0
HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen			0	0
Gesamteinnahme			846.600	853.600
Ausgaben				
HGr. 4 Personalausgaben			10.351.900	11.580.900
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			1.124.100	903.900
HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			581.000	135.500
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben			0	0
Gesamtausgabe			12.057.000	12.620.300
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-11.210.400	-11.766.700

07
07 135 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen**
Maßregelvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	056	Sonstige Einnahmen	7.956	0	0
--------	-----	---------------------------	--------------	----------	----------

Erläuterungen:

Der Titel ist vorsorglich ausgebracht.

Summe HGr. 1:			0	0
---------------	--	--	----------	----------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

281 10	056	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Erstattungen anderer Bundesländer für die Unterbringung von Patienten nach §§ 63, 64 Strafgesetzbuch und den Vorschriften der Strafprozessordnung.

Summe HGr. 2:			0	0
---------------	--	--	----------	----------

07
07 135 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen**
Maßregelvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

671 10	056	Sonstige Erstattungen für den Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in Anstalten anderer Verwaltungen	16.434.000	16.779.000	19.716.200
---------------	------------	--	-------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kostenerstattungen §§ 30, 46 Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz für die Unterbringung gemäß §§ 63, 64 Strafgesetzbuch und gemäß §§ 81, 126a, 453c i. V. m. 463 Strafprozessordnung in den landeseigenen Einrichtungen des Maßregelvollzuges des Landes Brandenburg.

Mehr wegen Anstiegs der Plätze durch die Übernahme des Neubaus Maßregelvollzug in der Landesklinik Eberswalde und Erhöhung der Personalkosten auf Grund von Tarifsteigerungen.

Summe HGr. 6:		16.779.000	19.716.200
---------------	--	-------------------	-------------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 10	056	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	25.161	0	0
---------------	------------	--	---------------	----------	----------

Summe HGr. 8:		0	0
---------------	--	----------	----------

07
07 135 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
Maßregelvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2003		Ansatz 2004	
			Angaben in EUR			
Abschluss						
Einnahmen						
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			0		0	
HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen			0		0	
Gesamteinnahme			0		0	
Ausgaben						
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			16.779.000		19.716.200	
HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			0		0	
Gesamtausgabe			16.779.000		19.716.200	
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-16.779.000		-19.716.200	

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 150 Sozialversicherung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	211	Sonstige Einnahmen	0	0	0
--------	-----	---------------------------	---	---	---

Summe HGr. 1:			0	0
---------------	--	--	---	---

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

236 10	211	Prüfdienst der Kranken- und Pflegeversicherungen	515.571	368.200	368.200
--------	-----	---	---------	---------	---------

Siehe Vermerk bei Titelgruppe 80.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Erstattung der Kosten für den Prüfdienst der Krankenversicherung durch die landesunmittelbaren Krankenversicherungsträger gem. § 274 Sozialgesetzbuch Fünftes Buch. Rückerstattungen an die Krankenkassen aufgrund zuviel geleisteter Abschlagszahlungen sind nach Nr. 3 VV zu § 35 Landeshaushaltsordnung von den Einnahmen abzusetzen.

236 11	229	Erstattungen an Sozialversicherungsträger gem. § 87 Abs. 2 Wahlordnung für die Sozialversicherung	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Summe HGr. 2:			368.200	368.200
---------------	--	--	---------	---------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 150 Sozialversicherung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	229	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Aus Titelgruppen		94.200	94.200
------------------	--	--------	--------

Summe HGr. 5:	94.200	94.200
---------------	--------	--------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

671 10	211	Erstattungen an sonstige Bereiche	0	2.600	0
--------	-----	-----------------------------------	---	-------	---

Erläuterungen:

Kosten für Leistungen bei der Prüfung der Landesversicherungsanstalt Brandenburg und den landesunmittelbaren Unfallversicherungsträgern gemäß § 88 Sozialgesetzbuch Viertes Buch.

Summe HGr. 6:	2.600	0
---------------	-------	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 80 - Prüfdienst der Kranken- und Pflegeversicherungen

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 236 10 geleistet werden.

422 80 211 Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter 201.606 171.300 171.300

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Leistungen	171.300
2. Aufwandsentschädigung	
3. Sonstige Leistungen	
Summe	171.300

Der Besoldungsaufwand wird durch Erstattungen der Kranken- und Pflegeversicherungen gedeckt, soweit Prüfungsleistungen erbracht werden.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Lfb.	2003	2004
Regierungsdirektor	¹⁾ A15	hD	1	1
Oberamtsrat	²⁾ A13	gD	2	2
Regierungsamtsrat	³⁾ A12	gD	2	3
Zusammen:			5	6

sonstige Stellenplanvermerke:

- ¹⁾ davon 1 Planstelle ohne Besoldungsaufwand
- ²⁾ davon 2 Planstellen ohne Besoldungsaufwand
- ³⁾ davon 3 Planstellen ohne Besoldungsaufwand

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

Zugänge:

Neue Stellen		
1	A12 gD	Regierungsamtsrat
1	Zugänge neue Stellen	
1	Stellen Zugänge insgesamt	
1	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

wegen Novellierung des Gesetzes zum Risikostrukturausgleich

425 80 211 Vergütungen der Angestellten 80.267 95.500 95.500

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der	
1.1 - außertariflich Angestellten	
1.2 - tariflich Angestellten	95.500
1.3 - Auszubildenden	
2. Aufwandsentschädigung	
3. Sonstige Leistungen	
Summe	95.500

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 150 Sozialversicherung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
425 80

Die Kosten werden von den Krankenversicherungen erstattet, soweit Prüfungsleistungen erbracht werden.

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2003	2004
Vc	mD	1	1
Zusammen:		1	1

511 80	211	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20.412	20.500	20.500
--------	-----	--	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Geschäftsbedarf	2.600
2. Bücher, Zeitschriften	5.200
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2.600
4. Sonstiges	10.100
Summe	20.500

517 80	211	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	7.601	12.800	12.800
--------	-----	---	--------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Heizung	2.700
2. Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	1.700
3. Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	5.400
4. Grundbesitzabgaben	0
5. Bewachungskosten	2.200
6. Sonstiges	800
Summe	12.800

Für gemietete oder gepachtete bauliche Anlagen und Räume mit insgesamt 178 qm Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche, soweit diese Bewirtschaftungskosten nicht Gegenstand des Mietvertrages und bei Titel 518 10 zu veranschlagen sind. Die Aufschlüsselung der Bewirtschaftungskosten erfolgte unter Berücksichtigung der anstehenden Bewirtschaftungskostenabrechnung.

518 80	211	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	21.842	27.600	27.600
--------	-----	--	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Bezeichnung	Haupt- und Nebenfläche m²	Jahresmiete 2004
1 Prüfdienst der Krankenkassen	178	27.600
Zusammen	178	27.600

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 150 Sozialversicherung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

519 80	211	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

525 80	211	Aus- (und Fort)bildung	2.937	12.800	12.800
--------	-----	------------------------	-------	--------	--------

526 80	211	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebracht, um unter anderem die Kosten für Unterstützungsleistungen durch externe Sachverständige bei der Prüfung der Krankenversicherung nach § 274 Sozialgesetzbuch Fünftes Buch zu decken.

527 80	211	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	11.286	20.500	20.500
--------	-----	---	--------	--------	--------

812 80	211	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	4.410	7.200	7.200
--------	-----	---	-------	-------	-------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Erstbeschaffung	
1.1	Netzwerk (Rechner und Software)	7.200
2.	Ersatzbeschaffung	0
Summe		7.200

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80	368.200	368.200
-------------------------------------	---------	---------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	368.200	368.200
---	---------	---------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 150 Sozialversicherung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz	
			2003	2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			0	0
HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen			368.200	368.200
Gesamteinnahme			368.200	368.200
Ausgaben				
HGr. 4 Personalausgaben			266.800	266.800
HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst			94.200	94.200
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			2.600	0
HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			7.200	7.200
Gesamtausgabe			370.800	368.200
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2.600	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen bei Titel 231 10 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	214	Gebühren, sonstige Entgelte	341.744	443.500	91.500
--------	-----	-----------------------------	---------	---------	--------

Erläuterungen:

Einnahmen, die sich aus der Aufgabenstellung der Dezernate Heimaufsicht, Berufsrecht, Arzneimittel, Apothekenwesen und Medizinalwesen sowie Organisation und Innerer Dienst ergeben.

Weniger wegen Ausgliederung des Labors im Landesgesundheitsamt.

111 20	214	Gebühren aus der Tätigkeit der Schiedsstellen gemäß § 94 Bundessozialhilfegesetz und § 76 Pflege-Versicherungsgesetz	11.711	20.900	30.000
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Mehr wegen steigender Anzahl der Schiedsstellenverfahren.

111 30	214	Gebühren aus Umlageverfahren	27.200	0	0
--------	-----	------------------------------	--------	---	---

Einnahmen dürfen nur für Ausgaben bei Titel 412 10 verwendet werden.

Erläuterungen:

Vergleiche Erläuterungen zu Titel 412 10.

112 10	214	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	6.681	8.000	6.000
--------	-----	--	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus Buß- und Verwarnungsgeldern durch Apothekenrevisionen und Heimaufsicht.

119 10	214	Sonstige Einnahmen	25.498	12.600	8.000
--------	-----	--------------------	--------	--------	-------

124 10	214	Mieten und Pachten	63.318	92.200	34.200
--------	-----	--------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen)wohnungen	0
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	34.200
3.	Sonstige Einnahmen	0
Summe		34.200

Weniger wegen Abgabe der Haus- und Grundbesitzverwaltung der Liegenschaft Robert-Havemann-Straße 4 in Frankfurt/Oder an das Grundstücks- und Vermögensamt.

132 10	214	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	10.573	9.700	10.000
--------	-----	---	--------	-------	--------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	7.000
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	3.000
Summe		10.000

Aus Titelgruppen	4.100	2.500
-------------------------	--------------	--------------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 1:	591.000	182.200
---------------	---------	---------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	214	Zuweisungen des Bundes für die fachliche Fortbildung des Personals	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 525 10.

Summe HGr. 2:	0	0
---------------	---	---

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

359 10	950	Entnahme aus der Rücklage	320.067	0	0
--------	-----	---------------------------	---------	---	---

Summe HGr. 3:	0	0
---------------	---	---

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Einnahmen

TGr. 70 - Landesvertriebenen- und Aussiedleramt Peitz

119 70	012	Sonstige Einnahmen	2.569	4.100	2.500
--------	-----	--------------------	-------	-------	-------

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Leistungen der Verwaltung	1.400
2. Provision für den Betrieb eines Zigarettenautomaten	100
3. Einnahmen aus aufgearbeiteten Altkleiderspenden	1.000
Summe	2.500

132 70	012	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70	4.100	2.500
-------------------------------------	-------	-------

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

359 99	950	Entnahme aus der Rücklage	0	0	0
--------	-----	---------------------------	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	0	0
-------------------------------------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	4.100	2.500
--	-------	-------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
		Ausgaben			

HGr. 4: Personalausgaben

412 10 214 Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige 12.409 0 0

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 111 30 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Die ehrenamtlichen Pharmazierate erhalten Entschädigungen nach der Regelung über die Aufwendungen von pharmazeutischen Sachverständigen (ehrenamtliche Pharmazierätinnen oder Pharmazierate für die Inanspruchnahme bei Besichtigungen von Apotheken (veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 45 vom 15. November 2000).

Die entsprechenden Gebühren werden im Rahmen eines Umlageverfahrens bei Titel 111 30 vereinnahmt.

422 10 214 Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter 1.399.592 1.294.200 1.538.800

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Leistungen	1.538.800
2.	Aufwandsentschädigung	
3.	Sonstige Leistungen	
Summe		1.538.800

Mehr durch die Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Lfb.	2003	2004
Präsident des Landesamtes für Soziales und Versorgung	B4	hD	1	1
Abteilungsleiter	B2	hD	1	1
Leitender Regierungsdirektor	A16	hD	3	3
Leitender Medizinaldirektor	A16	hD	1	1
Pharmaziedirektor	A15	hD	1	1
Regierungsdirektor	A15	hD	4	4
Oberpharmazierat	A14	hD	1	1
Oberregierungsrat	A14	hD	8	8
Pharmazierat	A13	hD	3	3
Regierungsrat	A13	hD	5	5
Oberamtsrat	A13	gD	4	4
Regierungsamtsrat	A12	gD	12	12
Regierungsamtmann	A11	gD	7	7
Regierungsoberinspektor	A10	gD	20	20
Regierungsinspektor	A9	gD	8	8
Regierungsamtsinspektor	A9	mD	3	3
Regierungshauptsekretär	A8	mD	5	5
Regierungsobersekretär	A7	mD	3	3
Regierungssekretär	A6	mD	1	1
Zusammen:			91	91

422 25 011 Bezüge aus weggefallenen Planstellen (Personalüberhang) 0 0 0

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 1 § 2 Abs. 2 des Haushaltsstrukturgesetzes 2000 sind Personalausgaben für Dienstkräfte, deren Planstellen und Stellen weggefallen sind (Personalüberhang), in den Haushaltsplänen gesondert nachzuweisen.

425 10 214 Vergütungen der Angestellten 22.785.412 22.102.400 25.051.100

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
425 10

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der	
1.1	- außertariflichen Angestellten	
1.2	- tariflichen Angestellten	25.051.100
1.3	- Auszubildenden	
2.	Aufwandsentschädigung	
3.	Sonstige Leistungen	
Summe		25.051.100

Mehr durch die Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
425 10

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2003	2004
I	hD	3	3
Ia	hD	24	24
Ib	hD	24	24
Ila	hD	10	10
davon kw:	1 im Jahr 2004 wegen PEK 4 im Jahr 2005 wegen PEK 1 im Jahr 2006 wegen PEK		
III	gD	13	13
IVa	gD	91	91
davon kw:	1 im Jahr 2006 wegen PEK		
IVb	gD	123	123
davon kw:	2 im Jahr 2006 wegen PEK		
Vb	gD	39	38
davon kw:	5 im Jahr 2004 wegen PEK 19 im Jahr 2005 wegen PEK 2 im Jahr 2006 wegen PEK		
Vc	mD	99	109
davon kw:	2 im Jahr 2006 wegen PEK		
VIb	mD	71	61
davon kw:	2 im Jahr 2006 wegen PEK		
gesperrt:	11 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
VII	mD	30	28
davon kw:	1 im Jahr 2006 wegen PEK		
gesperrt:	10 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
VII-IXb	mD	6	6
gesperrt:	6 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
VIII	eD	17	17
davon kw:	4 im Jahr 2004 wegen PEK 10 im Jahr 2005 wegen PEK 2 im Jahr 2006 wegen PEK		
gesperrt:	1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
IXa	eD	2	2
gesperrt:	2 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
IXb	eD	9	9
davon kw:	3 im Jahr 2005 wegen PEK 2 im Jahr 2006 wegen PEK		
gesperrt:	4 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
Zusammen:		561	558

Auszubildende:

Praktikant	eD	7	7
Zusammen:		7	7

Leerstellen:

I	hD	0	1
Ia	hD	0	2
Ib	hD	0	1
Ila	hD	0	1
III	gD	0	2
IVb	gD	0	1
Vb	gD	0	2
VIb	mD	0	2
IXa	eD	0	1

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
425 10

Zusammen: 0 13

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung

1	Vb gD
1	VII mD
2	Abgänge infolge PEK
2	Stellen Abgänge insgesamt
<hr/>	
-2	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1	VII mD	Umsetzung nach 20 630 / 425 10	gem. § 50 Abs. 1 LHO
1	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen		
1	Stellen Abgänge insgesamt		
<hr/>			
-1	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

Stellenhöhergruppierung:

sonstige Hebungen

10	von VIb mD	nach Vc mD	Hebung wegen Umstrukturierung aufgrund von Verwaltungsmodernisierung
10	Sonstige Höhergruppierungen insgesamt		
10	Stellenhöhergruppierungen insgesamt		

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

1	I hD	Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003
2	Ia hD	Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003
1	Ib hD	Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003
1	IIa hD	Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003
2	III gD	Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003
1	IVb gD	Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003
2	Vb gD	Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003
2	VIb mD	Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003
1	IXa eD	Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003
13	Zugänge neue Stellen	
13	Stellen Zugänge insgesamt	
<hr/>		
13	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

425 25 011 Vergütungen aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang) 0 0 0

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 1 § 2 Abs. 2 des Haushaltsstrukturgesetzes 2000 sind Personalausgaben für Dienstkräfte, deren Planstellen und Stellen weggefallen sind (Personalüberhang), in den Haushaltsplänen gesondert nachzuweisen.

426 10 214 Löhne der Arbeiter 665.960 714.500 732.200

Erläuterungen:

			2004 EUR
1.	Löhne einschl. Zuschläge, Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Umlagen zur zusätzlichen Altersversorgung der		
1.1	- Arbeiter		732.200
1.2	- Auszubildenden		
2.	Aufwandsentschädigung		
3.	Sonstige Leistungen		
Summe			732.200

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
426 10

Stellenübersicht:

	2003	2004
PT	1	1
MTL 5a	2	2
MTL 5	1	1
MTL 4a	8	8
MTL 4	6	5
davon kw: 1 im Jahr 2006 wegen PEK		
MTL 3a	1	1
gesperrt: 1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
MTL 2a	1	1
gesperrt: 1 davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
MTL 2	3	3
davon kw: 3 im Jahr 2005 wegen PEK		
Zusammen:	23	22
Leerstellen:		
MTL 4a	0	1
Zusammen:	0	1

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1	MTL 4	Umsetzung nach 20 630 / 426 10	gem. § 50 Abs. 1 LHO
1	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen		
1	Stellen Abgänge insgesamt		
-1	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

1	MTL 4a	Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003
1	Zugänge neue Stellen	
1	Stellen Zugänge insgesamt	
1	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

426 25 011 Löhne aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang) 0 0 0

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 1 § 2 Abs. 2 des Haushaltsstrukturgesetzes 2000 sind Personalausgaben für Dienstkräfte, deren Planstellen und Stellen weggefallen sind (Personalüberhang), in den Haushaltsplänen gesondert nachzuweisen.

427 20 214 Vergütungen und Löhne für Aushilfen 281.898 0 0

427 49 214 Vergütungen und Löhne für Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung 2.480 0 0

Erläuterungen:

Ein Nachweis von Vergütungen und Löhnen bei diesem Titel setzt die Zuweisung zusätzlicher Stellen zur Förderung der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung voraus. Die zugewiesenen Stellen dürfen nur im Rahmen der als förderungswürdig anerkannten Maßnahmen und nur für die Dauer der Zuweisung der Arbeitnehmer durch die Arbeitsverwaltung in Anspruch genommen werden.

453 10 214 Trennungsgeld, Umzugsvergütung 7.061 40.900 10.800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
453 10

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Trennungsgeld	10.800
2.	Umzugskostenvergütungen	0
3.	Auslandsbeschäftigungsvergütungen	0
	Summe	10.800

Weniger wegen Auslaufens der 5-Jahresfrist für Umzüge im Rahmen der Verlegung der Beschäftigungsbehörde Landesgesundheitsamt (gem. BUKG).

Summe HGr. 4: 24.152.000 27.332.900

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10 214 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** 337.475 355.000 280.000

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Geschäftsbedarf	136.000
2.	Bücher, Zeitschriften	61.800
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	80.000
4.	Sonstiges	2.200
	Summe	280.000

Weniger wegen Ausgliederung des Labors im Landesgesundheitsamt.

511 20 012 **Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren** 468.774 488.000 456.000

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Postgebühren	369.000
2.	Mobilfunkanschlüsse	2.200
3.	Fernmeldegebühren	84.800
4.	Sonstiges	0
	Summe	456.000

514 10 214 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** 103.361 113.000 60.000

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	51.300
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	1.000
3.	Verbrauchsmittel	6.700
4.	Sonstiges	1.000
	Summe	60.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
514 10

	Bestand 2003		Soll 2004	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Bedarf an Dienstfahrzeugen				
Kleinbus	2	1	2	1
PKW	19	12	19	14
Zusammen	21	13	21	15

Weniger wegen Ausgliederung des Labors im Landesgesundheitsamt.

517 10 214 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume 655.824 618.500 420.000

Erstattungen von aus diesem Titel geleisteten Ausgaben dürfen gemäß § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO abgesetzt werden.

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Heizung	99.000
2. Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	48.000
3. Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	125.000
4. Grundbesitzabgaben	45.000
5. Bewachungskosten	101.000
6. Sonstiges	2.000
Summe	420.000

	2004 EUR
1. Bruttobetrag der Bewirtschaftungskosten	428.400
2. Erstattung Dritter	-8.400
Summe	420.000

- verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 3.663 qm Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche,
- gemietete oder gepachtete bauliche Anlagen und Räume mit insgesamt 6.561 qm Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche, soweit die Bewirtschaftungskosten nicht Gegenstand des Mietvertrages und bei Titel 518 10 zu veranschlagen sind.

Weniger wegen Umsetzung von Ausgaben in Höhe von 210.000 Euro in den Einzelplan 20 durch Abgabe der Haus- und Grundbesitzverwaltung der Liegenschaft Robert-Havemann-Straße 4 in Frankfurt/Oder an das Grundstücks- und Vermögensamt.

518 10 214 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume 670.535 745.200 671.000

Erstattungen von aus diesem Titel geleisteten Ausgaben dürfen gemäß § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO abgesetzt werden

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Mieten für Maschinen und Geräte	1.700
2. Mieten für Software	
3. Mieten für Rechenzeiten	
Summe	1.700

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
518 10

Bezeichnung	Haupt-und Nebenfläche qm	Jahresmiete 2004
1. Amt für Soziales und Versorgung Cottbus	4.372	524.800
2. Amt für Soziales und Versorgung Potsdam	3.642	144.500
Zusammen	8.014	669.300

	2004 EUR
Bruttobetrag der Jahresmiete	686.500
Erstattungen Dritter	-17.200
Summe	669.300

Weniger wegen Neuverhandlung des Mietvertrages für das Amt Soziales und Versorgung Potsdam.

518 20 214 **Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge** 0 500 0

518 30 214 **Leasing von Dienstkraftfahrzeugen** 18.893 22.900 30.700

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

	2003	2004
Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge	vorhanden	neu
Kleinbus	1	1
PKW	12	14
Zusammen	13	15

Mehr wegen Erhöhung der Leasingraten.

519 10 214 **Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen** 15.066 19.000 11.000

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	5.000
2. Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	6.000
Summe	11.000

Weniger wegen Umsetzung von Ausgaben in Höhe von 3.500 Euro in den Einzelplan 20 durch Abgabe der Haus- und Grundbesitzverwaltung der Liegenschaft Robert-Havemann-Straße 4 in Frankfurt/Oder an das Grundstücks- und Vermögensamt.

525 10 214 **Aus- (und Fort)bildung** 64.292 66.600 50.000

Erläuterungen:

	2004 EUR
1. Aus- (und Fort)bildung	50.000
2. Lehr- und Lernmittel	0
Summe	50.000

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
525 10

Neben Landesmitteln für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten werden in der Regel Bundesmittel zweckgebunden für die Förderung des überregionalen Erfahrungsaustausches zwischen Ärzten, Beamten und Angestellten der Versorgungsverwaltungen der Länder zur Verfügung gestellt.

Weniger in Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

526 10	214	Kosten der Ausschüsse und Beiräte	1.102	1.300	1.300
---------------	------------	--	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Beratender Ausschuss für behinderte Menschen	200
2.	Widerspruchsausschuss für Entscheidungen des Integrationsamtes nach dem SGB IX	1.000
3.	Beirat für Widersprüche im Rahmen der Kriegsopferfürsorge	100
Summe		1.300

526 20	214	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	80.954	199.700	80.000
---------------	------------	---	---------------	----------------	---------------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Sachverständigengutachten sowie Gerichts- und Anwaltskosten im Widerspruchs- und Verwaltungsverfahren	10.000
2.	Kosten für ärztliche und amtsärztliche Untersuchungen für Neueinstellungen und Kosten für Auslagenpauschalen für die Versendung von Akten	100
3.	Kosten aus Streitverfahren bei den Sozialgerichten und der Schiedsstelle	20.000
4.	Kosten für Gutachten und Sachverständige im Landesgesundheitsamt	10.500
5.	Kosten für die Begutachtung zur Feststellung einer Behinderung lt. § 39 BSHG und Gutachten lt. § 94 BSHG	7.500
6.	Gutachten für betriebswirtschaftliche Prüfungen von Behinderteneinrichtungen nach § 93 (2) BSHG	14.500
7.	Kosten aus Streitverfahren bei den Arbeits- und Verwaltungsgerichten	17.400
Summe		80.000

Weniger wegen Abnahme der Anzahl der Verfahren sowie der Ausgliederung des Labors im Landesgesundheitsamt.

526 30	214	Entschädigung von Sachverständigen	2.693	3.100	0
---------------	------------	---	--------------	--------------	----------

526 40	214	Kosten der Schiedsstelle gemäß § 94 Bundessozialhilfegesetz und § 76 Pflege-Versicherungsgesetz	3.382	3.500	4.000
---------------	------------	--	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Vorgesehen für Ausgaben der Schiedsstelle gemäß § 94 Bundessozialhilfegesetz und § 76 Pflege-Versicherungsgesetz, für die nach einem Umlageverfahren entsprechende Gebühren bei Titel 111 20 erhoben werden.

527 10	214	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	62.236	55.700	51.000
---------------	------------	--	---------------	---------------	---------------

527 20	214	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	9.208	9.200	8.000
---------------	------------	---	--------------	--------------	--------------

531 10	214	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	4.641	2.800	2.800
---------------	------------	--	--------------	--------------	--------------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
531 10

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel für Merkblätter und Bürgerinformationen, für den Jahresbericht des LASV und Mitteilungsblätter.

546 10	214	Sonstiges	201.017	49.600	14.000
---------------	------------	------------------	----------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Vollstreckungskosten im Rahmen der Ausgleichsabgabe.
Weniger wegen Ausgliederung des Labors im Landesgesundheitsamt.

546 30	214	Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	0	0	40.000
---------------	------------	---	----------	----------	---------------

Erläuterungen:

Mehr wegen Umzugs des Landesamtes für Soziales und Versorgung Cottbus vom Standort Weinbergstraße an den Standort der Oberfinanzdirektion in Cottbus.

Aus Titelgruppen

1.292.900

976.700

Summe HGr. 5:

4.046.500

3.156.500

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10	214	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	32.800	38.400	25.600
---------------	------------	---	---------------	---------------	---------------

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen:

2004

2004

EUR

2	PKW		25.600
	Zusammen		25.600

Aussonderungen:

2004

2	PKW	
2	Zusammen	

812 10	214	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	87.122	85.400	90.000
---------------	------------	--	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

**2004
EUR**

1. Ersatzbeschaffung

1.	1.	Ausrüstungen für Archiv, Registraturen sowie Aktenschränke für das neue Dienstgebäude des LASV	90.000
----	----	--	--------

Summe zu 1.

90.000

2. Erstbeschaffung

Summe zu 2.

0

Zusammen

90.000

Aus Titelgruppen

160.500

202.600

Summe HGr. 8:

284.300

318.200

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen**
07 160 **Landesamt für Soziales und Versorgung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

919 10	950	Zuführung zu der Rücklage	0	0	0
Aus Titelgruppen				0	0
Summe HGr. 9:				0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 70 - Landesvertriebenen- und Aussiedleramt Peitz

511 70	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	53.608	50.000	40.000
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Geschäftsbedarf	1.000
2.	Bücher, Zeitschriften	4.200
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	14.200
4.	Post- und Fernmeldegebühren	20.000
5.	Mobilfunkanschlüsse	200
6.	Sonstiges	400
Summe		40.000

Weniger in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

514 70	012	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	22.440	32.000	18.000
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	5.700
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0
3.	Verbrauchsmittel	12.300
4.	Sonstiges	0
Summe		18.000

Weniger in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

517 70	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	461.302	491.600	465.500
--------	-----	---	---------	---------	---------

Erstattungen von aus diesem Titel geleisteten Ausgaben dürfen gemäß § 15 Abs.1 Satz 3 LHO abgesetzt werden.

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Heizung	48.500
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	37.200
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	94.700
4.	Grundbesitzabgaben	3.900
5.	Bewachungskosten	269.000
6.	Sonstiges	12.200
Summe		465.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
517 70

					2004 EUR
		Bruttobetrag der Bewirtschaftungskosten			479.100
		Erstattungen Dritter			-13.600
		Summe			465.500

- gemietete oder gepachtete bauliche Anlagen und Räume mit insgesamt 12.818 qm Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche und 6.459 qm Freifläche, soweit die Bewirtschaftungskosten nicht Gegenstand des Mietvertrages und bei Titel 518 10 zu veranschlagen sind.

518 70 012 **Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume** 230.461 296.200 232.000

Erstattungen von aus diesem Titel geleisteten Ausgaben dürfen gemäß § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Bezeichnung	Haupt-und Nebenfläche qm	Jahresmiete 2004
1. Landesvertriebenen- und Aussiedleramt Peitz	12.818	300.000

			2004 EUR
		Bruttobetrag der Mieten	300.000
		Erstattungen Dritter	-68.000
		Summe	232.000

Weniger wegen Nachverhandlungen zum Mietvertrag.

519 70 012 **Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen** 15.585 14.000 5.000

Erläuterungen:

			2004 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke		0
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke		5.000
	Summe		5.000

Weniger wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

526 70 012 **Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten** 25.044 60.000 19.000

Erläuterungen:

Veranschlagt insbesondere für Gerichtskosten infolge Beschreitens des Klageweges durch Antragsteller bei Ablehnung von Anträgen auf Vertriebenenenausweise bzw. Spätaussiedlerbescheinigungen nach dem Bundesvertriebenengesetz sowie bei Ablehnung von Anträgen im Vertriebenenzuwendungsgesetz und Häftlingshilfegesetz sowie Übersetzungsleistungen für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer.

Weiterhin sind die im Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (§ 36 Abs.4 Infektionsschutzgesetz) erforderlichen ärztlichen Untersuchungen der jüdischen Zuwanderer (BGBl. I/00 S. 1045) veranschlagt. Die Kostenübernahme durch das Land soll analog der Verordnung über die Durchführung von Gesundheitsuntersuchungen von Asylbewerbern vom 10.11.2000 erfolgen (GVBl. II S. 423).

Weniger wegen Reduzierung der Kosten für Übersetzungen/Dolmetscherleistungen.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

539 70 012 Kulturelle Betreuung 12.551 12.800 8.000

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Kulturelle Veranstaltungen und Gemeinschaftsfeiern	2.000
2.	Betreuung der Aussiedlerkinder	4.500
3.	Informationsmaterial für die Erstintegration der Spätaussiedler und jüdischen Zuwanderer	1.500
	Summe	8.000

546 70 012 Sonstiges 93.920 75.000 53.400

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Beförderungskosten für die Weiterleitung von Aussiedlern und jüdischen Emigranten einschließlich Gepäck	50.400
2.	Transport von Aussiedlern und Gepäck zur Landesstelle	2.500
3.	Entschädigungen und Ersatzleistungen an Dritte	500
	Summe	53.400

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

812 70 012 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland 19.966 31.700 5.000

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Erstbeschaffung	
2.	Ersatzbeschaffung	
2.	1. Unterkunftseinrichtungen für die Begegnungsstätte	5.000

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 1.063.300 845.900

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

511 99 214 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation 136.770 109.000 59.100

noch zu
511 99

		2004 EUR
1.	Hardware	5.000
2.	Software	6.000
3.	Unterhaltung	46.600
4.	Kommunikation	0
5.	Sonstiges	1.500
Summe		59.100

518.99	214 Mieten	17.773	77.000	35.300
--------	------------	--------	--------	--------

		2004 EUR
1.	Mieten für Maschinen und Geräte	0
2.	Mieten für Software	0
3.	Mieten für Rechenzeiten	35.300
	Summe	35.300

525 99	214 Aus- (und Fort)bildung	46.597	43.100	10.400
---------------	-----------------------------------	---------------	---------------	---------------

		2004 EUR
1.	Aus- (und Fort)bildung	10.400
2.	Lehr- und Lernmittel	0
	Summe	10.400

538 99	214 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	30.718	32.200	31.000
--------	--	--------	--------	--------

		2004 EUR
1.	Kriegsopferversorgung	23.500
2.	Sozialhilfeabgleich	700
3.	Arzneimittelinformationssystem	4.100
4.	Rechtsdatenbank	700
5.	Sonstiges	2.000
	Summe	31.000

812 99	214 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	225.928	128.800	197.600
--------	--	---------	---------	---------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
812 99

Erläuterungen:

				2004 EUR
1.	Erstbeschaffung			
1.	1.	Software		74.000
		Summe zu 1.		74.000
2.	Ersatzbeschaffung			
2.	1.	Hardware		123.600
		Summe zu 2.		123.600
Zusammen				197.600

Mehr wegen Einführung des IT-Verfahrens "PROSID" im Fachbereich des Sozialen Entschädigungsrechts (SER).

919 99	950 Zuführung zu der Rücklage	23.213	0	0
--------	-------------------------------	--------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	390.100	333.400
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	1.453.400	1.179.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung		Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		
<div>Abschluss</div>					
<div>Einnahmen</div>					
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		591.000	182.200
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		0	0
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		0	0
Gesamteinnahme				591.000	182.200
<div>Ausgaben</div>					
		HGr. 4 Personalausgaben		24.152.000	27.332.900
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst		4.046.500	3.156.500
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		284.300	318.200
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben		0	0
Gesamtausgabe				28.482.800	30.807.600
Überschuss (+) / Zuschuss (-)				-27.891.800	-30.625.400

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 180 Landeskrankenhäuser

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	312	Sonstige Einnahmen	0	0	0
121 10	312	Ablieferungen der Krankenhäuser	0	0	0
124 10	312	Mieten und Pachten	0	0	0
131 10 neu	312	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen			7.000.000

*Titel gehört nicht zum Verwaltungsbudget.
Mehreinnahmen dürfen bis zur Höhe von 700.000 € zur Verstärkung
des Verwaltungsbudgets des Einzelplans herangezogen werden.*

Erläuterungen:

Titel wurde vorsorglich ausgebracht.

Summe HGr. 1:	0	7.000.000
---------------	---	-----------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 18	990	Haushaltstechnische Verrechnungen	253.266	0	0
--------	-----	-----------------------------------	---------	---	---

*Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 982 18
verwendet werden.*

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 982 18.

Summe HGr. 3:	0	0
---------------	---	---

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 180 Landeskrankenhäuser

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

682 10	312	Zuführungen des Landes an die Landeskrankenhäuser	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Summe HGr. 6:			0	0
---------------	--	--	---	---

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

891 10	312	Zuführung des Landes an die Landeskrankenhäuser zu den Investitionsaufwendungen	1.562.000	1.562.000	1.562.000
--------	-----	---	-----------	-----------	-----------

*Siehe Deckungsvermerk bei Kapitel 07 050 Titel 893 70.
Ausgaben für die Beauftragung Dritter im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Landeskliniken dürfen bis zu einer Höhe von 100.000 EUR geleistet werden.*

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Pauschalfördermittel in Abhängigkeit von den bestätigten Betten im Krankenhausbereich gemäß Verordnung zur Festsetzung der Pauschalförderung nach dem Krankenhausgesetz des Landes Brandenburg (LKGPFV).

Summe HGr. 8:			1.562.000	1.562.000
---------------	--	--	-----------	-----------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 18	990	Haushaltstechnische Verrechnungen	253.266	0	0
--------	-----	-----------------------------------	---------	---	---

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 382 18 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Abrechnungen der Landeskliniken gegenüber der kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg.

Summe HGr. 9:			0	0
---------------	--	--	---	---

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 180 Landeskrankenhäuser

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz	
			2003	2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			0	7.000.000
HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen			0	0
Gesamteinnahme			0	7.000.000
Ausgaben				
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			0	0
HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			1.562.000	1.562.000
HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben			0	0
Gesamtausgabe			1.562.000	1.562.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.562.000	5.438.000

Klinik Brandenburg

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2002 - EUR -	Ansatz 2003 - EUR -	Ansatz 2004 - EUR -
Grp					
1	2	3	4	5	6
		Erfolgsplan			
		Erträge			
40		Erlöse aus allg. Krankenhausleistungen	39.858.662	41.969.000	42.808.300
41		Erlöse aus Wahlleistungen	0	0	0
42		Erlöse aus ambulanten Leistungen	1.171.862	104.800	1.230.400
43		Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	53.637	23.000	54.700
44		Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	499.854	442.400	126.000
45		Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben, Notarztdienst	113.816	84.300	118.400
46		Erträge aus Fördermitteln nach dem KHG	4.074.185	581.600	446.200
47		Zuweisungen und Zuschüsse der öffentl. Hand sowie Zuwendungen Dritter	125.244	23.000	642.300
48		Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehnsförderung und Eigenmittelförderung	103.682	956.400	103.700
49		Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, Verbindlichkeiten n.d. KHG	7.931.802	1.380.500	1.907.100
51		Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	298.920	153.400	153.400
52		Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	401	0	500
54		Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	224.791	0	0
55		Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
57		Sonstige ordentliche Erträge	112.179	87.000	477.000
58		Erträge aus Ausgleichsbeträgen früherer Geschäftsjahre	0	0	0
59		Übrige Erträge	321.473	58.800	338.200
591		Erträge aus Auflösung Rücklagen	0	0	0
		Summe zu	54.890.508	45.864.200	48.406.200
		Gesamtsumme Erträge	54.890.508	45.864.200	48.406.200
		Aufwendungen			
60		(60-64) Personalaufwendungen	34.523.262	34.499.100	37.120.100
65		Lebensmittel	1.329.199	1.400.600	1.342.500
66		Medizinischer Bedarf	1.834.072	1.517.100	1.852.400
67		Wasser, Ennergie, Brennstoff	1.121.299	1.420.400	1.132.500
68		Wirtschaftsbedarf	637.438	660.600	643.800
69		Verwaltungsbedarf	824.733	865.400	616.900
70		Aufwendungen zentraler Dienstleistungen	0	0	215.800

Klinik Brandenburg

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2002 - EUR -	Ansatz 2003 - EUR -	Ansatz 2004 - EUR -
Grp					
1	2	3	4	5	6
71		Wiederbeschaffte Gebrauchsgüter	0	0	0
72		Instandhaltung	7.202.809	1.628.300	1.553.100
73		Steuern, Abgaben, Versicherungen	238.743	233.900	262.600
74		Zinsen u.ä. Aufwendungen	2	0	0
75		Auflösung von Ausgleichsposten und Zuführungen der Fördermittel nach KHG zu Sonderposten oder Verbindlichkeiten	4.151.462	581.600	639.100
76		Abschreibungen	2.557.513	2.737.500	2.425.800
77		Aufwendungen für die Nutzung von Anlagegütern nach dem KHG	29.290	25.600	35.000
78		Sonstige ordentliche Aufwendungen	287.872	271.100	426.800
79		Übrige Aufwendungen	134.653	23.000	139.800
791		Zuführung Rücklagen	0	0	0
		Summe zu	54.872.347	45.864.200	48.406.200
		Gesamtsumme Aufwendungen	54.872.347	45.864.200	48.406.200
		Die Ist-Ausgaben für das Jahr 2002 entsprechen dem bestätigten Jahresergebnis des Wirtschaftsprüfers.			
		Abschluß			
		Erträge	54.890.508	45.864.200	48.406.200
		Aufwendungen	54.872.347	45.864.200	48.406.200
		Ablieferungen	18.161		
		Zuführungen			

Klinik Eberswalde

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2002 - EUR -	Ansatz 2003 - EUR -	Ansatz 2004 - EUR -
Grp					
1	2	3	4	5	6
		Erfolgsplan			
		Erträge			
40		Erlöse aus allg. Krankenhausleistungen	23.241.392	24.915.400	28.006.800
41		Erlöse aus Walleleistungen	0	0	0
42		Erlöse aus ambulanten Leistungen	632.416	561.600	626.200
43		Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	6.937	0	0
44		Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	8.200	0	0
45		Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben, Notarztdienst	247.469	190.600	155.000
46		Erträge aus Fördermitteln nach dem KHG	316.020	357.400	281.900
47		Zuweisungen und Zuschüsse der öffentl. Hand sowie Zuwendungen Dritter	62.158	111.700	143.800
48		Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehnsförderung und Eigenmittelförderung	266.249	350.000	409.000
49		Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, Verbindlichkeiten n.d.KHG	1.281.968	1.804.700	1.176.000
51		Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	480.113	0	0
52		Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	7.037	0	0
54		Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	99.978	0	0
55		Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
57		Sonstige ordentliche Erträge	7.162	0	0
58		Erträge aus Ausgleichsbeträgen früherer Geschäftsjahre	0	0	0
59		Übrige Erträge	325.734	0	0
591		Erträge aus Auflösung	0	0	0
		Summe zu	26.982.833	28.291.400	30.798.700
		Gesamtsumme Erträge	26.982.833	28.291.400	30.798.700
		Aufwendungen			
60		(60-64) Personalaufwendungen	19.172.741	20.151.000	22.521.800
65		Lebensmittel	785.712	968.200	974.100
66		Medizinischer Bedarf	1.078.800	863.200	1.310.400
67		Wasser, Energie, Brennstoff	842.831	932.000	1.070.600
68		Wirtschaftsbedarf	921.307	547.500	1.016.000
69		Verwaltungsbedarf	722.400	1.184.600	424.400
70		Aufwendungen zentraler Dienstleistungen	0	105.400	505.000

Klinik Eberswalde

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2002 - EUR -	Ansatz 2003 - EUR -	Ansatz 2004 - EUR -
Grp					
1	2	3	4	5	6
71		Wiederbeschaffte Gebrauchsgüter	0	0	50.400
72		Instandhaltung	339.448	559.400	216.200
73		Steuern, Abgaben, Versicherungen	82.190	145.900	160.300
74		Zinsen u.ä. Aufwendungen	0	0	0
75		Auflösung von Ausgleichsposten und Zuführungen der Fördermittel nach KHG zu Sonderposten oder Verbindlichkeiten	382.759	357.400	281.900
76		Abschreibungen	1.689.751	2.154.800	1.777.800
77		Aufwendungen für die Nutzung von Anlagegütern nach dem KHG	0	0	0
78		Sonstige ordentliche Aufwendungen	521.721	213.500	346.000
79		Übrige Aufwendungen	206.802	108.500	143.800
791		Zuführung Rücklagen	0	0	0
		Summe zu	26.746.462	28.291.400	30.798.700
		Gesamtsumme Aufwendungen	26.746.462	28.291.400	30.798.700
		Die Ist-Ausgaben für das Jahr 2002 entsprechen dem bestätigten Jahresergebnis des Wirtschaftsprüfers.			
		Abschluß			
		Erträge	26.982.833	28.291.400	30.798.700
		Aufwendungen	26.746.462	28.291.400	30.798.700
		Ablieferungen	236.371		
		Zuführungen			

Klinik Lübben

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2002 - EUR -	Ansatz 2003 - EUR -	Ansatz 2004 - EUR -
Grp					
1	2	3	4	5	6
		Erfolgsplan			
		Erträge			
40		Erlöse aus allg. Krankenhausleistungen	15.608.189	17.209.600	18.321.300
41		Erlöse aus Wahlleistungen	0	0	0
42		Erlöse aus ambulanten Leistungen	218.326	224.700	269.400
43		Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	63.481	0	0
44		Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	70.260	0	0
45		Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben, Notarztdienst	33.238	20.800	21.800
46		Erträge aus Fördermitteln nach dem KHG	274.620	324.800	255.400
47		Zuweisungen und Zuschüsse der öffentl. Hand sowie Zuwendungen Dritter	15.260	79.800	52.000
48		Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehnsförderung und Eigenmittelförderung	52.027	0	40.000
49		Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, Verbindlichkeiten n.d. KHG	1.553.348	1.300.900	1.560.000
51		Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	122.054	0	0
52		Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	0
54		Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	75.516	0	0
55		Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
57		Sonstige ordentliche Erträge	76.568	0	0
58		Erträge aus Ausgleichsbeträgen früherer Geschäftsjahre	0	0	0
59		Übrige Erträge	6.065	1.400	0
591		Erträge aus Auflösung Rücklagen	0	0	0
		Summe zu	18.168.952	19.162.000	20.519.900
		Gesamtsumme Erträge	18.168.952	19.162.000	20.519.900
		Aufwendungen			
60		(60-64) Personalaufwendungen	12.499.212	13.862.000	14.883.300
65		Lebensmittel	370.784	413.800	421.200
66		Medizinischer Bedarf	918.176	805.400	873.100
67		Wasser, Energie, Brennstoff	370.981	656.100	655.100
68		Wirtschaftsbedarf	537.688	776.600	747.700
69		Verwaltungsbedarf	262.825	213.900	217.100
70		Aufwendungen zentraler Dienstleistungen	0	0	0

Klinik Lübben

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2002 - EUR -	Ansatz 2003 - EUR -	Ansatz 2004 - EUR -
Grp					
1	2	3	4	5	6
71		Wiederbeschaffte Gebrauchsgüter	0	0	0
72		Instandhaltung	537.173	461.400	470.600
73		Steuern, Abgaben, Versicherungen	105.194	133.800	130.400
74		Zinsen u.ä. Aufwendungen	12.302	0	0
75		Auflösung von Ausgleichsposten und Zuführungen der Fördermittel nach KHG zu Sonderposten oder Verbindlichkeiten	275.765	324.800	255.400
76		Abschreibungen	1.771.502	1.425.100	1.771.000
77		Aufwendungen für die Nutzung von Anlagegütern nach dem KHG	22.873	0	0
78		Sonstige ordentliche Aufwendungen	338.485	89.100	95.000
79		Übrige Aufwendungen	10.262	0	0
791		Zuführung Rücklagen	60.609	0	0
		Summe zu	18.093.831	19.162.000	20.519.900
		Gesamtsumme Aufwendungen	18.093.831	19.162.000	20.519.900
		Die Ist-Ausgaben für das Jahr 2002 entsprechen dem bestätigten Jahresergebnis des Wirtschaftsprüfers.			
		Abschluß			
		Erträge	18.168.952	19.162.000	20.519.900
		Aufwendungen	18.093.831	19.162.000	20.519.900
		Ablieferungen	75.121		
		Zuführungen			

Klinik Teupitz

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2002 - EUR -	Ansatz 2003 - EUR -	Ansatz 2004 - EUR -
Grp					
1	2	3	4	5	6
		Erfolgsplan			
		Erträge			
40		Erlöse aus allg. Krankenhausleistungen	16.672.229	16.498.600	19.662.400
41		Erlöse aus Wahlleistungen	9.891	448.100	10.000
42		Erlöse aus ambulanten Leistungen	632.409	45.800	640.000
43		Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	64.903	22.400	42.000
44		Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	17.268	96.500	19.500
45		Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben, Notarztdienst	98.112	3.900	115.000
46		Erträge aus Fördermitteln nach dem KHG	1.756.998	280.600	222.800
47		Zuweisungen und Zuschüsse der öffentl. Hand sowie Zuwendungen Dritter	55.724	0	11.500
48		Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehnsförderung und Eigenmittelförderung	105.501	127.800	95.000
49		Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, Verbindlichkeiten n.d. KHG	1.520.852	1.942.900	1.455.000
51		Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	147.157	120.000	125.000
52		Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1.836	0	0
54		Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	85.166	67.200	0
55		Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
57		Sonstige ordentliche Erträge	352.179	21.900	150.000
58		Erträge aus Ausgleichsbeträgen früherer Geschäftsjahre	0	0	0
59		Übrige Erträge	13.556	86.800	95.000
591		Erträge aus Auflösung Rücklagen	0	0	0
		Summe zu	21.533.781	19.762.500	22.643.200
		Gesamtsumme Erträge	21.533.781	19.762.500	22.643.200
		Aufwendungen			
60		(60-64) Personalaufwendungen	13.178.730	13.235.000	16.462.300
65		Lebensmittel	473.889	497.200	493.000
66		Medizinischer Bedarf	1.662.238	1.361.200	1.635.200
67		Wasser, Energie, Brennstoff	403.041	451.000	419.300
68		Wirtschaftsbedarf	360.998	355.500	363.600
69		Verwaltungsbedarf	454.052	292.800	376.300
70		Aufwendungen zentraler Dienstleistungen	0	0	144.000

Klinik Teupitz

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2002 - EUR -	Ansatz 2003 - EUR -	Ansatz 2004 - EUR -
Grp					
1	2	3	4	5	6
71		Wiederbeschaffte Gebrauchsgüter	0	61.000	85.800
72		Instandhaltung	645.357	587.300	452.800
73		Steuern, Abgaben, Versicherungen	91.598	74.900	95.200
74		Zinsen u.ä. Aufwendungen	0	0	0
75		Auflösung von Ausgleichsposten und Zuführungen der Fördermittel nach KHG zu Sonderposten oder Verbindlichkeiten	1.820.827	280.600	222.800
76		Abschreibungen	1.576.212	2.071.000	1.550.000
77		Aufwendungen für die Nutzung von Anlagegütern nach dem KHG	17.406	0	0
78		Sonstige ordentliche Aufwendungen	559.124	495.000	251.100
79		Übrige Aufwendungen	61.059	0	91.800
791		Zuführung Rücklagen	0	0	0
		Summe zu	21.304.531	19.762.500	22.643.200
		Gesamtsumme Aufwendungen	21.304.531	19.762.500	22.643.200
		Die Ist-Ausgaben für das Jahr 2002 entsprechen dem bestätigten Jahresergebnis des Wirtschaftsprüfers.			
		Abschluß			
		Erträge	21.533.781	19.762.500	22.643.200
		Aufwendungen	21.304.531	19.762.500	22.643.200
		Ablieferungen	229.250		
		Zuführungen			

Stellenplan/-übersicht der Landeskliniken

Landesklinik Brandenburg

	Soll 2003 Stellenanzahl	Soll 2004 Stellenanzahl
Angestellte		
1. Angestellte nach KR. Vergütungsgruppen	424,87	308,39
2. Angestellte nach BAT – O Vergütungsgruppen	300,41	458,62
Zusammen:	725,28	761,01
Arbeiter		
1. Arbeiter	145,28	144,21
2. Auszubildende	0,00	6,00
Zusammen:	145,28	150,21

Landesklinik Eberswalde

	Soll 2003 Stellenanzahl	Soll 2004 Stellenanzahl
Angestellte		
1. Angestellte nach KR. Vergütungsgruppen	252,58	304,63
2. Angestellte nach BAT – O Vergütungsgruppen	154,49	196,25
Zusammen:	407,07	500,88
Arbeiter		
1. Arbeiter	34,26	49,67
2. Auszubildende	1,50	1,50
Zusammen:	35,76	51,17

Landesklinik Lübben

	Soll 2003 Stellenanzahl	Soll 2004 Stellenanzahl
Angestellte		
1. Angestellte nach KR. Vergütungsgruppen	138,00	139,00
2. Angestellte nach BAT – O Vergütungsgruppen	156,00	156,00
Zusammen:	294,00	295,00
Arbeiter		
1. Arbeiter	30,50	29,00
2. Auszubildende	4,00	15,00
Zusammen:	34,50	44,00

Landesklinik Teupitz

	Soll 2003 Stellenanzahl	Soll 2004 Stellenanzahl
Angestellte		
1. Angestellte nach KR. Vergütungsgruppen	162,30	194,41
2. Angestellte nach BAT – O Vergütungsgruppen	121,80	142,18
Zusammen:	284,10	336,59
Arbeiter		
1. Arbeiter	62,80	66,20
2. Auszubildende	4,50	4,50
Zusammen:	67,30	70,70

kw-Vermerke im Zusammenhang mit dem Tarifvertrag zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen in der Landesverwaltung Brandenburg für den Bereich der Landeskliniken

Landesklinik	Brandenburg	Eberswalde	Lübben	Teupitz	gesamt
gesperrte Stellen	30	18	10	14	72

Die Sperrvermerke werden nur dann wirksam, wenn die Tarifvertragsparteien nicht bis zum 31.01.2004 die Übernahme des Tarifvertrags erklären. Erfolgt die Übernahme nicht, soll die Umsetzung dieser kw-Stellen durch betriebsbedingte Kündigungen in 2004 erfolgen.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	314	Gebühren, sonstige Entgelte	1.201.818	766.900	993.800
--------	-----	-----------------------------	-----------	---------	---------

Erläuterungen:

	2004 EUR
Obduktionen	222.800
Histologie	6.200
Spurenuntersuchungen	300
Kühlung	21.800
Theoretische Gutachten	52.100
Blutalkoholbestimmungen	287.900
Toxikologische Spezialuntersuchungen	113.300
Einnahmen für Fahrtkosten und Schreibarbeiten	43.400
Vaterschaftsbestimmungen	122.400
Leichenschauen	3.600
Sonstiges	120.000
Summe	993.800

Mehr wegen Anpassung an das Ist des Jahres 2002.

119 10	314	Sonstige Einnahmen	0	0	0
--------	-----	--------------------	---	---	---

132 10	314	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	582	0	0
--------	-----	---	-----	---	---

Summe HGr. 1:	766.900	993.800
---------------	---------	---------

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 190 Landesinstitut für Rechtsmedizin

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Einnahmen

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

359 99	950	Entnahme aus der Rücklage	309	0	0
--------	-----	---------------------------	-----	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	0	0
-------------------------------------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0
--	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

425 10 314 Vergütungen der Angestellten 1.280.915 1.145.500 1.408.300

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der	
1.1	- außertariflichen Angestellten	
1.2	- tariflichen Angestellten	1.408.300
1.3	- Auszubildenden	
2.	Aufwandsentschädigung	
3.	Sonstige Leistungen	
Summe		1.408.300

Mehr durch die Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Lohn-, Tarif- und Besoldungsrunde 2002.

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2003	2004
I	hD	1	1
Ia	hD	3	3
Ib	hD	5	5
IIa	hD	3	3
IVa	gD	2	2
IVb	gD	4	4
davon kw: 1	im Jahr 2005 wegen PEK		
Vb	gD	2	2
davon kw: 1	im Jahr 2004 wegen PEK		
Vc	mD	2	2
VIb	mD	3	3
VII	mD	1	1
VII-IXb	mD	1	1
gesperrt: 1	davon kw in 2004 bei Ablehnung des Sozial-TV-BB bis 31.01.2004		
Zusammen:		27	27
Leerstellen:			
Ia	hD	0	1
Zusammen:		0	1

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

1	Ia hD
1	Zugänge neue Stellen
1	Stellen Zugänge insgesamt
1	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Zugang gem. § 13 Abs. 6 HG 2002/2003

425 25 011 Vergütungen aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang) 0 0 0

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 1 § 2 Abs. 2 des Haushaltsstrukturgesetzes 2000 sind Personalausgaben für Dienstkräfte, deren Planstellen und Stellen weggefallen sind (Personalüberhang), in den Haushaltsplänen gesondert nachzuweisen.

453 10 314 Trennungsgeld, Umzugsvergütung 0 0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 4: 1.145.500 1.408.300

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10 314 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** 28.206 22.500 15.100

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Geschäftsbedarf	5.000
2.	Bücher, Zeitschriften	3.100
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	7.000
4.	Sonstiges	0
	Summe	15.100

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Konsolidierungsbeschlüsse zum Haushalt 2004.

511 20 314 **Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren** 10.848 11.800 8.800

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Postgebühren	4.200
2.	Mobilfunkanschlüsse	400
3.	Fernmeldegebühren	4.200
4.	Sonstiges	0
	Summe	8.800

514 10 314 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** 118.616 29.700 95.100

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	6.700
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	3.100
3.	Verbrauchsmittel	85.300
4.	Sonstiges	0
	Summe	95.100

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2003		Soll 2004	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
PKW	4	0	4	0
Zusammen	4	0	4	0

Mehr wegen Veranschlagung der tatsächlichen Ausgaben für Verbrauchsmittel, die für die Arbeit des Labors benötigt werden.

517 10 314 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** 87.794 81.800 80.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

noch zu
517 10

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Heizung	27.900
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	27.600
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	21.500
4.	Grundbesitzabgaben	2.500
5.	Bewachungskosten	500
Summe		80.000

Für verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 3.065 qm Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

518 10	314 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	0	0	0
--------	---	---	---	---

Einnahmen aus Entgelten für Obduktionen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Der Titel wurde vorsorglich für die Anmietung von Sektionssälen ausgebracht.

519 10	314 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	6.574	6.600	5.600
--------	---	-------	-------	-------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	5.600
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	0
Summe		5.600

525 10	314 Aus- (und Fort)bildung	1.144	1.500	1.500
--------	----------------------------	-------	-------	-------

526 10	314 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	23.047	5.100	18.800
--------	--	--------	-------	--------

Erläuterungen:

Ausgaben für Gutachten und Laborleistungen, die im Zusammenhang mit der Erstellung von Blutalkoholbestimmungen und Vaterschaftsgutachten anfallen.
Mehr wegen Veranschlagung der tatsächlichen notwendigen Ausgaben.

527 10	314 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	440	1.300	1.200
--------	---	-----	-------	-------

546 10	314 Sonstiges	291.431	100	120.000
--------	---------------	---------	-----	---------

Erläuterungen:

Mehr wegen Veranschlagung der umsatzsteuerlichen Verpflichtungen gegenüber dem Finanzamt.

Aus Titelgruppen			12.800	8.100
-------------------------	--	--	---------------	--------------

Summe HGr. 5:			173.200	354.200
----------------------	--	--	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10	314	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	12.784	0	12.800
--------	-----	----------------------------------	--------	---	--------

Die Erläuterung ist gemäß § 17 Absatz 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen:		2004
2004		EUR
1	PKW	12.800
Zusammen		12.800

Mehr wegen Ersatzbeschaffung eines Dienstkraftfahrzeuges aufgrund eines vorliegenden Vorgutachtens zur Aussonderung.

812 10	314	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	61.150	15.300	15.300
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2004
		EUR
1.	Erstbeschaffung	0
2.	Ersatzbeschaffung	
2.1	Ersatzbeschaffung Laborgeräte	15.300
Summe		15.300

Aus Titelgruppen	6.100	6.100
-------------------------	--------------	--------------

Summe HGr. 8:	21.400	34.200
---------------	--------	--------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

511 99	314	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	5.977	11.300	6.600
--------	-----	---	-------	--------	-------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Hardware	3.100
2.	Software	3.100
3.	Unterhaltung	0
4.	Kommunikation	400
5.	Sonstiges	0
Summe		6.600

538 99	314	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	989	1.500	1.500
--------	-----	--	-----	-------	-------

Erläuterungen:

Benutzungsentgelte für DV-Verfahren

		2004 EUR
1.	Kosten für Sachverständige sowie Systemanalysen	0
2.	Datenerfassung durch Dritte, Kosten für die Erstellung von individueller Software	1.500
Summe		1.500

812 99	314	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	4.484	6.100	6.100
--------	-----	--	-------	-------	-------

Erläuterungen:

		2004 EUR
1.	Erstbeschaffungen	
	Summe zu 1.	0
2.	Ersatzbeschaffungen	
2.1	Hardware	6.100
	Summe zu 2.	6.100
Zusammen		6.100

919 99	950	Zuführung zu der Rücklage	2.059	0	0
--------	-----	---------------------------	-------	---	---

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(525 99)	314	Aus- (und Fort)bildung	0		
umgesetzt nach 07 020 / 546 15					

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
07 190 Landesinstitut für Rechtsmedizin

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2004
			Angaben in EUR		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	18.900	14.200
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	18.900	14.200

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz	
			2003	2004
			Angaben in EUR	
Abschluss				
Einnahmen				
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	766.900	993.800
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
Gesamteinnahme			766.900	993.800
Ausgaben				
		HGr. 4 Personalausgaben	1.145.500	1.408.300
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	173.200	354.200
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	21.400	34.200
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe			1.340.100	1.796.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-573.200	-802.900

Haushaltsübersicht 2004

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Verpflichtungs-ermächti-gungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
Titel			2004	2005	2006	2007	2008 ff.
			1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7	
07 010	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Titel aus Titelgruppe 70						
684 70	Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger	255,6	255,6				
07 030	Arbeitsmarkt Titel aus Titelgruppe 63						
684 63	Zuschüsse im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiativen	16.620,6	6.225,2	6.225,2	4.170,2		
893 63	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	1.025,0	1.025,0				
	Titel aus Titelgruppe 64						
684 64	Zuschüsse an freie Träger	4.500,0	4.500,0				
	Titel aus Titelgruppe 70						
684 70	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	91.000,0	53.000,0	20.500,0	14.000,0	3.500,0	
	Titel aus Titelgruppe 71						
684 71	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	14.000,0	8.500,0	3.000,0	2.000,0	500,0	
	Titel aus Titelgruppe 72						
685 72	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	4.500,0	1.500,0	1.500,0	1.500,0		
	Titel aus Titelgruppe 73						
685 73	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	1.500,0	500,0	500,0	500,0		
07 040	Gesundheit Titel aus Titelgruppe 80						
633 80	Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	30,0	30,0				
684 80	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	40,8	40,8				
	Titel aus Titelgruppe 86						
633 86	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte	600,0	600,0				
684 86	Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	150,0	150,0				
892 86	Zuschüsse für Investitionen an nichtöffentliche Träger	345,2	45,2	300,0			
07 050	Krankenhäuser und Krankenhausförderung Titel aus Titelgruppe 60						
883 60	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	150.000,0	12.600,0	14.300,0	35.800,0	87.300,0	
07 070	Förderung der Sozialstruktur						
684 11	Zuschüsse an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und Landesverbände im sozialen Bereich	2.800,0	1.400,0	1.400,0			
684 12	Förderung von Projekten im sozialen Bereich	260,0	260,0				
07 080	Frauenförderung, Gleichstellung, Familie Titel aus Titelgruppe 65						
633 65	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte	300,0	300,0				
684 65	Zuschüsse an freie Träger	450,0	450,0				
	Titel aus Titelgruppe 70						
684 70	Zuschüsse an freie Träger für laufende Zwecke	1.000,0	1.000,0				
	Zusammen:	289.377,2	92.381,8	47.725,2	57.970,2	91.300,0	

Stellenübersicht 2004

über die im Haushaltsjahr veranschlagten Stellen

	Kapitel													
	07010	07110	07120	07130	07150	07160	07190							Ges.
1. Planmäßige Beamte														
Besoldungsordnung B														
B9 hD	2													2
B6 hD	5													5
B4 hD						1								1
B2 hD	16					1								17
Summe	23					2								25
Besoldungsordnung R														
R6 hD		1	1											2
R3 hD		7	4											11
R2 hD		10	13											23
R1 hD		37	29											66
Summe		55	47											102
Besoldungsordnung A														
A16 hD	12			4		4								20
A15 hD	16			12	1	5								34
A14 hD	20			14		9								43
A13 hD	5	1	1	9		8								24
A13 gD	29	1	1	15	2	4								52
A12 gD	12	2	2	16	3	12								47
A11 gD	11	5	4	20		7								47
A10 gD		6	4	11		20								41
A9 gD		3				8								11
A9 mD	2	1	1	6		3								13
A8 mD		3	4	5		5								17
A7 mD		1	4			3								8
A6 mD		2	4			1								7
Summe	107	25	25	112	6	89								364
hD	76	56	48	39	1	28								248
gD	52	17	11	62	5	51								198
mD	2	7	13	11	0	12								45
Summe 2004	130	80	72	112	6	91								491
Summe 2003	130	82	66	112	5	91								486
4. Nichtbeamtete Kräfte														
4.1. Angestellte														
AT B 3 hD	1													1
I hD	4			2		3	1							10
Ia hD	10			6		24	3							43
Ib hD	8			9		24	5							46

über die im Haushaltsjahr veranschlagten Stellen

[illegible]

über die im Haushaltsjahr veranschlagten Stellen

[illegible]

Übersicht

über die landeseigenen und geleasteten Dienstfahrzeuge

Kap.	Personenkraftwagen		Lastkraftwagen		Krafträder		Sonderfahrzeuge		Zusammen	
	Soll 2003	Soll 2004	Soll 2003	Soll 2004	Soll 2003	Soll 2004	Soll 2003	Soll 2004	Soll 2003	Soll 2004
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
07 110 geleast	1	1 1							1	1 1
07 120 geleast	2 1	2 1							2 1	2 1
07 130 geleast	15 3	15 3							15 3	15 3
07 160 geleast	21 13	21 15							21 13	21 15
07 190 geleast	4	4							4	4
Zus. geleast	43 17	43 20							43 17	43 20